

**Heft 186**

Ausgabe 5 | 2011

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



# spow

## **Follow the money!**

**Handlungsfähiger Staat**

Achim Truger

**Für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik**

Michael Dauderstädt

**Der vorsorgende Sozialstaat  
als Wachstumsmotor**

Benjamin Mikfeld

**Fortschritt und linker Reformismus**

Interview mit Henrik Meyer

**UN-Mitgliedschaftsantrag Palästinas  
„Im Idealfall Katalysator für  
Friedensverhandlungen“**

**Sonderteil: „SPD erneuern!“**

## Kurzum | von Cordula Drautz

Ein Verdienst haben sich die Piraten ohne Zweifel schon heute erworben. Ihre Wahl hat bewiesen, dass die deutsche Demokratie erneuerungsfähig ist. Zumindest, dass eine Partei aus dem Stand in ein Landesparlament einziehen kann. Auch wenn – zumindest wenn man nach wie vor in klassischen politischen Kategorien denkt – der Begriff „Partei“ nicht ganz passend erscheint. Es stellt sich die Frage, ob die Piraten tatsächlich mehr sind als die Summe ihrer Teile.

„Eine politische Partei (lateinisch *pars*, Genitiv *partis* ‚Teil‘, ‚Richtung‘) ist ein auf unterschiedliche Weise organisierter Zusammenschluss von Menschen, die innerhalb eines umfassenderen politischen Verbandes (eines Staates o. Ä.) danach streben, politische Macht und die entsprechenden Positionen zu besetzen, um ihre eigenen sachlichen oder ideellen Ziele zu verwirklichen und/oder persönliche Vorteile zu erlangen,“ so die Wikipedia-Definition. Zwar können die Piraten die politischen Positionen nicht besetzen, in die sie gewählt worden sind, weil sie schlicht nicht genug Personal aufgestellt haben – ideelle Ziele verfolgen sie hingegen sehr wohl. Läge man auch hier wieder die klassischen Kategorien an, so wären die Piraten wohl eine radikalliberale Partei. Der Staat bin ich – so könnte man das Piratenprogramm zusammenfassen. Sie sind gegen Bürokratie, gegen staatliche Bevormundung, für individuelle Freiheit. Sind die Piraten die neue FDP?

Das wird sich zeigen. Denn wichtige Fragen haben die Piraten noch nicht erörtert. Der programmatische Kitt beschränkt sich bisher noch auf netzpolitische Fragen, Forderungen nach mehr Transparenz und Beteiligung – vor allem in politischen Willensbildungsprozessen. Grundlegende Vorstellungen beispielsweise zur gesellschaftlichen Inklusion oder



☞ Cordula Drautz ist Redaktionsmitglied der spw und IUSY-Vizepräsidentin.

Foto: © Ralf Höschele

jüngst auch zu Fragen der Genderpolitik haben sie nicht beantwortet. Vielleicht wollen sie das auch gar nicht. Doch eine Partei, in der die individuelle Freiheit soweit interpretiert wird, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen kein gesellschaftliches Problem ist, sondern das Geschlecht durch den Staat einfach nicht mehr erfasst werden soll, verkennet, dass Parteien auch den Theorie-Praxis-Transfer leisten müssen. Das nennt man Strategie.

**Kurzum:** Sollten die Piraten jenseits des Achtungserfolges, den sie in den Berliner Wahlen erzielt haben, tatsächlich den Weg ins politische Establishment bewältigen, ist die Parteienlandschaft Deutschlands um eine Klientelpartei reicher – die der Post-Anarchisten. Ob damit „Staat zu machen ist“, werden die nächsten Wahlen erst zeigen. ■

## ■ Meinung

Schulkompromiss in NRW | Andreas Meyer-Lauber ..... 4

### Debatte:

Der Afghanistan-Konflikt braucht eine politische Lösung | Lars Klingbeil ..... 5

10 Jahre Afghanistan – Eine Bilanz | Tom Koenigs ..... 6

UN-Mitgliedschaftsantrag Palästinas | Interview mit Henrik Meyer ..... 8

Eine Provinzposse in Berlin? | Ralf Höschele ..... 11

## ■ ■ ■ Im Fokus: Follow the money! Handlungsfähiger Staat

Einleitung zum Heftschwerpunkt

| Cordula Drautz, Sarah Ryglewski, Till van Treeck ..... 13

Für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik | Achim Truger ..... 18

Der vorsorgende Sozialstaat als Wachstumsmotor | Michael Dauterstadt ..... 25

Den Staat als wirtschaftlichen Akteur ausbauen | Heinz-J. Bontrup ..... 32

Eurokrise – Wie handlungsfähig sind die europäischen Staaten?

| Toralf Pusch ..... 38

Kommunen in Not – Gerechtheit geht anders | Wolfgang Uellenberg - van Dawen ..... 44

Die hausgemachte Finanzkrise | Carsten Sieling ..... 47

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Occupy Backwarenabteilung!

| Tom Strohshneider ..... 50

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Eine Schuldenbremse für Europa?

| Arne Heise ..... 51

Die aktuelle Zahl: 0,7 | Claudia Bogedan ..... 53

Restrisiko | Marco Bülow ..... 54

### Rezensionen:

Sozialdemokratische Reformdiskurse in Europa | Michael Reschke, Thilo Scholle ..... 57

Chancen und Risiken der digitalen Gesellschaft | Pascal Geißler ..... 60

Zeitschrift INDES | Thilo Scholle ..... 63

## ■ ■ ■ ■ Sonderteil: „SPD erneuern!“

Einleitung zum Sonderteil | Michael Reschke ..... 64

Mehr Demokratie wagen 2.0 | Horst Peter ..... 67

Politik an den Grenzen des Wachstums | Michael Müller ..... 72

Fortschritt und linker Reformismus | Benjamin Mikfeld ..... 77

Von der Schizophrenie zur Hegemonie | Stephan Hebel ..... 82

Die zweite Chance: Mehr Gleichheit wagen | Albrecht von Lucke ..... 84

## ■ ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Delegierten-Vorbesprechung, Tagung zur Kritischen Theorie und Emanzipation ..... 86

Bericht der spw/ DL21-Herbsttagung ..... 87

DL 21 Aktuell: Das Ende neoliberaler Mythen ..... 89

Fünf Fragen an... Thomas Ehmke ..... 90

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
 Jutta Blankau (Hamburg)  
 Klaus Dörre (Jena)  
 Iris Gleicke (Schlesingen)  
 Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
 Michael R. Krätke (Lancaster)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Berlin)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Florian Pronold (Deggendorf)  
 René Rösper (Hagen)  
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
 Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Claudia Bogedan  
 Björn Böhning  
 Kai Burmeister  
 Cordula Drautz  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Bettina Kohlrausch  
 Lars Neumann  
 Dorothea Steffen  
 Thilo Scholle  
 Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Claudia Bogedan  
 Cordula Drautz  
 Sarah Ryglewski  
 Holger Schoneville  
 Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Michael Reschke  
 Telefon 0176 - 642 840 03  
 redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund  
 Telefon 0231 - 2 02 00 11  
 Telefax 0231 - 2 02 00 24  
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski  
 Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit

sechs Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 39,-  
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)  
 Auslandsabonnement Euro 42,-  
 Abbestellungen mit einer Frist von drei  
 Monaten zum Jahresende.  
 Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
 Anschriftänderung ist  
 dem Verlag mitzuteilen.  
 ISSN 0170-461-K 5361  
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.  
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.fotolia.com © Ben Chams

Bildnachweis:

S,50 www.fotolia.com © electricroney,  
 S,51 www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
 1.-3. Tausend, Oktober 2011

## Schulkompromiss in NRW eröffnet Gestaltungsspielräume

von Andreas Meyer-Lauber

Im Juli diesen Jahres war es endlich soweit: Nach jahrzehntelangem Streit um die richtige Schulstruktur haben SPD, Grüne und CDU einen Schulkonsens vereinbart, der mindestens für die nächsten zwölf Jahre gelten soll. Endlich hat Nordrhein-Westfalen einen Schulfrieden, der den Schulen, Eltern und Kommunen Rechtssicherheit für die kommenden Jahre bietet.

Das Herzstück des Kompromisses ist die neu geschaffene Sekundarschule, die die Jahrgänge fünf bis zehn umfasst und durch die Kooperation mit der Oberstufe eines Gymnasiums, eines Berufskollegs oder einer Gesamtschule auch den Weg zum Abitur eröffnet. Die Bestandsgarantie für die Hauptschule wird aus der Verfassung gestrichen. Damit wird endlich der Tatsache Rechnung getragen, dass die Hauptschule eine sterbende Schulform ist, die nicht mehr gerettet werden kann. Wird die Hauptschule aufgelöst, kann allerdings auch die Realschule nicht einfach bei ihrem bisherigen Konzept bleiben. Auch sie muss sich zu einer Schule des gemeinsamen Lernens entwickeln.

Die neue Sekundarschule ist zwar noch nicht die *Eine Schule für alle Kinder*, die sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gewünscht haben. Dennoch schafft sie den Einstieg in längeres gemeinsames Lernen und macht damit den Weg frei für mehr Chancengleichheit. Die Schülerinnen und Schüler werden mindestens bis nach der sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet, danach entscheidet die Schule, ob es integriert oder schulabschlussbezogen weitergeht.

Gleichzeitig erleichtert der Schulkompromiss die Gründung neuer Gesamtschulen. Mussten bisher 112 Schülerinnen und Schüler angemeldet werden, so sinkt die Zahl nun auf 100, weil die Klassengrößen in der Sekundarstufe I reduziert werden.



➔ Andreas Meyer-Lauber ist Vorsitzender des DGB NRW.

Foto: privat

Nicht nur aus pädagogischer Überzeugung hat sich in weiten Teilen der Kommunalpolitik seit längerer Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass das längere gemeinsame Lernen der richtige Weg ist. Gerade in ländlichen Gebieten ist es aufgrund der sinkenden Schülerzahlen gar nicht mehr möglich, Haupt- und Realschule vor Ort gleichzeitig zu füllen.

Das Gymnasium bleibt mit dem Schulkompromiss unangetastet. 40 Prozent aller Schülerinnen und Schüler besuchen in NRW diese Schulform, diese Realität muss die Politik zur Kenntnis nehmen. Der pädagogischen Modernisierung kann sich das Gymnasium jedoch immer weniger entziehen: Ganztags, weniger sitzen bleiben und die Individualisierung des Lernens stehen auch hier auf der Agenda, wenn Eltern diese Schulform für ihre Kinder wählen sollen.

Bleibt die Frage der Inklusion. Es kann nicht sein, dass allein die Sekundarschule diese Leistung erbringen soll, daran müssen sich alle Schulformen und Schulen beteiligen.

Der DGB wird sich auch zukünftig einmischen. Wir werden besonders die Gründung von Gesamtschulen und Sekundarschulen unterstützen. Unser Ziel ist es, dass mittelfristig an möglichst vielen Standorten die Sekundarschule integriert bis zur zehnten Klasse unterrichtet kann. Dazu benötigen die Schulen Fortbildung und Ressourcen, aber auch den politischen Gestaltungswillen vor Ort. ■

## Debatte: Der Afghanistan-Konflikt braucht eine politische Lösung

von Lars Klingbeil

Das Jahr 2012 kann zum richtungsweisenden Jahr für Afghanistan werden. Zehn Jahre nach Beginn des Einsatzes wird sich entscheiden, ob afghanische Regierung und internationale Staatengemeinschaft die Kraft aufbringen, die Weichen im Land richtig zu stellen. Der verbreitete innenpolitische Wunsch in Deutschland, sich schnell aus dem Einsatz zurückzuziehen, sollte dabei keine Richtschnur für sozialdemokratisches Handeln sein. Vielmehr muss es nun darum gehen, konkrete Erwartungen an den politischen Prozess im Land zu definieren.

Auf Druck der SPD wird dem Parlament halbjährlich ein Fortschrittsbericht über den Prozess in Afghanistan vorgelegt, der Erfolge und Defizite aufzeigt. Dabei wird klar, wo die aktuellen Herausforderungen liegen: Der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung stockt, auch die Menschenrechtslage bleibt in Teilen des Landes schwierig. Das Wirtschaftswachstum liegt zwar bei knapp 10%, vielen Afghanen wird auf dem Arbeitsmarkt aber noch keine Perspektive geboten. Positiv entwickeln sich hingegen der Ausbau von Bildungsangeboten und Gesundheitsversorgung. Auch der Aufbau der afghanischen Armee und Polizei gelingt allmählich.

Unabdingbar werden aber vor allem zwei Dinge sein: Der innerafghanische Versöhnungsprozess und die regionale Entwicklung, die auch Pakistan einbezieht. Für den innerafghanischen Versöhnungsprozess wird es dabei weiterhin entscheidend sein, die Taliban einzubeziehen. Der Selbstmordanschlag auf den mit den Friedensverhandlungen beauftragten, früheren afghanischen Präsidenten Rabbani war ein herber Rückschlag.



↳ Lars Klingbeil ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied im Verteidigungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

Foto: © Marco Urban / [www.marco-urban.de](http://www.marco-urban.de)

Über die Verstrickungen zwischen dem pakistanischen Geheimdienst ISI und den Taliban ist viel geschrieben und spekuliert worden. Die internationale Gemeinschaft muss der Atommacht Pakistan jedoch klar machen, dass Pakistan afghanischen Aufständischen keine sicheren Zufluchtsorte gewähren darf und die Taliban zu Verhandlungen ermutigen muss.

Am 5. Dezember 2011 wird in Bonn die nächste Afghanistan-Konferenz stattfinden. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass dort nicht nur symbolische Absprachen getroffen werden. Es ist klar, dass wir unser Engagement in Afghanistan nicht abrupt mit dem Jahr 2014 beenden werden. Nach dem Abzug der militärischen Kräfte, wird unsere zivile und politische Unterstützung nach wie vor nötig sein. Hierfür brauchen wir klare Ziele und Bezugspunkte.

Die SPD sollte bei der anstehenden Mandatsverlängerung und auch im Umfeld der Peterberger Konferenz Druck machen, dass diese Ziele konkreter definiert und konsequenter angegangen werden. Die Präsenz der Bundeswehr wird weiterhin gebraucht, um die beschriebenen Prozesse abzuschichern. Die mediale Debatte wird sich leider auf den Abzug der militärischen Kräfte reduzieren. Afghanistan tun wir damit keinen Gefallen. ■

## Debatte: 10 Jahre Afghanistan – Eine Bilanz

von Tom Koenigs



↳ Tom Koenigs ist Mitglied des Deutschen Bundestags und der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen und Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Foto:privat

Der Abzug der Nato-Kampftruppen aus Afghanistan ist beschlossen. Ab Ende 2014 werden die afghanischen Sicherheitskräfte das staatliche Gewaltmonopol allein ausüben. Anschließend wird die internationale Gemeinschaft weiter in Afghanistan zivile Hilfe anbieten, denn auch zehn Jahre nach Beginn des Einsatzes in Afghanistan ist die menschenrechtliche Situation dort ebenso beklagenswert wie die Sicherheitslage. Gemessen an den Unmengen von Geld, die der Einsatz allein den US-Amerikanern gekostet hat - Experten sprechen von mehr als einer Billion Dollar -, können diese Ergebnisse des Einsatzes nur enttäuschen. Die Schuld daran liegt nicht bei den meisten Afghaninnen und Afghanen, sondern sie ist einigermaßen gleich verteilt zwischen den USA, ihren Verbündeten und der afghanischen Regierung.

Die dürftige Zwischenbilanz darf kein Grund sein, die Afghaninnen und Afghanen wieder im Stich zu lassen. Sie fordert uns vielmehr auf, endlich eine zivile Krisenprävention auf nationaler und internationaler Ebene zu entwickeln, damit sich Fehler aus Afghanistan nicht wiederholen. Die einzelnen nationalen Akteure müssen sich besser koordinieren, gemeinsame politische Ziele entwickeln und sich darauf einigen, wie diese Ziele erreicht werden können. Vor allem die zivilen Ziele

und Maßnahmen wollen zügig entwickelt werden, denn sonst dominiert bald wieder militärisches Denken. In Afghanistan war die Sicherheitslage bis 2005 relativ gut, dennoch kam der zivile Aufbau nur langsam voran, weil Einzelprojekte keine zivile Aufbauagenda ersetzen. Bei einer so großen Aufgabe wie der Afghanistan-Mission können wir uns nicht einfach durchwursteln.

Es ist nicht alles schlecht in Afghanistan: Vier von fünf Afghanen haben wieder Zugang zu medizinischer Versorgung, im Vergleich zu 2001 hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler verfünffacht, die Zahl der Studentinnen und Studenten versechsfacht. Einige Institutionen funktionieren gut, einige Regionen sind friedlich. Diese Erfolge sind nicht in erster Linie einer guten staatlichen Organisation der Unterstützungen zu verdanken, sondern dem oft heroischen Einsatz engagierter Menschen - damit meine ich nicht nur die internationalen Helfer, sondern auch die Afghaninnen und Afghanen, die sich für ein freieres, gerechteres und lebenswertes Afghanistan einsetzen. Diese Menschen verdienen unsere Unterstützung, mehr noch als der afghanische Staat.

In den nächsten zehn Jahren in Afghanistan sollte deutsche Hilfe darauf zielen, die afghanische Zivilgesellschaft zu stärken. Das geht nicht mit großen Infrastrukturmaßnahmen und Soldaten, aber zum Beispiel durch den Ausbau von Bildungsangeboten. Denn Bildung ist ein alle soziale Gruppen verbindendes Bedürfnis der Zivilgesellschaft. Deutschland hat gerade im universitären Bereich Expertise und einen immer noch guten Ruf, gerade in Afghanistan. Die Hochschulen Afghanistans sollte Deutschland unterstützen; das können wir und das wollen und erwarten die Afghaninnen und Afghanen von Deutschland. ■

# Cigarettschmuggler kennen keine Grenzen.

*Schlimm genug, dass Cigarettschmuggler die Wirtschaft unterminieren und Arbeitsplätze gefährden. Noch schlimmer, dass ihre oft gefälschten Tabakwaren ohne jegliche Kontrolle hergestellt werden und so die strengen deutschen Verbraucherschutzvorschriften unterlaufen. Das Resultat sind minderwertige Cigaretten.*

*Besonders bedenklich ist aber, dass illegale Cigarettenhändler diese Ware zu Spottpreisen auch an Kinder und Jugendliche verkaufen. Darum unternehmen wir alles, um diese Banden in die Schranken zu weisen.*

*Wir unterstützen die Bundesregierung in jeder Hinsicht darin, zu einem noch entschiedeneren Vorgehen zu kommen. Mehr über unser Engagement erfahren Sie auf [bat.de](http://bat.de)*



**BRITISH AMERICAN  
TOBACCO**  
GERMANY

## UN-Mitgliedschaftsantrag Palästinas „Im Idealfall Katalysator für Friedensverhandlungen“

Interview mit Henrik Meyer



☞ Henrik Meyer arbeitet im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Foto: privat

**spw:** Am 23. September beantragte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas die Vollmitgliedschaft eines unabhängigen Palästinenserstaates bei den Vereinten Nationen. Wie ist dieser Schritt zu bewerten? Was ging ihm voraus?

» **H.M.:** Der Gang vor die Vereinten Nationen war lange angekündigt und kam für niemanden wirklich überraschend. Aus palästinensischer Sicht war es die logische Konsequenz eines gescheiterten Friedensprozesses. Nachdem dieser mit dem Gazakrieg 2008/2009 endgültig zum Erliegen gekommen war, hat die Palästinensische Autonomiebehörde mit massiver Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Institutionen eines zukünftigen unabhängigen Staates Palästina aufgebaut. Dieser Prozess ist mittlerweile weitgehend erfolgreich abgeschlossen, Weltbank und UN bescheinigen Palästina, bereit für die Unabhängigkeit zu sein. Der nächste Schritt sollte nun die internationale Anerkennung sein.

Das Neue am Vorgehen der Palästinenser ist weniger die Strategie an sich als vielmehr das Selbstbewusstsein, mit dem diese verfolgt wird. Es ist das erst Mal seit langer Zeit, dass eine Alternative zum reinen Verhand-

lungsansatz konsequent in die Tat umgesetzt wird. Die Palästinenser wollen sich nicht mit ihrer Rolle des Juniorpartners in einem dahinsiechenden Friedensprozess zufrieden geben. Sie haben es gewagt, klare Bedingungen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu stellen. Nun wagen sie es, auch gegen den zuletzt immensen Druck aus den USA, die Parallelstrategie von Staatsaufbau und internationaler Anerkennung weiter voranzutreiben. Vor wenigen Jahren noch wäre eine solche Vorgehensweise undenkbar gewesen.

**spw:** Bilder des Jubels aus Palästina begleiteten die Antragstellung. Können die hohen Erwartungen in der Bevölkerung erfüllt werden oder droht neue Enttäuschung? Welche real erfahrbaren Alltagsveränderungen sind überhaupt erwartbar?

» **H.M.:** Das ist ein nicht zu unterschätzendes Risiko. Die Hoffnungen der Bevölkerung werden ja aller Voraussicht nach doppelt enttäuscht. Denn natürlich wird sich durch den Gang vor die Vereinten Nationen an der Alltagssituation der Palästinenser zunächst wenig ändern. Das ist aber das kleinere Problem, da die meisten Palästinenser das auch gar nicht erwarten. Das größere Problem ist, dass das amerikanische Veto, das die Vollmitgliedschaft verhindern wird, der UN-Initiative auch ihren symbolischen Gehalt nehmen wird. Die Palästinenser werden das Scheitern als Botschaft verstehen, dass ihnen nicht nur die Unabhängigkeit vorenthalten, sondern sogar das grundsätzliche Recht auf einen eigenen Staat abgesprochen wird.

Diese Enttäuschung, kombiniert mit der tatsächlich euphorischen Stimmung in Ramallah, birgt explosives Potential. Auch wenn

ich nicht denke, dass es zu größeren Gewaltausbrüchen kommen wird, ist doch nicht auszuschließen, dass sich die öffentliche Meinung immer weiter vom Westen und vom Verhandlungsansatz entfernt. Eine weitere Entfremdung vom Westen hätte nicht nur Konsequenzen für das deutsche und europäische Verhältnis zu Palästina und zur arabischen Welt, sondern würde auch ein riesiges Problem für die derzeitige Palästinenserführung darstellen. Mit einem Scheitern der diplomatischen Initiative würde die Regierung von Mahmoud Abbas und Salam Fayyad ihre Legitimitätsgrundlage endgültig verlieren. Und einen besseren Verhandlungspartner als derzeit wird es auf absehbare Zeit für Israel und den Westen nicht geben.

**spw:** Welche Auswirkungen auf den Friedensprozess in Nahost insgesamt sind aufgrund dieses unilateralen Schrittes zu erwarten? Welche Reaktionen werden aus Israel folgen?

» **H.M.:** Die Sorge, dass der Friedensprozess negativ beeinflusst werden könnte, teile ich nicht. De facto gibt es schon seit Jahren keinen Friedensprozess mehr, der diesen Namen verdient hätte. Fortschritte werden nicht erzielt, alle wichtigen Entscheidungen der vergangenen Jahre wurden einseitig getroffen. Während die Hamas trotz offiziell verkündeter Einigung mit der Fatah fester denn je die Zügel im Gazastreifen in der Hand hält, lässt die israelische Regierung seit Jahren zigtausende Wohnungen in illegalen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten bauen.

Premierminister Netanjahu hat kurz nach der UN-Vollversammlung zwar als „Reaktion“ weitere 1.100 dieser Siedlungseinheiten genehmigt – aber das geschieht seit Jahren in verlässlicher Regelmäßigkeit und wäre auch ohne die UN-Initiative so vollzogen worden. Nicht der Gang vor die Vereinten Nationen, sondern der Siedlungsbau ist der gefährliche Unilateralismus, der den Frieden im Nahen

Osten immer unwahrscheinlicher macht. Allein die Tatsache, dass der Gang vor die Vereinten Nationen ohne Zustimmung Israels erfolgt, heißt noch nicht, dass es ein unilateraler Schritt war – immerhin wurden so 193 Nationen in den Prozess einbezogen. Was fehlte, und nun mit Hochdruck nachgeholt werden muss, ist die Einbeziehung Israels.

Denn es ist natürlich trotzdem von entscheidender Bedeutung, Israel in dieser Frage mit ins Boot zu holen. Unter der Regierung Netanjahu/Lieberman sehe ich für echte Zugeständnisse zwar wenige Chancen, aber das kann sich ändern. Die Sozialproteste der vergangenen Monate haben die politische Landschaft in Israel gehörig durcheinandergewirbelt. Es ist nicht auszuschließen, dass kompromissbereitere Kräfte in Israel zukünftig wieder eine stärkere Rolle spielen werden. Und diese könnten auch die Chance erkennen, die die UN-Initiative der Palästinenser mit sich bringt. Denn mit der Anerkennung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 würde auf internationalem Parkett auch ein für alle Mal die Existenz und Legitimität des Staates Israel auf der anderen Seite der Grenze akzeptiert. Schließlich ist das doch die Kernbotschaft der palästinensischen UN-Strategie: Die Zweistaatenlösung soll entgegen den besorgniserregenden politischen Entwicklungen als Lösungsparadigma festgeschrieben werden. Hiervon können alle profitieren, die an einer friedlichen Beilegung des Nahostkonflikts interessiert sind.

**spw:** In welchem Verhältnis steht der Mitgliedschaftsantrag zur 2002 vereinbarten Roadmap zur Beilegung des Nahostkonflikts und inwiefern wird das Nahostquartett aus UN, EU, USA und Russland gezwungen sein ihre Strategie zu ändern?

» **H.M.:** Dies ist in der Tat eine interessante Frage. Denn: Über den Streit der vergangenen Monate ist in Vergessenheit geraten, dass alle Akteure des Nahostquartetts

den Kurs der Palästinenserführung im Prinzip unterstützen. Eben gerade weil die Roadmap von Israel in nahezu keinem einzigen Punkt eingehalten wurde, haben vor allem die USA und die EU mit Milliardenbeträgen den Aufbau eines palästinensischen Staates jenseits bilateraler Verhandlungen vorangetrieben. Das Staatsaufbauprogramm von Premierminister Salam Fayyad wurde in Palästina gegen massive interne Widerstände mit großem Erfolg durchgesetzt.

Obwohl die demokratische Legitimität der Regierung in Ramallah auf äußerst wackeligen Beinen steht, hat die internationale Gebergemeinschaft voll auf Fayyad gesetzt. Die Vertiefung der nationalen Spaltung, die Belastungen für den demokratischen Prozess, die politische Marginalisierung Jerusalems – all dies wurde akzeptiert mit dem Argument, es gebe keine Alternative zum Programm des palästinensischen Staatsaufbaus. Die nun absehbare Ablehnung der Anerkennung des Staates ist daher nicht nur inkonsequent, sie konterkariert geradezu die eigene Politik der vergangenen Jahre.

Mit der Wahl Barack Obamas Ende 2008 hatten sich völlig neue Möglichkeiten für den Nahostfriedensprozess eröffnet. Die vielen Fortschritte im Westjordanland wären ohne die Signale aus Washington nicht möglich gewesen. Nun aber dürfte es schwer werden, die Palästinenserführung ein weiteres Mal hinter einem gemeinsamen Strategieansatz zu vereinen. In jedem Fall wird ein Einfaches „Weiter so!“ nicht funktionieren.

**spw:** Welche Rolle sollte Deutschland einnehmen?

» **H.M.:** Die Frage ist: Welche Rolle kann Deutschland noch einnehmen? Ohne Not hat sich die Bundesregierung viel zu früh gegen eine Zustimmung zur palästinensischen UN-Initiative ausgesprochen. In der jetzigen Situation müsste Deutschland also

seine Glaubwürdigkeit opfern, um wieder Gestaltungsfähigkeit zu erlangen.

Mittelfristig muss sich die Bundesregierung überlegen, ob sie eine gestaltende Rolle im Nahostkonflikt einnehmen möchte. Derzeit beschränkt sich die Rolle Deutschlands auf die des Zahlers und Mahners. Bei schwierigen Entscheidungen kann sich Deutschland bislang nicht dazu durchringen, eine feste Position einzunehmen. Wenn Deutschland aber ein für beide Seiten glaubwürdiger Vertreter der Zweistaatenlösung sein möchte, ist es schlicht unlogisch, gegen die Verkündung der Zweistaatenlösung auf internationalem Parkett zu stimmen.

Denn, das wird ja gerne vergessen: Die UN-Initiative ersetzt nicht bilaterale Verhandlungen. Das haben vor allem die Palästinenser immer wieder deutlich gemacht. Die Anerkennung Palästinas soll verlässliche Rahmenbedingungen für zukünftige Friedensverhandlungen schaffen. Wenn diese konstruktive Seite auch in Israel erkannt wird, kann dies im Idealfall sogar als Katalysator für Friedensverhandlungen wirken. Deutschland sollte seine guten Beziehungen zu Israel nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. ■

↳ Das Interview führte Michael Reschke.

## Eine Provinzposse in Berlin?

### Eine Bewertung der Berliner Abgeordnetenhauswahl

von Ralf Höschele



↳ Ralf Höschele ist stellvertretender Jusos-Bundesvorsitzender und lebt und arbeitet in Berlin.

Foto: privat

Die Sondierungs- und Koalitionsgespräche mit den Grünen in Berlin haben mal wieder gezeigt, dass die Berliner Landespolitik manchmal ziemlich provinziell sein kann: In Kleinstädten mag eine kommunale Koalition an einem Stück Ortsumgehungsstraße scheitern. In einer Metropole erschien es aber bis diesen Herbst ausgeschlossen, dass nur gut drei Kilometer Straßenbau irgendwo im Südosten der Stadt die Wunschkoalition beider potenziellen Koalitionsparteien platzen lassen könnte. Doch der Verlauf und der Abbruch der Koalitionsgespräche in Berlin ist nicht nur eine lokale Posse, sondern zeigt drastisch einige Entwicklungen auf, die auch bundesweit relevant werden könnten. Ein genauerer Blick auf mögliche Ursachen lohnt sich auch im Hinblick auf 2013.

### Rot-grüne Entfremdung

Während mehrerer Sondierungsrunden gelang es offensichtlich nicht, zwischen SPD und Grünen ein tragfähiges Vertrauensverhältnis zu schaffen. Wenn an einem Missverständnis über die Interpretation einer Kompromissformulierung Gespräche scheitern, dann ist das nicht nur eine Sachfrage, sondern hat tiefer liegende Ursachen. In Berlin

war es sicherlich nach zehn Jahren grüner Opposition gegen einen roten Senat besonders schwierig, vertrauensvolle Gespräche zu führen. Doch auch in anderen Ländern und auf Bundesebene zeichnet sich kein linkes, fortschrittliches rot-grünes Projekt ab. Und selbst wenn man eine Koalition nicht unbedingt als Projekt überhöhen muss: Zum erfolgreichen gemeinsamen Regieren sollten zumindest mehrere gemeinsam getragene Vorhaben vorhanden sein. Das erfordert eine inhaltliche Vorbereitung schon lange vor dem Wahltermin. In der Berliner Landespolitik ist es an einem Autobahnabschnitt gescheitert, im Bund sind Themen wie zum Beispiel wirtschaftliches Wachstum, Energiepolitik oder eine erwerbsarbeitsorientierte Politik konfliktträchtig. Doch wo finden im größeren Maßstab gemeinsame rot-grüne Debatten jenseits der Jugendverbände statt? Ein einziges gemeinsames Institut reicht dazu nicht aus. Inhaltlich, personell und kulturell ist Rot-Grün jedenfalls kein Selbstläufer, sondern muss vorbereitet sein.

### Was bedeutet „auf Augenhöhe“?

Gerhard Schröders „Koch und Kellner“ trifft heute für das Verhältnis zwischen SPD und Grünen nicht mehr zu. Die erstarkten Grünen fordern ein Verhältnis „auf Augenhöhe“ ein. Doch was bedeutet „auf Augenhöhe“, wenn die größere Partei wie in Berlin die SPD noch immer elf Prozentpunkte mehr in die Koalition einbringt? Eine numerische Parität kann damit sicherlich nicht gemeint sein. Weder würde es den Mehrheitsverhältnissen entsprechen, wenn beide Parteien gleich viele Ressorts erhalten würden, noch wäre es sinnvoll, wenn in jedem einzelnen Politikfeld ein Kompromiss gesucht werden

würde, der jeweils zur Hälfte rot und grün ist. Das laufende Einfordern einer „Augenhöhe“ ist vielmehr ein Indiz für das zunehmende Misstrauen zwischen Sozialdemokratie und Grüner Partei.

## Neue unsichere Mehrheitsverhältnisse

Das Berliner Wahlergebnis zeigt auch: Eine Mehrheit für Rot-Grün bei den kommenden Wahlen ist keineswegs selbstverständlich. Zwar haben in Berlin über 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler eine mehr oder weniger linke Partei gewählt, doch SPD und Grüne hätten im Parlament zusammen nur ein bis zwei Stimmen Vorsprung. Doch sind die Grünen überhaupt noch Teil des linken Parteienspektrums, wenn die grüne Parteiführung seit langem unter dem Label „grüne Eigenständigkeit“ die Annäherung an die Union versucht? Inhaltliche Schnittmengen sind zwischen Union und Grünen vorhanden und mit dem Atomausstieg ist eines der zentralen Konfliktthemen aufgelöst. In Berlin hat Renate Künast lange auf eine grün-schwarze Koalition spekuliert und wurde dafür vom Wähler abgestraft. Die grüne Parteiführung mag den Gedanken an eine Koalition mit der Union aber trotz allem attraktiv finden.

Nach derzeitigen Umfragen würden die Piraten auch in den Bundestag einziehen. Zur Erklärung des Wahlerfolgs der Piratenpartei sollte man sich etwas mehr Zeit nehmen. Ihn allein auf die schlechte „Netzpolitik“ der anderen Parteien zu schieben greift zu kurz. Ein Teil lässt sich als Protest gegen den inhaltsleeren SPD-Wahlkampf oder den biederen, auf eher konservative Wählerinnen und Wähler zielenden grünen Wahlkampf deuten. Beachtlich ist auch der große Anteil von ehemaligen Nichtwählern bei den Piratenwählern. Die wichtigste Forderung der Piraten war die nach mehr Transparenz politischer Prozesse. Doch die Forderung reduziert das Politische auf das bloße Verfahren, politische Inhalte werden durch reine Informationen ersetzt.

Die Forderung nach ein bisschen mehr Akteineinsicht und Informationsfluss scheint für viele Wählerinnen und Wähler ein ausreichend attraktives politisches Angebot zu sein. Mit dem Auftreten der Piraten ist das deutsche Parteiensystem noch etwas unübersichtlicher geworden, ist die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass es 2013 wieder nicht für eine rot-grüne Koalition reicht.

## Die SPD ist auf die nächste Bundestagswahl denkbar schlecht vorbereitet

Doch zurück zur Sozialdemokratie. Auf die nächste Bundestagswahl ist die SPD strategisch noch immer denkbar schlecht vorbereitet. Das nicht ganz so gut ausgefallene Ergebnis für die SPD macht auch deutlich, dass alleine ein populärer Spitzenkandidat für einen überzeugenden Wahlsieg nicht ausreichend ist. Die Strategie einer zunehmenden Personalisierung, die von Teilen der Partei aktuell verfolgt wird, hat in Berlin nur zu einem Teilerfolg geführt – die Umfragen auf Bundesebene deuten an, dass ein oder zwei populäre Personen auch bundesweit nicht ausreichend sind, sondern zur Mobilisierung auch ein klares inhaltliches Profil der Partei erforderlich ist. Von der Schwäche der Regierungsparteien profitiert die SPD als größte Oppositionspartei kaum: In Umfragen liegt die SPD nur wenige Prozentpunkte über dem Wahlergebnis von 2009, in der Öffentlichkeit wird die SPD nur selten als Oppositionsführerin wahrgenommen. Rot-Grün erscheint – trotz aller Entfremdung – nach wie vor als einzige wünschenswerte Konstellation. Doch für den (nicht unwahrscheinlichen) Fall, dass es dafür keine parlamentarische Mehrheit geben sollte, bleibt der Sozialdemokratie nur die Rolle des Juniorpartners in einer großen Koalition. ■

## Follow the money! Handlungsfähiger Staat

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Cordula Drautz, Sarah Ryglewski und Till van Treeck



Foto: www.fotolia.com, © Ben Chams

In Zeiten, in denen Milliarden-Rettungspakete für Banken geschnürt werden, aber in kaum einer Kommune mehr Geld für ein öffentliches Schwimmbad vorhanden ist, stellt sich die Frage, wie ein solidarisches und wirtschaftlich erfolgreiches Gemeinwesen zukünftig finanziert werden kann.

Die öffentliche Verschuldung ist in Deutschland auch aufgrund der Banken-Rettungspakete gestiegen. Nach einem beinahe ausgeglichenem Haushalt im Jahr 2008 betrug die gesamtstaatliche Neuverschuldung 2009 über 70 Mrd. Euro und 2010 über 80 Mrd. Euro. Der Schuldenstand betrug Ende 2010 83,2 Prozent des BIP. Gleichzeitig wird beklagt, dass die öffentliche Infrastruktur marode ist. Nichtzuletzt angesichts schlechter personeller und baulicher Ausstattung von Schulen und Hochschulen, handlungsunfähiger Kommunen und Schließungen von sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie eines enormem Investitionsbedarf etwa für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sind die Forderungen der FDP nach Steuersenkungen unverstänglich und sachlich falsch. Ohnehin hat Deutschland bereits heute eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Eine noch geringe-

re Steuerquote ist kein Wert an sich. Es besteht die Gefahr, dass sie zu Lasten eines Staates, der seine Aufgaben für die Menschen nicht mehr angemessen erfüllen kann, gehen würde.

Ohne die Steuerreformen seit 1998 hätte der Staat mehr als 50 Mrd. Euro mehr an Einnahmen (vgl. den Beitrag von Achim Truger). Die Einkommensteuer ist unter der SPD-geführten Regierung Schröders in den Jahren 1998 bis 2005 mehrfach gesenkt worden. Der Eingangsteuersatz wurde von 25,9 Prozent auf 15 Prozent, der Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 42 Prozent gesenkt. Im Zusammenspiel mit der schwachen Wachstumsentwicklung führte die Steuersenkungspolitik zu steigenden staatlichen Haushaltsdefiziten, auf die die Regierung – auch unter dem Druck des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts – spätestens ab 2003 mit einer drastischen Sparpolitik bei den staatlichen Ausgaben reagierte. Im Ergebnis führten die Steuersenkungen und die anschließenden Ausgabenkürzungen zu einem regelrechten „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ (Peter Bofinger).<sup>1</sup> Mit dieser Entwicklung ist Deutsch-

<sup>1</sup> Vgl. Bofinger, P. (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, WSI-Mitteilungen, 7/2008, S. 351-357.

land im internationalen Vergleich einen Sonderweg gegangen, wie Achim Truger in seinem Beitrag beschreibt.

„Die gegenwärtige Debatte über „mehr Steuern für Reiche“ krankt daran, dass sie nur als Rettungsmaßnahme für einen verschuldeten Staat verstanden wird,“ schreiben Niels Annen, Björn Böhning und Benjamin Mikfeld in der FAZ. Gesellschaftlicher Wohlstand entstehe aber aus einem komplexen Zusammenspiel vieler Faktoren. Der Reichtum Einzelner sei nicht zwingend gleichzusetzen mit ihrer Leistung. Der Immobilienbesitzer, der auf dem Wohnungsmarkt in einem schick gewordenen Stadtteil seine Mieten ständig anhebt, erwirtschaftet einen hohen Gewinn, ohne etwas im eigentlichen Sinne dafür zu leisten. Die Aufwertung des Stadtteils ist vielmehr eine „kulturelle Leistung“ der Bürgerinnen und Bürger, ironischerweise oft jener, die sich die teuren Mieten dann nicht mehr leisten können. Es sei also nur recht und billig, wenn die Gesellschaft diesen Gewinn oder das Vermögen angemessen besteuert – auch um die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur der Städte zu erhalten und neuen günstigen Wohnraum zu schaffen.<sup>2</sup>

Für öffentliche Zukunftsinvestitionen müssen also Mittel bereitgestellt werden, anstatt Private zu entlasten und zu bevorteilen. Insbesondere die dramatische Notlage der Kommunen gilt es dabei endlich zu überwinden und ihren Anforderungen und Potenzialen gerecht zu werden (vgl. auch den Beitrag von Wolfgang Uellenberg – van Dawen). Daher brauchen wir ein Konzept zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Es muss die Frage beantwortet werden: „Welche Leistungen soll der Staat erbringen, wieviele Einnahmen braucht er zu ihrer Finanzierung, und wer soll welchen Anteil dazu beitragen?“. Hierauf möchte der vorliegende Schwerpunkt Antworten geben.

## Präventive Investitionen statt Handlungsunfähigkeit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Debatte aus einer interessanten Perspektive eröffnet. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten stellte fest, dass sich die Reparaturkosten mangelhafter Sozialpolitik und die dadurch verursachten Steuerausfälle auf insgesamt fast 24 Milliarden Euro im Jahr belaufen.<sup>3</sup> Die Landesregierung setzt daher auf eine gezielte, vorbeugende Politik, die die Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Kindes verbessert und gleichzeitig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte von „sozialen Folgekosten“ führt. Die Logik ist folgende: Durch eine präventive, vorsorgende Politik können in der mittleren und langen Frist Kosten gesenkt und Einnahmen gesichert werden. Denn je höher der Schulabschluss, desto geringer das Arbeitslosigkeitsrisiko und desto höher auch das spätere Erwerbseinkommen. Langfristiges Wachstum wiederum erleichtert den Rückgang der Schulden in Relation zum BIP (Rückführung der Schuldenstandsquote). Damit verringert sich die Last des Schuldenbergs. Kurzfristig könnten durch Vorbeugung bereits rund 2,5 Mrd. Euro in der Jugendbilanz (Altersgruppe bis zu 25 Jahre) eingespart werden. Haushaltskonsolidierung und präventive Wirtschafts- und emanzipatorische Sozialpolitik sind also kein Widerspruch, sondern bilden eine notwendige Ergänzung. Dieses Konzept der „Sozialen Prävention“ kann auch auf andere unterfinanzierte Bereiche übertragen werden.

Verrottende öffentliche Gebäude, kaputte Straßen und Wege – wer die Infrastruktur eines Landes verkommen lässt, spart kurzfristig möglicherweise Ausgaben. Jeder Tag, den Investitionen und Sanierungen von Infrastrukturmaßnahmen jedoch verschleppt werden, bedeutet das Leben auf Kosten der Substanz. Und es bedeutet vor allem einen Sanierungsstau, der

2 Niels Annen, Björn Böhning, Benjamin Mikfeld, „Alles besser anders machen“, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/politische-strategie-alles-besser-anders-machen-11229499.html>

3 Prognos Gutachten „Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen“, <http://www.prognos.com/Singleview.306+M5e153f1cc0c.o.html>

immer größer wird. So werden die Kosten für einzelne Projekte immer größer, je länger man mit Instandsetzungsmaßnahmen wartet. Irgendwann kommt möglicherweise nur noch ein Abriss und Neubau eines Gebäudes oder einer Brücke in Frage. Das treibt die Kosten dann zusätzlich in die Höhe und hat mit präventiver Finanzpolitik gar nichts zu tun. Wichtige und vor allem in der Entstehung teure, aber wertvolle Infrastruktur muss dringend erhalten und ausgebaut werden.

Neben Sozialprävention und Infrastruktur sind ausgebildetes Fachpersonal oder die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen und (sozialer) Sicherheit der dritte Bereich, in dem das Konzept der „Sozialen Prävention“ sinnvoll anzuwenden ist. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten die öffentliche Beschäftigung reduziert. Im Vergleich etwa zu Skandinavien ist das Angebot an Dienstleistungen in den Bereichen Pflege und Bildung schwach (vgl. hierzu auch den Beitrag von Heinz Bontrup). Ein Ausbau des vorsorgenden Sozialstaats nach nordischem Vorbild würde einen stärker binnenmarktorientierten Wachstumsprozess auslösen, der auch aus außenwirtschaftlichen und europapolitischen Gründen dringend angezeigt ist (vgl. zur europapolitischen Dimension den Beitrag von Toralf Pusck). Dieser Ausbau des öffentlichen Sektors ist nicht mit einer wachsenden Staatsverschuldung verbunden. Wie Skandinavien zeigt, ist sozial nachhaltiges Wachstum solide aus Steuern und/oder Abgaben zu finanzieren. Der Wachstumsimpuls verringert dann auch die Staatsschulden oder wenigstens die primär bedeutsame Schuldenstandsquote, wie Michael Dauderstädt in seinem Beitrag zeigt.

### Wozu Steuern? Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik!

In ihrem Steuerkonzept „3 mal 30 plus x“<sup>4</sup> unterbreiten die Jusos Vorschläge für ein In-

vestitionsprogramm für Bildung, Umwelt und soziale Sicherung. Für diese drei Bereiche werden jeweils etwa 30 Mrd. Euro pro Jahr an zusätzlichen staatlichen Ausgaben vorgesehen. Hierdurch soll der Investitionsrückstand überwunden werden, der sich nach dem „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ in Deutschland aufgebaut habe. Für die Bereiche Bildung und Infrastruktur (ökologische und herkömmliche) wären zusätzliche Ausgaben in dieser Größenordnung notwendig, damit Deutschland allein zum durchschnittlichen Investitionsniveau der alten EU-15-Länder aufschließt (vgl. auch den Beitrag von Achim Truger). Ausführliche Bedarfsanalysen kommen zu ganz ähnlichen Größenordnungen.

Die zusätzlichen Ausgaben für soziale Sicherung wiederum sollen einen Beitrag leisten, die Schieflage in der Einkommensverteilung abzumildern, die sich im letzten Jahrzehnt dramatisch verschärft hat. Nach einer OECD-Studie hat es von 2000 bis 2005 in keinem anderen OECD-Land einen so starken Anstieg von Armut und Ungleichheit gegeben wie in Deutschland.<sup>5</sup> Im Jahr 2008 waren rund 11,5 Millionen Menschen unter der Armutsrisikoschwelle: dies entspricht rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung! Auch warnt die OECD immer wieder vor einer starken Zunahme der Altersarmut in Deutschland. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit erheblicher Investitionen in den sozialen Zusammenhalt: 30 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich wären ein wichtiger erster Schritt.

Dabei wird sich die Politik zukünftig mit einer nicht geringeren Hürde auseinandersetzen müssen: der Schuldenbremse. Ihre Verabschiedung war aus verschiedenen Gründen ein Fehler. Zum einen droht sie, den konjunkturellen Spielraum des Staates zu stark einzuschränken.<sup>6</sup> Darüber hinaus bedeutet das

<sup>5</sup> Vgl. OECD: Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris, 2008.

<sup>6</sup> Vgl. Horn, G., Proano, C., Truger, A., Vesper, D., Zwiener, R. (2008): Die Schuldenbremse - eine Wachstumsbremse? IMK Report Nr. 29/2008.

<sup>4</sup> <http://www.jusos.de/sites/default/files/JusosProzent20Steuerkonzept.pdf>

annähernde strukturelle Neuverschuldungsverbot in seiner Unflexibilität, dass das Angebot an Staatsanleihen wegen der kaum noch vorhandenen staatlichen Schuldenaufnahme im Verhältnis zu den privaten Sparwünschen vermutlich schrumpfen wird. Das Angebot relativ sicherer Finanzanlagen geht damit aller Voraussicht nach zurück, und auch eher risikoscheue Anleger (wie Pensionsfonds, Lebensversicherungen und private Kleinanleger) werden auf riskantere Finanzmarktprodukte ausweichen müssen. Schließlich heißt das strukturelle Neuverschuldungsverbot aber auch, dass zusätzliche staatliche Ausgaben über vermehrte Einnahmen finanziert werden müssen. Angesichts der oben skizzierten Investitionsbedarfe muss die Schuldenbremse daher in erster Linie als eine Steuersenkungsbremse bzw. als Steuererhöhungsgebot interpretiert werden und über diesen zentralen Punkt gesellschaftliche Deutungshoheit erlangt werden.

Das Steuerkonzept der Jusos macht konkrete Vorschläge, an welcher Stelle Steuern erhöht und welche zusätzlichen Ausgaben damit finanziert werden könnten. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Steuererhöhungen möglichst wenig konjunkturschädigend ausfallen. Dies ist vor allem bei Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen der Fall, da einkommensstarke und vermögende Privathaushalte in der Regel eine geringe marginale Konsumneigung aufweisen. In diesem Fall wird der positive Nachfrage- und Wachstumseffekt von höheren staatlichen Ausgaben die negativen Nachfrage- und Anreizwirkungen von Steuererhöhungen überkompensieren. Ein stärkerer Wachstumsbeitrag des Staates und die Reduzierung der in den letzten Jahren stark gestiegenen Einkommensungleichheit wären außerdem ein wichtiger Beitrag zur Neuausrichtung des bislang sehr stark von Exportüberschüssen abhängigen deutschen Wachstumsmodells. So könnte Deutschland zum Wachstumsmotor in Europa werden und es damit den Krisenländern ermöglichen, aus ihrer hohen Staats- und Auslandsverschuldung herauszuwachsen.

Eine solche Politik würde auch einen Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit leisten. Denn es ist nicht im Interesse künftiger Generationen, wenn die privaten Ersparnisse eine nicht nachhaltige Überschuldung des Auslands finanzieren, die aus den deutschen Exportüberschüssen folgt. Besser ist es, wenn vermehrte öffentliche Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, ökologische Erneuerung und Soziales getätigt werden. Da diese wegen der Schuldenbremse nicht mehr durch strukturelle Neuverschuldung finanziert werden können, ist ein Bekenntnis zu Steuererhöhungen unausweichlich.

### Fiskalpolitik in der Erneuerung der SPD

Das vom Parteivorstand beschlossene Steuerkonzept leistet in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag. Zwar finden sich auch hierin die Schuldenbremse und das Bekenntnis zur Entschuldung als wichtige politische Ziele, dennoch wird ein Bewusstseinswandel innerhalb der SPD deutlich. So wird zur Reduzierung der Schuldenlast nicht mehr, wie in der Vergangenheit auch unter Sozialdemokraten üblich, die Eindämmung der Staatsausgaben als Mittel der Wahl genannt. Der Parteivorstand setzt stattdessen auf ein „qualitatives Wachstum“ zur Senkung der Neuverschuldung, das u.a. durch Investitionen in Bildung und Forschung, aktive Konjunkturpolitik, die Förderung von Investitionen und die Steigerung der Binnennachfrage gefördert werden soll. Gleichzeitig wird auch deutlich gemacht, dass die öffentliche Hand für eine solche politische Strategie derzeit finanziell nicht ausreichend ausgestattet ist – mit allen Folgen, die dies für die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland hat.

Der Fokus des „Nationalen Paktes für Bildung und Entschuldung“ liegt daher folgerichtig nicht auf Einsparungen sondern darauf, die Einnahmenbasis der öffentlichen Hand zu erhöhen und ihr so Handlungsspielräume zurückzugeben. Gleichzeitig soll mit

dem Konzept auch die seit Jahren wachsende Steuerungerechtigkeit reduziert werden, deren Folgen Carsten Sieling in seinem Beitrag beschreibt. Wichtigste Maßnahmen aus linker Perspektive sind dabei die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent sowie die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent. Darüber hinaus sollen weitere Einnahmen durch den Abbau von Subventionen und Steuererleichterungen, die Reform der Mehrwertsteuer und die Anhebung der Abgeltungssteuer erzielt werden. Alle diese Vorschläge sind richtig, und werden von der SPD-Linken zum Teil schon seit längeren gefordert. Allerdings gehen sie an einigen Stellen nicht weit genug bzw. werden nicht konsequent zu Ende gedacht. So ist insbesondere nicht nachzuvollziehen, warum mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes die so genannte Reichensteuer wegfallen oder warum die Abgeltungssteuer beibehalten werden soll. Darüber hinaus wird im Steuerkonzept des Parteivorstandes zwar auf die besonders prekäre finanzielle Situation der Städte und Gemeinden eingegangen, konkrete Vorschläge, wie diese behoben werden soll, werden aber nicht gemacht. Diese Lücken schließt ein Papier der Bremer SPD, das ebenfalls als Antrag zum Bundesparteitag eingebracht werden soll. Deren Konzept sieht bei einem Spitzensteuersatz von ebenfalls 49 Prozent die Beibehaltung der Reichensteuer vor, wie es z.B. die Jusos schon auf dem letzten Bundesparteitag gefordert haben. Damit wäre de facto ein Spitzensteuersatz von 52 Prozent verbunden, der allerdings erst ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 150.000 Euro für Alleinstehende greifen würde, den gut verdienenden Facharbeiter also unberührt ließe.

Ebenfalls weitergehend ist die Forderung zur Abgeltungssteuer. Das Bremer Konzept sieht vor, diese abzuschaffen und damit die Privilegierung von „leistungslosen“ Einkünften gegenüber Erwerbseinkommen zu beenden. Wichtig für die Kommunen ist der Vorschlag,

die Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer weiterzuentwickeln. Die Gemeindegewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden, ihre Bemessungsgrundlage wurde auf Betreiben der SPD während der Großen Koalition verbreitert. Geblieben ist aber, dass FreiberuflerInnen von ihr ausgenommen sind. Das Bremer Konzept sieht vor, diese – bei einem Freibetrag von 24.500 Euro wie bei den übrigen Gewerbetreibenden – im Rahmen einer Gemeindegewerbesteuer einzubeziehen. Die Anrechenbarkeit dieser Steuer auf die Einkommenssteuer soll ebenfalls beibehalten werden, so dass es für die Betroffenen zu keiner Mehrbelastung kommt. Die finanzielle Basis der Gemeinden, die, wie das Konzept des Parteivorstandes zurecht bemerkt, die Hauptlast bei der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern sowie des demographischen Wandels tragen, würde allerdings gestärkt, da diese „neue“ Gemeindegewerbesteuer im Gegensatz zur Einkommenssteuer zu mehr als 90 Prozent in der Hand der Kommunen verbliebe.

Das die Verteilungsfrage in der Breite der Sozialdemokratie wieder gestellt wird, ist richtig und nicht zuletzt angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise angemessen. Strategisch wird es nun darauf ankommen, orientiert an den Finanzbedarfen gesellschaftlicher Fortschrittsprojekte wie einem erneuerten Sozialstaat oder der Energiewende die Notwendigkeit zusätzlicher finanzieller Ressourcen auf Seiten des Staates zugunsten der Allgemeinheit deutlich zu machen. Auch daran wird sich eine glaubhafte Erneuerung der SPD – nicht zuletzt auf dem diesjährigen Bundesparteitag – messen lassen müssen. ■

☞ Cordula Drautz ist Redaktionsmitglied der spw und IUSY-Vizepräsidentin.

☞ Sarah Ryglewski ist stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

☞ Dr. Till van Treeck ist Redaktionsmitglied der spw und Mitarbeiter im Referat Allgemeine Wirtschaftspolitik des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

## Für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik – Aufkommenssicherung und Verteilungsgerechtigkeit als Richtschnur

von Achim Truger

Von wenigen Ausnahmen abgesehen war Steuerpolitik in den vergangenen 15 Jahren immer Steuersenkungspolitik. Fast immer wurden diese Steuersenkungen wachstums- und beschäftigungspolitisch begründet. Mal ging es um Entlastungen zur Entfesselung der Leistungsanreize, mal um die Stärkung des Standort Deutschlands, wieder ein anderes Mal um konjunkturpolitische Stimulierung – an Argumenten wurde benutzt, was gerade zu passen schien. Im Ergebnis kam es seit 1998 zu gewaltigen Senkungen der Steuersätze, vor allem bei der Einkommensteuer und weitaus stärker noch bei den Kapital- und Unternehmenssteuern. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hält – im Gegensatz zur SPD – mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und ihren immer noch nicht ad acta gelegten Plänen aus dem Koalitionsvertrag weiter an dieser Politikrichtung fest. Dass Steuersenkungen eine solche bedeutende wirtschaftspolitische Rolle spielen konnten – und dies zum Teil noch heute tun – ist mehr als verwunderlich, denn aus ökonomischer Sicht sprach nie viel für bedeutend positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer solchen Politik. Hinzu kommt, dass die konkreten praktischen Erfahrungen in Deutschland extrem ernüchternd waren.

### Hochstilisierung von Steuersenkungen zum zentralen wachstums- und beschäftigungspolitischen Instrument gescheitert<sup>1</sup>

Die angebotsseitigen Effekte der Besteuerung sind seit langem Gegenstand der finanzwissenschaftlichen (Lehrbuch-)Literatur.

Dort werden die Auswirkungen der Besteuerung auf wirtschaftlich bedeutende Entscheidungen der privaten Haushalte und der Unternehmen ausführlich untersucht (vgl. etwa Rosen 1999, 375 ff.). Es lassen sich allerdings – auch im Mainstream – keine überzeugenden theoretischen oder empirischen Belege für starke negative Anreizeffekte der Besteuerung und damit entsprechend positiver Effekte von Steuersenkungen finden (vgl. ausführlich Corneo 2005).

Nachfrageseitig können Steuersenkungen durchaus sinnvoll sein. Defizitfinanzierte Steuersenkungen erhöhen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und damit nach Maßgabe der marginalen Konsumquote auch die private Nachfrage. Der expansive Effekt ist bei unveränderter staatlicher Nachfrage, desto größer, je stärker die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen entlastet werden, da diese eine besonders hohe Konsumquote aufweisen. Steuersenkungen sind damit zur nachfrageseitigen Konjunkturankurbelung in einer Situation mit unterausgelasteten Kapazitäten grundsätzlich geeignet. Allerdings konkurrieren sie mit ausgabenseitigen Maßnahmen, also einer Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere der staatlichen Investitionen, der nach akzeptierter Lehrmeinung deutlich höhere Multiplikatoren und damit eine deutlich höhere konjunkturpolitische Effizienz zugeschrieben wird (SVR 2009, S. 166ff. sowie Elmenendorf/Furman 2008). Grundvoraussetzung für eine positive nachfrageseitige Wirkung ist aber, dass die mit der Steuersenkung einhergehenden Steuerausfälle auch tatsächlich durch höhere Budgetdefizite zwischenfinanziert werden. Wird stattdessen auf der Ausgabenseite

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag lehnt sich stark an die Ausführungen in Truger/Teichmann (2011), Kapitel 2, an.

„gegengekürzt“, dann dürften gleich große Steuer- und Ausgabenkürzungen zu einem restriktiven Gesamteffekt führen: Der positive Effekt der Steuersenkungen wird durch ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen überkompensiert. Insofern können Steuersenkungen wachstumspolitisch durchaus kontraproduktiv sein.

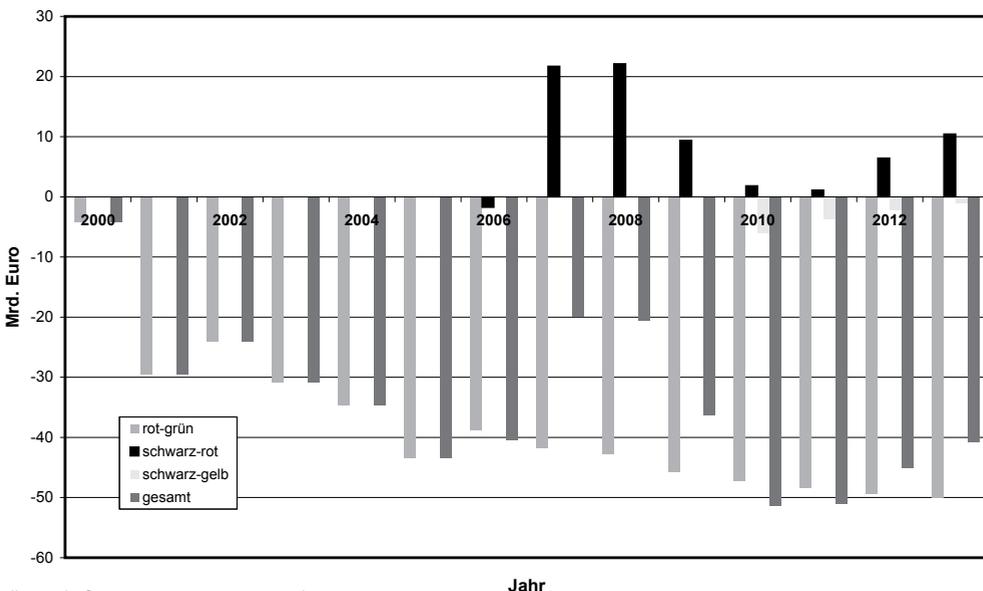
Wie zu erwarten waren die konkreten Erfahrungen mit Steuersenkungen in Deutschland sehr ernüchternd. Die „Steuerreform 2000“ setzte ganz auf sehr weit reichende schrittweise Senkungen bei der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung zur Wachstums- und Beschäftigungstimulierung. Auffällig ist, dass gerade die Phase der kräftigen Steuersenkungen identisch mit der langen Stagnationsphase der deutschen Wirtschaft von 2001 bis 2005 war, während der Aufschwung 2006 und 2007 in eine Phase deutlicher Steuererhöhungen fällt. Offensichtlich haben die Steuersenkungen nicht den erhofften Wachstumsschub gebracht. Dass sie dies nicht konnten

und bei nüchterner Betrachtung sogar kontraproduktiv waren, liegt genau an den beschriebenen Interaktionen mit der Ausgabenseite. Weil die damalige Bundesregierung an den Stabilitäts- und Wachstumspakt gebunden war, begann sie – ebenso wie die Länder- und kommunalen Haushalte – spätestens 2003 mit drastischer Sparpolitik auf der Ausgabenseite, was mögliche positive Wachstumseffekte der Steuersenkungen negativ überkompensierte (vgl. Truger 2004 und 2009a).

### Nebenwirkungen für Staatsfinanzierung und Verteilungsgerechtigkeit katastrophal

Die Steuersenkungen verfehlten nicht nur ihr eigentliches Ziel, die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung, sie waren auch mit gravierenden Nebenwirkungen verbunden. Vor allem schwächten sie die durch die schlechte wirtschaftliche Performance ohnehin schon geschwächte Finanzierungsbasis des Staates empfindlich. (vgl. ausführlich Truger 2009). Abbildung 1 zeigt die fiskalischen Nettoeffekte

**Abbildung 1: Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen durch die verschiedenen Regierungskoalitionen seit 1998 (2000 bis 2013) in Mrd. Euro**



Quelle: Bundesfinanzministerium; eigene Berechnungen.

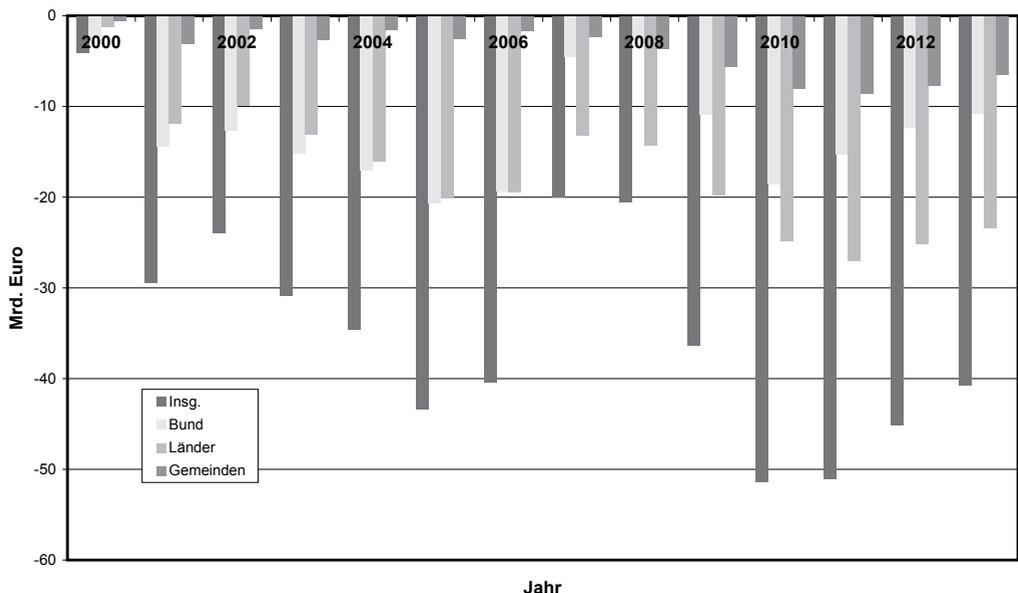
der Änderungen des Steuerrechts seit 1998 für die Jahre 2000 bis 2013 und ordnet sie den jeweils amtierenden Bundesregierungen zu. Sie wurden durch Addition und ggf. Fortschreibung der vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Finanztableaus ermittelt. Es handelt sich um Nettoeffekte, d.h. zwischenzeitliche Steuererhöhungen sind in den Zahlen berücksichtigt und mit den quantitativ weit aus bedeutenderen Steuersenkungen saldiert.

Nach drastischen Steuersenkungen durch die rot-grüne Bundesregierung, insbesondere die so genannte Steuerreform 2000, kam es seit 2006 zunächst im Zuge der Konsolidierungsbemühungen der großen Koalition zu kompensierenden Mehreinnahmen, insbesondere aufgrund der Erhöhung der Umsatzsteuer. Hätte es danach keine weiteren Änderungen gegeben, hätten sich die Aufkommensverluste in etwa bei der Hälfte der durch die rot-grünen Reformen induzierten Werte stabilisiert. Im Rahmen der Konjunkturpakete wurden

dann jedoch weitere Steuersenkungen verabschiedet, so dass im Jahr 2009 die von den zuvor beschlossenen Maßnahmen der großen Koalition herrührenden Mehreinnahmen bereits fast wieder aufgezehrt waren. Trotzdem setzte auch die seit Herbst 2009 regierende schwarz-gelbe Koalition mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf weitere Steuersenkungen. Insgesamt belaufen sich die Einnahmenverluste aller Gebietskörperschaften aufgrund der Steuersenkungspolitik seit 1998 in diesem Jahr auf rund 51 Mrd. Euro (2,1 Prozent des BIP). Abbildung 2 zeigt die Verteilung der Steuereinnahmenverluste auf Bund, Länder und Gemeinden.

Die Schwächung der staatlichen Einnahmenseite blieb nicht ohne Wirkung. Aufgrund des Drucks zur Haushaltskonsolidierung begann spätestens 2003 eine drastische Sparpolitik, die international ihresgleichen sucht: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der gesamtstaatlichen Ausgaben lag in Deutsch-

**Abbildung 2: Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen seit 1998 auf die Gebietskörperschaften (2000 bis 2013) in Mrd. Euro**



Quelle: Bundesfinanzministerium; eigene Berechnungen.

**Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der gesamten Staatsausgaben von 1998 bis 2010 im internationalen Vergleich in Prozent**

	nominal	real <sup>1</sup>		nominal	real <sup>1</sup>
EU-27	4.0	1.5	Spanien	6.6	3.7
EU-15	3.8	1.8	Großbritannien	6.5	4.5
EWU-17	3.7	1.7	USA	6.3	3.8
EWU-12	3.7	1.7	Norwegen	6.2	4.1
Rumänien	25.9	7.5	Portugal	5.7	3.2
Irland	11.8	9.1	Tschechien	5.6	3.1
Lettland	10.8	5.7	Niederlande	5.0	2.8
Island	10.1	4.3	Malta	4.9	2.4
Estland	9.4	5.1	Belgien	4.1	2.0
Bulgarien	9.6	3.4	Finnland	4.0	2.2
Zypern	8.5	5.8	Frankreich	3.8	2.0
Slowenien	8.2	3.3	Dänemark	3.7	1.6
Ungarn	7.9	1.5	Italien	3.2	1.0
Polen	7.7	3.8	Schweden	3.2	1.4
Luxemburg	7.6	4.8	Österreich	3.2	1.4
Slowakische Republik	7.0	1.7	Schweiz	2.3	–
Griechenland	6.7	3.3	<b>Deutschland</b>	<b>1.8</b>	<b>0.2</b>
Litauen	6.6	3.8	Japan	-0.5	-0.2

<sup>1</sup>) deflationiert mit dem (Harmonisierten) Verbraucherpreisindex. Quelle: Europäische Kommission (2011); eigene Berechnungen

land von 1998 bis 2010 nominal bei nur 1,8 Prozent. Der Durchschnitt in der alten EU lag mit 3,8 Prozent mehr als doppelt so hoch. Im betrachteten Zeitraum gab es mit Japan nur ein einziges von 32 Ländern, für die die EU-Kommission (2011) Daten vorhielt, das ein niedrigeres Staatsausgabenwachstum verzeichnete als Deutschland (Tabelle 1). Das gilt auch für die realen, d.h. mit dem (Harmonisierten) Verbraucherpreisindex deflationierten Staatsausgaben, die in Deutschland annähernd stagnierten, während sie im EU-15-Durchschnitt immerhin um 1,8 Prozent pro Jahr zunahmen.

Verschlimmert wird die fiskalisch katastrophale Bilanz der Steuerpolitik dadurch, dass sie die ohnehin trendmäßig zunehmende Schief-

lage der Einkommens- und Vermögensverteilung weiter verschärft hat. Unternehmen und reiche Haushalte profitierten weit überproportional. Die zwischendurch umgesetzten Steuererhöhungen – vor allem die Mehrwertsteuererhöhung 2007 – trafen dagegen besonders die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Diese Politik hat die Staatsfinanzierung in Deutschland in einen Teufelskreis getrieben: Die verursachten Kürzungen staatlicher Leistungen und der Sozialabbau verbunden mit dem Gefühl einer ungerechten Lastenverteilung führen zu Forderungen nach weiteren Steuersenkungen, die wiederum in Kürzungen und weiteren Ungerechtigkeiten einmünden. Diesen Teufelskreis gilt es durch eine Neuausrichtung der Steuerpolitik zu durchbrechen.

## **Neuausrichtung Teil I: Deutliches Mehraufkommen zur Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit und für zentrale Zukunftsinvestitionen erforderlich**

Die Finanzpolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen. Angesichts der drastischen strukturellen Unterfinanzierung hat sie es schon schwer genug, die Handlungsfähigkeit des Staates auf den traditionellen Gebieten aufrecht zu erhalten. Hinzu kommt der Bedarf an bislang vernachlässigten zentralen Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung sowie traditionelle und ökologische Infrastruktur. Aufgrund der drastischen Sparpolitik der jüngeren Vergangenheit sind die Spielräume für eine Finanzierung über Kürzungen bei anderen Ausgaben gering. Gleichzeitig verhindert die im Sommer 2009 im Grundgesetz verankerte so genannte Schuldenbremse eine Finanzierung der Investitionen über eine höhere Staatsverschuldung – im Gegenteil aufgrund der immer noch hohen strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten erhöht sie sogar den Finanzbedarf des Staates zur Haushaltskonsolidierung. Will die Gesellschaft vor diesen Herausforderungen nicht kapitulieren, sondern am Ziel des Ausbaus der zentralen Zukunftsinvestitionen bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse festhalten, dann muss die staatliche Einnahmenseite wieder gestärkt werden.

Der anzusetzende Finanzbedarf ist dabei riesig. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass öffentliche Investitionen, z.B. in die Infrastruktur, von zentraler Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung sind. Konsens dürfte mittlerweile zudem sein, dass es aus ökonomischer Sicht nicht ausreicht, lediglich den traditionellen Investitionsbegriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der Finanzstatistik anzuwenden, die letztlich lediglich Investitionen „in Beton“ abbilden. Mindestens ebenso wichtig sind aufgrund von externen Effekten Investitionen in Humankapital und Forschung und Entwicklung (vgl.

Romer 1994), die in der traditionellen Statistik jedoch als „konsumtive“ Ausgaben beim Staatsverbrauch verbucht werden.

Schon allein für die traditionellen „Investitionen in Beton“, bedürfte es einer dauerhaften Aufstockung um gut 30 Mrd. Euro (1,2 Prozent des BIP), wenn Deutschland nur zum durchschnittlichen Investitionsniveau in der anderen Länder in der alten EU-15 aufschließen wollte. Auf eine ähnliche Zahl kommt man für den – in den letzten Jahren in den Fokus der öffentlichen Kritik geratenen – Bildungsbereich. So kommt Jaich (2008) zu einem laufenden jährlichen Ausgabenbedarf von über 30 Mrd. Euro. Im Rahmen des so genannten Bildungsgipfels wurde für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Bildung sogar eine Summe von 25 bis 60 Mrd. Euro jährlich genannt, wenn bis 2015 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Bildung auf insgesamt 10 Prozent des BIP angehoben werden sollen. Insgesamt liegen die zusätzlichen Investitionsbedarfe sicher im hohen zweistelligen Milliardenbereich.

Obwohl es wünschbar und durchaus denkbar wäre, dass die vorstehend genannten Investitionsbedarfe und Möglichkeiten zu ihrer Realisierung im Mittelpunkt der finanzpolitischen Debatte stünden, wird diese ebenso wie die tatsächliche Politik vom Thema Haushaltskonsolidierung dominiert. Ein wesentlicher Grund dafür ist die seit Sommer 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Vom Jahr 2016 an darf das strukturelle Haushaltsdefizit des Bundes nur noch 0,35 Prozent des BIP betragen; die Länder dürfen sich ab 2020 gar nicht mehr strukturell neu verschulden. Aufgrund der Unschärfen, Gestaltungsmöglichkeiten und Intransparenzen der Schuldenbremse (vgl. Horn et al. 2008; Horn et al. 2011) ist es schwierig, den genauen strukturellen Konsolidierungsbedarf für die deutsche Finanzpolitik in den nächsten Jahren festzustellen. Aufgrund der bislang kräftigen konjunkturellen Erholung haben sich auch die

strukturellen Defizite verringert; im nächsten Abschwung ist wieder mit einer Ausweitung zu rechnen. Als Untergrenze kann jedoch von einem bestehenden strukturellen Defizit von mindestens 20 Mrd. Euro pro Jahr ausgegangen werden, das abgebaut werden muss.

Auch über den Investitions- und Konsolidierungsbedarf hinaus gibt es durchaus noch weitere potenzielle Finanzbedarfe: So hat die öffentliche Verwaltung in den vergangenen beiden Jahrzehnten einen gewaltigen Schrumpfungsprozess durchlaufen und die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten sind weit hinter der ohnehin schon schwachen gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung zurückgeblieben. Zur Korrektur solcher Fehlentwicklungen müssten sicherlich auch noch erhebliche Mittel in mindestens hoher einstelliger Milliarden-summe veranschlagt werden. Gibt es darüber hinaus den Wunsch nach einer Aufstockung sozialer Leistungen und/oder einer stärkeren Steuerfinanzierung der Sozialversicherung, so kämen leicht höhere zweistellige Milliardenbeträge hinzu. Insgesamt kommt man daher leicht auf einen mittelfristigen Finanzbedarf in der Größenordnung von 100 Mrd. Euro (4 Prozent des BIP) pro Jahr und mehr.

### **Neuausrichtung Teil II:**

### **Mehr Steuergerechtigkeit für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, eine lebenswertere Gesellschaft und eine leistungsfähigere Wirtschaft**

Von ebenso großer Bedeutung wie die Stärkung des fiskalischen Ziels der Besteuerung ist die Aufwertung des verteilungspolitischen Zieles. Dabei handelt es sich erstens um eine unter normativen Gesichtspunkten zu rechtfertigende Korrektur der in den vergangenen Jahren eklatant gewachsenen Schieflage der Einkommensverteilung in Deutschland: Wie die OECD (2008) feststellte, haben in den Jahren 2000 bis 2005 in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zuge-

nommen als in jedem anderen OECD Land, wozu auch die Steuerpolitik, insbesondere über die Reformen bei der Einkommensteuer, einen Beitrag geleistet hat (vgl. Haan/Steiner 2004). Zweitens kann es darüber hinaus gerechtfertigt sein, Wohlhabende und Vermögende, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise am meisten von den staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors profitiert haben, an den Kosten dieser Maßnahmen zu beteiligen.

Es geht aber über diese traditionell verteilungs- und gerechtkeitsorientierten Gründe hinaus noch um weit mehr: Neuere Forschungsergebnisse zeigen, dass eine Vielzahl drängender sozialer und individueller Probleme (z.B. Kriminalität, Übergewicht, psychische Erkrankungen) positiv mit dem Grad der ökonomischen Ungleichheit korreliert sind (Wilkinson/Pickett 2010). Die Forderung nach einer Bekämpfung der ökonomischen Ungleichheit kann damit nicht als Ausfluss einer „Neiddebatte“ diffamiert werden, sondern wird zum Schlüssel für die umfassende Verbesserung der Lebensqualität in einer Gesellschaft. Hinzu kommt, dass in der internationalen Debatte die ökonomische Ungleichheit mittlerweile auch als wesentliches Hemmnis für Wachstum und Beschäftigung wahrgenommen wird. International führende Ökonomen stufen sie und die durch sie entstandenen ökonomischen Ungleichgewichte als eine der Hauptursachen für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ein (vgl. dazu Horn et al. 2009; Horn 2011).

### **Grundlegendes Steuerreformkonzept gefragt**

Die vorstehend dargestellten Argumente sprechen insgesamt für eine Steuerreform mit deutlichen Mehreinnahmen, die gleichzeitig die Schieflage der Einkommensverteilung korrigiert. Die Tatsache, dass die Einkommensteuer neben der Umsatzsteuer die vom Aufkommen her tragende Säule des

deutschen Steuersystems ist, die wie keine andere Steuer die persönlichen Verhältnisse der Besteueren berücksichtig und gleichzeitig progressiv ausgestaltet ist, deutet darauf hin, dass sie innerhalb eines umfassenden Konzeptes eine sehr wichtige Rolle spielen muss. In diese Richtung weist auch die Tatsache, dass in der jüngeren Vergangenheit die fiskalisch kostspieligen und verteilungspolitisch kontraproduktiven Effekte wesentlich durch Änderungen des Einkommensteuertarifs ausgelöst wurden. Allerdings kommt dem Einkommensteuertarif auch nicht die alleinige Rolle zu. Maßnahmen im Bereich der Bemessungsgrundlage der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung (Privilegierung der Kapitaleinkommen beenden, Steuerschlupflöcher für Unternehmen und Reiche schließen), der Vermögensbesteuerung (Ausbau der Erbschaftsteuer, verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer) sowie der Besteuerung von Finanztransaktionen sind ebenfalls von zentraler Bedeutung, sowohl was die Aufkommenserzielung angeht, als auch was die Korrektur der Einkommensverteilung betrifft. Hier weisen die zuletzt innerhalb der SPD entwickelten umfassenderen Ansätze (vgl. Projektgruppe Steuer- und Abgabekonzept 2010; Jusos 2010, SPD 2011) bei so manchen Unterschieden im Detail allesamt in die richtige Richtung. ■

## Literatur

- Corneo, G. (2005): Steuern die Steuern Unternehmensscheidungen?, in: Truger, A. (Hrsg.): Können wir uns Steuergerechtigkeit nicht mehr leisten?, Marburg, S. 15-38.
- Elmendorf, D.W., Furman, J. (2008): If, when, how: A primer on fiscal stimulus, The Brookings Institution, Washington, D.C.
- EU-Kommission (2011): Annual macro-economic database (Ameco), May 2011.
- Haan, P., Steiner, V. (2004): Distributional and Fiscal Effects of the German Tax Reform 2000. A Behavioural Microsimulation Analysis, DIW-Discussion Paper No. 419, Berlin.
- Horn, G. (2011): Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert, Frankfurt / Main.
- Horn, G., Dröge, K., Sturn, S., van Treeck, T., Zwiener, R. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) - Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report, 41.
- Horn, G., Proano, C., Truger, A., Vesper, D., Zwiener, R. (2008): Die Schuldenbremse - eine Wachstumsbremse? IMK Report Nr. 29/2008.
- Horn, G., Lindner, F., Niechoj, T., Sturn, S., Tober, S., Truger, A., Will, H. (2011): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011: Der Euroraum in Trümmern?, IMK Report Nr. 59/2011.
- Jaich, R. (2008): Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Jusos (2010): Trendwende 3 x 30 plus x. Das Steuerkonzept der Jusos für Bildung, Umwelt und soziale Sicherung, Berlin.
- OECD (2008a): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.
- Projektgruppe Steuer- und Abgabekonzept (2010): Steuer- und Abgabekonzept – Einkommensbesteuerung: Eckpunkte, Für mehr Fairness bei der Besteuerung, 13. Juli 2010, Berlin
- Romer, P.M. (1994): The origins of endogenous growth, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 8, S. 3-22.
- Rosen, H.S. (1999): Public Finance, 5. Auflage, Boston u.a. Irwin/McGraw-Hill.
- SPD (2011): Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an morgen!, Finanzkonzept der SPD-Parteiführung, 5. September, Berlin.
- SVR [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung] (2009): Die Zukunft nicht verspielen. Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden.
- Truger, A. (2004): Rot-grüne Steuerreformen, Finanzpolitik und makroökonomische Performance – was ist schief gelaufen?, in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hrsg.) Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg.
- Truger, A. (2009): Ökonomische und soziale Kosten von Steuerenkungen. Prokla 154 (1/2009), S. 27-46.
- Truger, A., Teichmann, D. (2011): Zur Reform des Einkommensteuertarifs – Eine Analyse aktuell in der SPD diskutierter Vorschläge, Gutachten im Auftrag der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin/Düsseldorf, März.
- Wilkinson, R., Pickett, K. (2010): The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone, London u.a.

⇒ Dr. Achim Truger leitet das Referat Steuer- und Finanzpolitik des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

# Der vorsorgende Sozialstaat als Wachstumsmotor

von Michael Dauderstädt

Viele konservative und liberale Kritiker sehen im Sozialstaat ein Wachstumshemmnis. Angeblich bremst er den Leistungswillen der Menschen, führt zu einer Fehlallokation von Produktionsfaktoren und ver(sch)wendet knappe öffentliche Mittel auf nicht-investive Zwecke. Den letzten Punkt haben sich auch viele sozialdemokratisch orientierte Denker und Macher<sup>1</sup> zu Eigen gemacht. Im Zuge des Dritten Weges wollten sie den Wohlfahrtsstaat von einem Transferstaat zum Leistungsstaat umbauen. In der Tat erscheint angesichts öffentlicher Armut eine Struktur der Staatsausgaben mit Schwerpunkt Transferausgaben wenig effizient, wenn gleichzeitig die Mittel für Bildung, Forschung und andere mehr zukunftsorientierte Bereiche fehlen. Auch die Effektivität der Transfers konnte mit Recht angezweifelt werden. So gibt Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel Geld für Familien aus, ohne dass die Geburtenrate signifikant stiege oder andere mögliche Ziele besonders gut erreicht würden.

## Der vorliegende Aufsatz<sup>2</sup> vertritt dagegen zwei Thesen:

1. Auch der Transferstaat schafft Wachstum und Wohlstand.
2. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen ist der Kern einer Strategie des „sozialen Wachstums“

1 Die bekanntesten Vertreter waren unter den Denkern Blair-Berater Antony Giddens, in Deutschland Wolfgang Streeck und politisch Tony Blair bzw. Gerhard Schröder. Die Lissabon-Strategie der EU ging ebenfalls in diese Richtung.

2 Dieser Aufsatz greift teilweise auf frühere Publikationen des Autors zurück: „Wachstumsbremse Ungleichheit“ (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05578.pdf>); „Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise“ (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07418.pdf>); „Der Fortschritt ist bezahlbar“ (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08167.pdf>).

## Gleichheit schafft Wachstum und Wohlstand

„Ungleichheit schafft Wachstum“ vermuten manche Ökonomen und Politiker. Denn ihrer Meinung nach resultieren Einkommensunterschiede aus dem unterschiedlichen Wert der Leistung. In diesen Werten spiegeln sich deren Nutzen oder die Knappheit wider. Die Unterschiede führen über Einkommensanreize dazu, dass mehr Leistung dort angeboten wird, wo sie den höchsten Nutzen hat. Diese Effizienzgewinne rechtfertigen angeblich die Ungleichheit. Gleichheit dagegen schade der Effizienz. Wer den Kuchen gleich verteilen wolle, lasse ihn schrumpfen.

Die Befürworter stützen sich meist auf die neo-klassische Ökonomie, deren Grundannahmen auf einem Gleichgewichtsmodell mit rationalen, ihren Nutzen maximierenden Akteuren beruhen, die aber auf wackeligem Boden stehen. Die experimentelle Ökonomie konnte schon länger zeigen, dass Menschen auf möglichen Nutzen verzichten, wenn sie die dabei implizierte Ungleichheit der Nutzenverteilung als ungerecht empfinden. Inzwischen liegen sogar Ergebnisse vor, die zeigen, dass die Position in einer Verteilungshierarchie die Leistung unabhängig von den tatsächlichen Fähigkeiten beeinflusst und zwar so, dass die Benachteiligten auch tatsächlich geringere Leistungen erbringen.<sup>3</sup> Damit sind die traditionellen Wirkungsketten auf den Kopf oder vielmehr endlich auf die Füße gestellt. Eine aktuelle Studie von Prognos im Auftrag der Landesregierung NRW<sup>4</sup> hat ebenfalls bestätigt, dass unter-

3 Vgl.: „From he that hath not. Cognitive disenchantment“ in: *The Economist* Vol. 38, 2008, S.94f.

4 Prognos (2011) Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen ([http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/2011\\_03\\_24\\_Gutachten\\_Soziale\\_Praevention.pdf](http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/2011_03_24_Gutachten_Soziale_Praevention.pdf); Zugriff am 27.9.11)

lassene soziale Prävention Staat und Gesellschaft langfristig teuer zu stehen kommen.

Auch internationale Vergleiche zeigen, dass Länder mit höherer Ungleichheit keineswegs höheres Wachstum aufweisen. Weder schneiden innerhalb der entwickelten Länder die mit gut ausgebautem Wohlfahrtsstaat schlechter ab als die mit einem eher rudimentären Sozialstaat, noch haben sich weltweit die Länder mit ungleicher Einkommensverteilung schneller entwickelt. Damit haben sich einige beliebte Theorien als fragwürdig erwiesen - so auch die Vermutung, man brauche eine ungleiche Einkommensverteilung, um eine hohe Sparquote zu erzielen, die notwendig sei, um die für ein starkes Wachstum wichtigen Investitionen zu finanzieren.

Stattdessen haben Theorien an Plausibilität gewonnen, die auf wachstumsfördernde Effekte geringer Ungleichheit hinweisen. Gleicher verteilte Einkommen stabilisieren die Nachfrage und damit die Beschäftigung. Denn ärmere Haushalte weisen eine höhere Konsumneigung auf und ihr Sparverhalten reagiert weniger auf die Schwankungen von Vermögenspreisen. Die hohe Nachfrage erlaubt Skalenerträge und regt die Investitionstätigkeit an, womit die Produktivität steigt. Relativ höhere Einkommen der Armen erlauben auch ihnen Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge, womit ihre Produktivität ebenfalls zunimmt. Schließlich neigen Gesellschaften mit geringer Ungleichheit auch weniger zu sozialen Konflikten, die das Wachstum bremsen können. Eine umfangreiche statistische Analyse zum Zusammenhang von Ungleichheit und zahlreichen Wohlstandsindikatoren von Wilkinson und Pickett zeigt, dass in Gesellschaften mit mehr Gleichheit alle, selbst die Reichen, eine höhere Lebensqualität aufweisen.<sup>5</sup>

## Auch der Transferstaat sichert Wachstum durch eine stabile Nachfrage

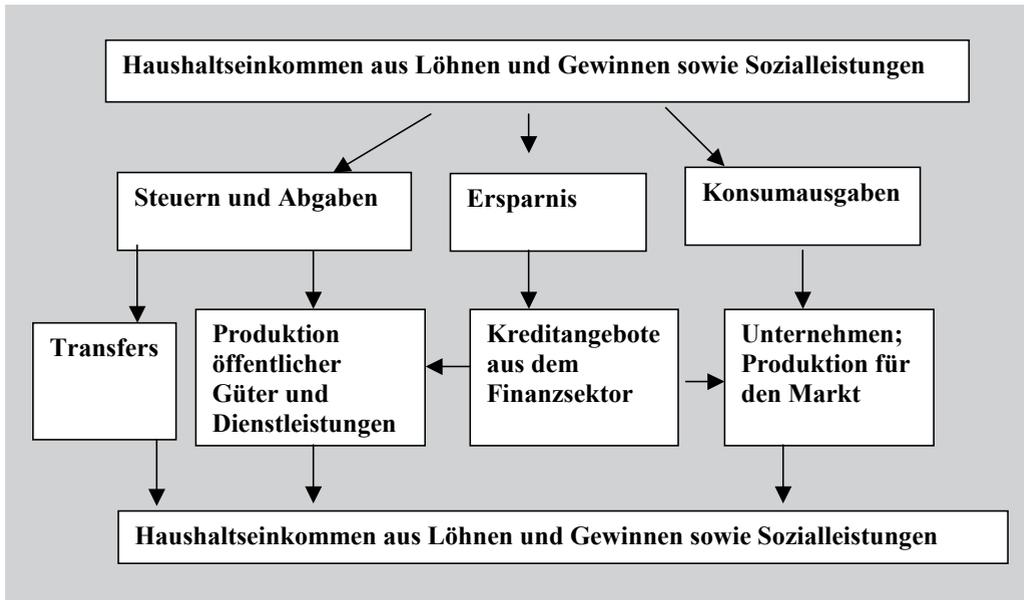
Der gern gescholtene Transferstaat lässt sich letztlich vom vorsorgenden Sozialstaat kaum trennen. Denn Leistungen der Sozialversicherungen, insbesondere Renten und Arbeitslosenunterstützung, sind Teil einer typischen Vorsorge gegen Lebensrisiken. Würden sie nicht staatlich organisiert, so müssten sie privat erbracht werden. In der Regel wäre eine solche private Versorgung für die Versicherten teurer, da ein erheblicher Teil der Beiträge für Werbung u.ä. aufgewandt würde und im Falle einer Kapitaldeckung hohe Risiken von volatilen Kapitalmärkten drohen. Für das Wirtschaftswachstum sind die Transfersysteme als automatische Stabilisatoren gegen konjunkturelle und demografische Einkommensschwankungen wichtig.

Denn eine stetige und starke Nachfrage der privaten Haushalte ist ein wichtiger Wachstumstreiber. Wie in Grafik 1 deutlich wird, können die Haushalte ihr Einkommen (sowie vorher angehäuften Ersparnisse und aufgenommene Kredite) grundsätzlich auf drei Arten verwenden. Sie können es:

- Sparen: Vor allem einkommensstarke Haushalte geben ihr Einkommen nicht voll aus, sondern sparen es. Inwieweit ihre Ersparnisse von anderen Akteuren genutzt werden, um ihre eigene Nachfrage zu finanzieren, hängt u.a. vom reibungslosen Funktionieren des Finanzsystems und der Kapitalmärkte und von den Erwartungen dieser Akteure ab. Nur wenn sie bereit und in der Lage sind, sich zu verschulden, bleibt die Nachfrage stabil.
- Für den Konsum ausgeben: Diese Ausgaben sind unmittelbar Teil der Nachfrage und stabilisieren somit Wachstum und Beschäftigung.

<sup>5</sup> Vgl. Pickett/Wilkinson (2009): The Spirit Level. Why Equality is better for Everyone, London

Grafik 1: Kreislauf der Einkommen



- In Form von Steuern und Sozialbeiträgen abgeben: Inwieweit diese Ausgaben Wachstum und Beschäftigung fördern, hängt davon ab, was der Staat und die Sozialversicherungssysteme mit den Einnahmen machen. De facto werden sie in der Regel vollständig ausgegeben, womit sie voll zur Stabilisierung der Nachfrage beitragen. Häufig gehörte Aussagen, dass man die Nachfrage stärken könne, indem man diese Einnahmen reduziere (Senkung von Steuern und Abgaben), unterstellen, dass der Staat mehr spare als die Haushalte. Die Sozialversicherungsbeiträge sind zwar vielleicht aus der Sicht der Beitragszahler eine Art Ersparnis (ähnlich wie andere Versicherungen), aber im Rahmen von Umlageverfahren werden sie zeitnah zu Einkommen anderer Haushalte (Kanal „Transfers“ in Grafik 1).

Wachstum entsteht durch produktive Kreisläufe zwischen kaufkräftiger Nachfrage und effizientem, qualitativ gutem Angebot,

bei dessen Erstellung die Einkommen anfallen, die die Kaufkraft alimentieren. Wie die Kaufkraft von den Haushalten an die Produzenten und von dort wieder als Einkommen an die Haushalte kommt, ist dafür zweitrangig. Grafik 1 skizziert die wesentlichen Zusammenhänge, wie die Einkommen verausgabt werden und so zur Entstehung der Einkommen führen. Bei privatem Konsum fragen die Haushalte Güter oder Dienstleistungen auf dem Markt nach. Private Unternehmen bieten sie an und geben die Wertschöpfung in Form von Löhnen und Gewinnen an die Haushalte. Beim kollektiven Konsum erhalten die Haushalte Zugang zu Gütern oder Dienstleistungen, die der Markt nicht oder nicht zu gesellschaftlich akzeptablen Bedingungen bereitstellt. Der Staat bietet sie an und erhält dafür von den Haushalten Steuern (oder Abgaben wie Sozialversicherungsbeiträge). Auch der Staat zahlt dafür Löhne und Gehälter, die als Einkommen an die Haushalte fließen, wo sie auch für die Zahlung der Steuern und Abgaben zur Verfügung stehen.

Oder er kauft Inputs von privaten Unternehmen (z.B. Bauleistungen), die dann dort über Löhne und Gewinne wieder zu Haushaltseinkommen führen.

Zusätzliche Einkommen bringen in ärmeren Haushalten einen größeren Nutzen (was sich ja auch in der geringeren Sparneigung zeigt), so dass der gesellschaftliche Nutzen bei gleichmäßigerer Verteilung stärker wächst. Die ungleiche Einkommensverteilung führt in Marktwirtschaften dazu, dass der Preismechanismus nicht mehr eine Wohlstandsmaximierung garantiert. Denn er orientiert das Angebot auf eine durch die unterschiedliche Kaufkraft verzerrte Bedarfsstruktur. Die Bedarfe der reicheren Haushalte wiegen stärker als die der ärmeren. Nur bei Gleichverteilung würde das markt- und preisgesteuerte Angebot die gesellschaftliche Wohlfahrt optimieren. Das Angebot öffentlicher Güter ist dagegen in Demokratien mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht stärker auf die Wohlfahrt aller ausgerichtet.

Wie kann man diese Nachfrage nachhaltig und solide gestalten? Am besten sollten die Einkommen der ärmeren Haushalte mit dem höchsten Konsumbedarf und der niedrigsten Sparquote steigen. Dazu bieten sich mehrere Ansätze an:

- Um die Bruttoeinkommen der ärmeren Haushalte anzuheben, sollten die Lohnquote zu- und die Lohnspreizung abnehmen. Beides erfordert eine Stärkung der Gewerkschaften, flankiert durch einen gesetzlichen Mindestlohn und eine entsprechende Lohnpolitik im öffentlichen Dienst.
- Zusätzlich kann man die verfügbaren Nettoeinkommen erhöhen, indem man die niedrigen Einkommen bei Steuern und Sozialabgaben entlastet und/oder ihnen zusätzliche Transferleistungen

(z.B. Wohngeld, Aufstockung des Markteinkommens) zukommen lässt. Soweit es sich dabei um Umverteilung handelt, steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur insoweit, als ansonsten gespartes Einkommen in Nachfrage überführt wird.

- Um gesellschaftliche Bedarfe ohne ausreichende Kaufkraft bei den einkommensschwachen Schichten zu decken, können bestimmte Güter und Dienstleistungen preisdifferenziert (unterschiedliche Mehrwertsteuersätze, freier oder verbilligter Zugang) angeboten werden. Dieses Angebot, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, ist weiter auszubauen.

## Der vorsorgende Sozialstaat deckt vom Markt vernachlässigte gesellschaftliche Bedarfe

Wenn mehr privater Konsum den Haushalten keinen großen Nutzengewinn mehr bringt, so schließt das nicht aus, dass eine Steigerung des Kollektivkonsums es trotzdem tut. Oft ist ein echter Nutzen auch nur in einer Kombination möglich, wenn etwa mehr private Autos nur Nutzen stiften, wenn die entsprechende öffentliche Infrastruktur (Straßen, Polizei, Verkehrsgerichtsbarkeit, TÜV, Unfalldienste etc.) ebenfalls angeboten wird.<sup>6</sup> Tatsächlich ist der Anteil des Individualkonsums an den gesamten Ausgaben der Haushalte seit Jahrzehnten zurückgegangen; er sank von 87,7 Prozent 1949 auf 60,6 Prozent 2008 (vgl. Tabelle 1). Signifikant ist auch der relative Rückgang in bestimmten Nachfrage-segmenten (z.B. bei Nahrung und Kleidung), was sowohl auf Sättigungstendenzen wie auch auf Produktivitätsgewinne hinweist. Umgekehrt bedeutet das, dass Mehrausgaben für neue Bereiche (z.B. erneuerbare En-

6 Zum Wechselspiel und Zusammenhang von privatem und öffentlichem Konsum vgl. Hirschmann, Albert (1982): Shifting Involvements. Private Interest and Public Action, Princeton

ergie, mehr Bildung, Gesundheit und Pflege) keine Wohlfahrtseinbußen darstellen müssen, wenn sie keinen gewünschten Konsum verdrängen, sondern nur die relativen Gewichte verschiedener Nachfragekomponenten verändern.

Die Produktivitätsfortschritte bei der Leistungserstellung bestimmen stark, ob die Ausgaben für die damit gedeckten Bedarfe relativ steigen, stagnieren oder fallen. Ausgaben für Sozialversicherung, die potenziell notwendige Einkommensersatzleistungen finanzieren (z.B. Renten, Krankentagegeld, Arbeitslosengeld), wachsen im Gleichschritt mit den Einkommen, also mit dem BIP, wenn sich die Eintrittswahrscheinlichkeit nicht verändert. Nimmt sie zu (Demografie, strukturelle Arbeitslosigkeit, höherer Krankenstand), müssen diese Ausgaben überproportional zunehmen. Umgekehrt sollten Produktivitätsgewinne bei der Erbringung öffentlicher

Leistungen das relative Gewicht der Steuern und Abgaben im Haushaltsbudget senken.

Mehrausgaben für Leistungen des (vorsorgenden) Sozialstaats (Bildung, Gesundheit, Pflege) haben dabei mehrfache Wirkungen:

- Bei den Leistungsempfängern erhöhen sie nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Beschäftigungsfähigkeit und die Produktivität.
- Künftige Probleme, die ihrerseits nachsorgende staatliche Aktivitäten und Ausgaben erfordern würden, werden vorbeugend reduziert.
- Die Angebotsausweitung in den entsprechenden Sektoren schafft auch mehr Beschäftigung, womit sich die Einkommenssituation und die marktgestützte Kaufkraft verbessern.

**Tabelle 1: Entwicklung der Ausgabenstrukturen der deutschen Haushalte**

Jahr	1949	1969	1983	1988	1993	1998	2003	2008
Bruttoeinkommen	100	100	100	100	100	100	100	100
Direkte Steuern	2,3	9	12,2	11,7	11,4	10,8	10,4	11,2
Sozialabgaben	8,6	5,2	7,4	8,3	8,7	9,9	10,1	10,2
Nettoeinkommen	89,1	85,8	80,4	80	79,9	79,3	79,6	78,6
Konsumausgaben	87,7	72,2	63,1	62,3	60,3	62,5	61,1	60,6
Nahrung	46,1	21,7	15,7	13,8	11,9	8,8	8,5	8,7
Kleidung	10,1	7,4	5,9	5,2	4,3	3,6	3,1	2,9
Wohnung (incl. Energie)	9	11,8	12,3	12,8	13,9	19,9	19,6	19,7
Sonstiges	23	31	29	31	30	30	30	29

Anmerkung: Die Differenz zwischen Konsumausgaben und Nettoeinkommen umfasst weitere Steuern und Versicherungen (z.B. Kfz), Schuldendienst, und Ersparnis. Quelle: Stat. Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe /eigene Berechnungen

Deutschland kann sich eine solche Expansion sozialer Dienstleistungen aus mehreren Gründen leisten:

- Es gibt noch unausgeschöpfte Beschäftigungsreserven in Form von knapp 3 Millionen Arbeitslosen, umfangreicher unfreiwilliger Teilzeitarbeit und einer beträchtlichen Anzahl von Personen (vor allem Frauen), die derzeit nicht für Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen, sondern unentgeltlich (meist im Haushalt) arbeiten.
- Die Produktivität im Dienstleistungssektor kann durch vermehrten Kapitaleinsatz und bessere Qualifikation noch erheblich wachsen, wobei sich dies nicht nur im quantitativen Wachstum, sondern vor allem in höherer Qualität ausdrückt.
- Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen. Es produziert mehr als es konsumiert und investiert und exportiert die Überschüsse an Output und Ersparnissen. Sie könnten besser im Inland zur Wohlfahrtsmehrung eingesetzt werden.

Die Ausweitung des Dienstleistungssektors liefert die Hauptdynamik eines derartigen sozialen Wachstums. Neue zusätzliche Arbeitsplätze sind in Deutschland fast ausschließlich im Dienstleistungssektor entstanden. Auch in den USA sind 97,7 Prozent der 27,3 Millionen neuen Jobs zwischen 1990 und 2008 in den Sektoren entstanden, die nicht handelbare Güter und Dienstleistungen anbieten (davon 6,3 Millionen im Gesundheitssektor und 4,1 Millionen im Staatssektor).<sup>7</sup> Für Deutschland haben zwei FES-Studien<sup>8</sup> die Auswirkungen a) einer Ausdehnung der Gesundheitswirtschaft (RWI) und b) einer Ausdehnung von Pflege,

Kinderbetreuung und haushaltsnahen Dienstleistungen (Prognos) makroökonomisch modelliert und abgeschätzt.

Das RWI geht von einem realen Produktivitätswachstum von 1 Prozent pro Jahr aus, wobei die Produktivität im Gesundheitssektor nur halb so schnell zunimmt, also 0,5 Prozent p.a.. Bis 2030 steigen dann der Wertschöpfungsanteil des Gesundheitssektors von 10 Prozent auf 13 Prozent und der Beschäftigungsanteil von 12 Prozent auf 16 Prozent. Entsprechend nehmen die Gesundheitsausgaben als Anteil an den Haushaltsausgaben zu, bei ärmeren Haushalten beunruhigender (von 16 Prozent auf 24 Prozent) als bei reichen (von 6 Prozent auf 10 Prozent). Auch die Beitragssätze steigen entsprechend um etwa 50 Prozent an. Aber die Ausgaben für andere Bereiche werden deswegen nicht absolut schrumpfen und die Wohlfahrt nimmt ebenfalls zu.

Prognos hat berechnet, dass durch die oben erwähnte Expansion sozialer und privater Dienstleistungen ein zusätzliches BIP von ca. 22 Mrd. Euro (also knapp 1 Prozent des heutigen BIP) entstünde, das zu etwa zwei Dritteln über den Staat (davon jeweils etwa die Hälfte Steuern und Sozialbeiträge) und zu einem Drittel über den Markt liefe. Die Haushalte finanzieren also ihre eigenen zusätzlichen (Lohn-)Einkommen zu einem Drittel über erhöhten Individualkonsum, zu zwei Dritteln als Kollektivkonsum.

## Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe

So entstehen produktive Kreisläufe, bei denen Menschen gute Arbeit finden, um das zu produzieren, was ihren Wohlstand erhöht. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft wird die eigene Arbeit natürlich nur zum kleinen Teil den eigenen Wohlstand erhöhen, zum großen Teil den anderer. Mit den entstehenden Einkommen können alle Marktteilnehmer die Güter und Dienstleistungen erwerben,

<sup>7</sup> Vgl. Spence, Michael und Sandile Hlatshwayo (2011): The Evolving Structure of the American Economy and the Employment Challenge, Council on Foreign Relations Working Paper, March; S. 4

<sup>8</sup> Beide Studien werden demnächst abgeschlossen und sind dann auf [www.fes.de](http://www.fes.de) zu finden.

die sie benötigen oder wünschen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass diese Kreisläufe in Gang kommen und bleiben. Die Märkte spielen dabei eine wichtige Rolle, um die Strukturanpassung an wechselnde Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten vorzunehmen. Aber die Politik muss dafür sorgen, dass auch die Bedürfnisse der einkommensschwachen Gruppen menschenwürdig gedeckt werden und die Produktionsmöglichkeiten nicht mehr soziale Kosten als Nutzen aufweisen.

Die Produktivität im Dienstleistungssektor kann steigen und zum Wachstum und Fortschritt in der Gesellschaft beitragen.<sup>9</sup> Diese Entwicklung kann und sollte sich auf mehrere Komponenten stützen:

- Die Qualität und Effizienz der Dienstleistungen sollte real gesteigert werden, indem die dort arbeitenden Menschen besser qualifiziert und professionalisiert werden und ihre Arbeit mit einem höheren Kapitalstock produktiver verrichten können. Dieser Kapitalstock kann und muss auch aus immateriellem Kapital bestehen.<sup>10</sup>
- Die gesellschaftliche Wertschätzung von Dienstleistungen sollte auf breiter Front zunehmen – über die akademischen Professionen (Ärzte und Ärztinnen, Anwälte und Anwältinnen, Unternehmensberater und Unternehmensberaterinnen, Banker und Bankerinnen, etc.) hinaus. Diese Wertschätzung sollte sich in menschenwürdigen Löhnen ausdrücken, die auch die monetäre Produktivität erhöhen.
- Die kaufkräftige Nachfrage nach Dienstleistungen muss teilweise als staatlich

vermittelter Kollektivkonsum erfolgen, wenn der Zugang auch einkommensschwachen Schichten ermöglicht werden soll. Das schließt eine private Angebotserstellung unter Wettbewerbsbedingungen nicht aus (wie z.B. in Teilen des Gesundheitssektors oder traditionell im Infrastrukturausbau).

- Insbesondere der Wechsel von Frauen aus der Hausarbeit (vor allem Pflege) in Erwerbsarbeit bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Angebots an Pflegeleistungen für Kinder, Alte und andere Pflegebedürftige stellt einen wichtigen Wachstumsbeitrag dar.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten die öffentliche Beschäftigung reduziert. Im Gegensatz zu Skandinavien ist das Angebot an Dienstleistungen in den Bereichen Pflege und Bildung schwach.<sup>11</sup> Ein Ausbau des vorsorgenden Sozialstaats nach nordischem Vorbild würde einen starken binnenmarktorientierten Wachstumsprozess auslösen, der auch aus außenwirtschaftlichen und europapolitischen Gründen dringend angezeigt ist. Dieser Ausbau des öffentlichen Sektors ist nicht mit einer wachsenden Staatsverschuldung verbunden. Wie in Skandinavien ist soziales Wachstum solide aus Steuern und/oder Abgaben zu finanzieren. Der Wachstumsimpuls verringert dann auch die Staatsschulden oder wenigstens die primär bedeutsame Schuldenstandsquote. ■

☞ Dr. Michael Dauderstädt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Michael Dauderstädt « Produktivität im Dienstleistungssektor: Eine Grenze des Wachstums? » (erscheint voraussichtlich demnächst in *Wirtschaftsdienst* 2011/12).

<sup>10</sup> Vgl. Bormann, Rene et al. (2009): Wohlstand durch Produktivität. Deutschland im internationalen Vergleich, Bonn

<sup>11</sup> Vgl. Heintze, Cornelia (2010): In jeder Krise liegen Chancen: Sparpolitik contra Politik des binnenökonomisch aktiven Staates, Bonn (<http://library.fes.de/pdf-files/do/08079.pdf>; Zugriff am 28.9.2011)

## Den Staat als wirtschaftlichen Akteur ausbauen

von Heinz-J. Bontrup

Foto: www.fotolia.com, © Michael Tieck



Der Staat als gesellschaftlicher Überbau zur privaten Wirtschaft bietet durch seine Bediensteten und Verwaltungen vielfältige kostenlose öffentliche Güter an, bei denen im Gegensatz zu privaten Gütern bei der Nachfrage, beim Konsum, das Nichtausschluss- und Nichtrivalitätsprinzip gilt. Aber auch im Preis subventionierte sogenannte meritokratische Güter werden nicht kostendeckend vom Staat angeboten. Dies reicht von Sicherheits- und Rechtsgütern über staatlich bereitgestellte Infrastruktur bis zu Kulturgütern. Gleichzeitig hat der Staat schon immer Leistungen durch öffentliche Unternehmen, aus sozialstaatlicher Fürsorge heraus oder wenn der Marktmechanismus versagt bzw. Fehlentwicklungen durch private Monopole oder marktmächtige Oligopole zu befürchten waren, erbringen lassen. Dies galt insbesondere für netzgebundene Güter der Daseinsvorsorge wie Strom, Gas, Wasser, Telekommunikation oder den öffentlichen Schienenverkehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg war man sich bei der SPD und den Gewerkschaften sogar darüber einig, dass Schlüsselindustrien wie der Bergbau, die Stahlindustrie und auch die

Chemie, Verkehrs- und Energieunternehmen sowie die Banken- und Versicherungswirtschaft durch Staatsunternehmen zu lenken seien.

### Privat sei besser als Staat

Der unheilvolle marktradikale Neoliberalismus (Butterwegge/Lösch/Ptak 2007) stellt dagegen das Öffentliche seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend in Frage. Die von Margaret Thatcher 1979 unter Anleitung des theoretischen Vordenkers des Neoliberalismus, des US-amerikanischen Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaft, Milton Friedman, ausgegebene Losung „Less government is good government“ löste nicht nur in England, sondern weltweit eine Welle an Privatisierungen aus (Engartner 2008). Das Öffentliche wurde diskreditiert. „Privat und Markt vor öffentlich und Staat“ lautet seitdem die neoliberale Ideologie und Propaganda, die sich durch ein völliges Politikversagen in fast alle Lebensbereiche hineingefressen hat. Unentgeltlich abgegebene öffentliche Güter sollten drastisch eingeschränkt oder bepreist

werden, meritorische Güter vollständig in private Güter umgewandelt und Staatsunternehmen privatisiert werden. Dabei greift der Prozess „über die bloße Eigentumsübertragung von öffentlichen auf private Eigentümer und den Wechsel bei der Versorgung mit Dienstleistungen von öffentlichen auf private Unternehmen hinaus. Er erstreckt sich auf Bereiche, in denen die Frage formeller Eigentumsrechte noch nie aufgekommen war: Gemeinsame Naturreichtümer wie Wasser, Seen und Wälder, Grundelemente der Biosphäre und des Lebens wie Gene und lebende Organismen. Unter dem gegenwärtigen Regime des Neoliberalismus stellt die Privatisierung das übergreifende Prinzip zur Eroberung der Welt dar, indem sie diese in private Eigentumsrechte verwandelt“ (Huffs Schmid 2004: 160) bzw. „Eigentumsrechte an Private vergibt“ und damit zu handelbaren privaten Waren macht, sie „kommodifiziert“ (Alt Vater 2006: 176).

Wissenschaftlich unbewiesen, aber dennoch von einer dem Neoliberalismus und vorrangig Kapitalinteressen folgenden politischen Mehrheit - unterstützt von einer neoliberalen Mainstream-Ökonomie und versagenden Medien - umgesetzt, wird die Privatisierung des Öffentlichen einfach mit der dreisten Behauptung begründet, der Staat könne Leistungen nur schlechter als Private erbringen. Daher sei es geboten öffentliche Güter und öffentliche Unternehmen zu privatisieren oder zumindest in eine „Öffentliche-Private Partnerschaft“ (PPP = Private Public Partnership) umzuwandeln, die Rügemer (2010) mit einer „Plünderung des Staates“ durch Private gleichsetzt. „Durch die Privatisierung öffentlicher Güter (und öffentlicher Unternehmen, d.V.)“, so Alt Vater, „verändern sich Gesellschaften. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit verfassungsmäßigen Rechten zählen nun nur noch als Konsumenten mit monetärer Kaufkraft. Wer Geld hat, kann sich alles leisten. Wer keines oder nur wenig hat, ist von einst öffentlichen Dienstleistun-

gen nach deren Privatisierung abgeschnitten“ (Alt Vater 2006: 177). Die Privatisierung des Öffentlichen (Deckwirth 2008, Rügemer 2008) hat schließlich unter dem neoliberal geschaffenen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (Bischoff 2006) zugenommen und es ist zu befürchten, dass die jetzt ablaufende weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise (Bontrup 2011), die sich in vielen Ländern zu einer Staatsschuldenkrise entwickelt hat, diese Privatisierung noch massiv forcieren wird. In Griechenland, wo bereits das letzte „Tafelsilber“ des Staates an Private veräußert werden soll, ist dies mit extrem negativen Auswirkungen schon zu beobachten.

### Nichts als Markt- und Wettbewerbsideologie

Bei der Privatisierung lassen sich unterschiedliche Formen identifizieren. Dazu zählen: „Verkauf staatlicher Unternehmen an private Investoren, Verlagerung der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen von öffentlichen auf private Unternehmen, Übertragung der sozialen Sicherung von öffentlichen Systemen auf die Kapitalmärkte und Verwandlung von Gemeineigentum in private Eigentumsrechte“ (Huffs Schmid 2004: 159). Die Neoliberalen begründen die angebliche Notwendigkeit einer Umsetzung dieser vielfältigen Privatisierungsformen – neben der schon angeführten Behauptung der Staat könne nicht wirtschaften – mit ihrer unheilvollen Markt- und Wettbewerbsideologie. Diese suggeriert fälschlich eine „natürliche Ordnung“, die nur dem Endkonsumenten verpflichtet sei. Die privaten Anbieter (Produzenten) hätten eine ausschließlich „dienende Funktion“ (Adam Smith). Unternehmerischer Gewinn entstünde nur temporär, außer einem kalkulatorischen Unternehmerlohn für die Bezahlung der Arbeitskraft des Unternehmers, für herausragende Produkt- und Prozessinnovationen. Und im Marktgleichgewicht sei der Gewinn durch den „Stachel der Konkurrenz“ auf Null herunter konkurriert. Diese schöne marktwirtschaftliche Welt hat

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Die nationale  
Steuer-Souveränität  
wird durch die  
Globalisierung bedroht*



2011 - 331 S. - € 29,90  
ISBN: 978-3-89691-885-7

Dieses Buch zeigt, was geschehen muss, damit das Kapital wieder zur Finanzierung des Gemeinwesens beiträgt und damit die finanzielle Basis eines Sozialstaats gesichert wird, der in einer globalisierten Wirtschaft nötiger ist denn je.

*Nicola Liebert wurde  
für diese Arbeit mit dem  
Jörg-Huffschmid-Preis ausgezeichnet*

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



leider nichts mit der wirtschaftlichen Realität zu tun. Hier sind wirkliche Innovationen eher die Ausnahme und die ökonomischen Prozesse vielmehr repetitiv, es bestehen laufend Ungleichgewichte, der Wettbewerb wird von Unternehmern und Managern ständig versucht durch Konzentrationsprozesse (Fusionen) und Kartellbildungen auszuschalten und marktmächtige Unternehmen erzielen an ihren Beschaffungs- und Absatzmärkten laufend Ausbeutungsprofite, denen keine Leistungen gegenüberstehen. Außerdem produziert der mehrwertorientierte Kapitalverwertungs- und erweiterte Akkumulationsprozess sowie der privatwirtschaftlich organisierte Markt permanent negative externe Effekte (soziale Kosten), die nach einer staatlichen Intervention verlangen. So werden Umweltkosten nicht in den privatwirtschaftlichen Preiskalkulationen internalisiert und liberalisierte Märkte benötigen zum funktionieren staatliche Regulierungen. Dies zeigen einmal mehr die in letzter Zeit liberalisierten Märkte für netzgebundene Produkte wie Telekommunikation, Strom, Gas, und Schienenverkehr (Bontrup/Marquardt 2011). Aber auch die „einzelwirtschaftliche Rationalitätsfalle“ verlangt nach einer staatlichen Intervention. Senken beispielsweise alle Unternehmer die Arbeitskosten (aus Sicht der Unternehmer rational) und damit aber auch gleichzeitig die Arbeitseinkommen, so fällt in Folge ceteris paribus gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus und es kommt zu einer deflatorischen Wirtschaftskrise (zu einer Falle), die ohne eine staatliche Nachfrage nicht behoben werden kann. Und nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass das Markt- und Wettbewerbsprinzip immer auf einer Entsolidarisierung basiert. Der vermeintlich Stärkere, Bessere soll hier gewinnen. Dies „beruht vermutlich bei manchem auf der Vorstellung, jeder könne durch eigene Tüchtigkeit Erfolg haben. Ausgeblendet wird, wie viel in Wahrheit andere zu den Erfolgen des Einzelnen beitragen: Unverzichtbare Grundlage jeden Wirtschaftens ist die von der Allgemeinheit geschaffene Infrastruktur,

ganz zu schweigen von Subventionen und Steuervergünstigen, die der Staat (manchmal unsinnigerweise) gewährt“ (Bull 2007: 15).

### Mit Privatisierung gegen leere Staatskassen

Neben der Markt- und Wettbewerbsideologie wird zusätzlich mit dem Diktat neoliberal geleerter öffentlicher Kassen die Notwendigkeit einer Privatisierung begründet. Dazu wurden die Steuern für Einkommensreiche und Vermögende gesenkt, und damit dem Staat seine Finanzierungsgrundlage für seine schon minimierten Staatsausgaben im Zuge einer „Entstaatlichung“ (Peter Bofinger 2008) genommen. In Folge musste sich der Staat verschulden. Dies hat für Einkommensreiche und Vermögende immer zwei Vorteile: Erstens können sie dem Staat ihr akkumuliertes und nicht besteuertes Einkommen und Vermögen als Kredit zur Verfügung stellen und erhalten dafür Zinsen, also ein zusätzliches und noch dazu ein nicht auf eigener Arbeit beruhendes Einkommen. Und zweitens können die Einkommensreichen und Vermögenden so dem notleidenden Staat das privatisierte öffentliche Vermögen (Staatseigentum), nicht selten zu Schleuderpreisen, abkaufen und sich weiter bereichern.

### Das Ergebnis ist eine Katastrophe

Das Kapital hat aber nur Interesse an einer Privatisierung, wenn mit den zuvor erbrachten öffentlichen Leistungen/Unternehmen ein Profit gemacht werden kann. Wo soll dieser aber herkommen? Selbst wenn man neoliberal unterstellt, die Privatisierung erschließt anfangs gewisse Effizienzreserven, so kann der von den Privaten erwartete Profit mittel- und langfristig nur durch eine Verschlechterung der öffentlichen Leistungen und/oder durch eine Belastung der Stakeholder, in erster Linie der Beschäftigten, erzielt werden. Sollen außerdem noch die privatisierten öffentlichen Leistungen – wie vor der Privatisierung immer wieder behauptet und

versprochen – mit Preissenkungen einhergehen, dann steigt der Druck noch zusätzlich. Dies zeigt die Preisgleichung: Der Preis einer privat produzierten und angebotenen Ware setzt sich immer aus Stückkosten und einem Stückgewinn zusammen ( $\text{Preis} = \text{Stückkosten} + \text{Stückgewinn}$ ). Die Stückkosten werden dabei von Vorleistungsaufwendungen (überwiegend Material- und Energiekosten), Arbeits-, Zins-, Miet- und Pachtkosten sowie von der Auslastung der Produktionskapazitäten bestimmt. Der Aufschlag für den Stückgewinn zur Realisierung des absoluten Gewinns ist dabei eine Funktion des Wettbewerbs bzw. bestehender Marktmacht. Selbst unter Berücksichtigung von ausbeuterischer Macht eines Unternehmens und damit nicht sinkender Preise, sondern sogar steigender Preise, wollen die privaten Investoren nach der Privatisierung aber dennoch die Stückkosten senken. Dazu greifen sie bei den Vorleistungsaufwendungen, das heißt, bei den Lieferanten an. Diese müssen zu abgesenkten Preisen liefern. Dadurch kommt es zu Gewinnumverteilungen zu Lasten der Lieferanten, wodurch diese wiederum kontraproduktiv in ihren Investitions-, Beschäftigungs- und Innovationsmöglichkeiten geschwächt werden. „Hinsichtlich der Beschäftigung kann man mit Sicherheit feststellen, dass Privatisierungen (...) in nahezu allen Fällen zu Arbeitsplatzverlusten und zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen geführt haben. Das ist nicht verwunderlich, denn der Antrieb für die Privatisierung eines öffentlichen Unternehmens oder Dienstes war für den Investor die Aussicht auf Gewinne, und der schnellste – wenn auch langfristig nicht der gangbarste – Weg zu Gewinnen ist die Senkung von Kosten durch Personalabbau, Lohnsenkung und die Verschärfung der Arbeitsbedingungen“ (Huffs Schmid 2004: 162). Profiteure sind neben den Shareholdern dagegen die Stakeholder, denen als Fremdkapitalgeber und Grundeigentümer die unternehmerischen Zins-, Pacht- und Mietkosten als Einkommen aus der Wertschöpfung zufließen.

## Den Staatssektor ausbauen

Im gesamtwirtschaftlichen Ergebnis stellt sich damit die Privatisierung des Öffentlichen, das Credo des „schlanken Staats“, als klar suboptimal dar. Deshalb ist ihr nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern der Staat ist als wichtiger gesamtwirtschaftlicher Akteur, der in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnungen das Gemeinwohl zu verfolgen und das Ganze in den Blick zu nehmen hat (auch den Abbau der bestehenden Massenarbeitslosigkeit und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen), entsprechend auszubauen und an manchen Stellen sogar neu zu schaffen. Man denke hier nur an eine Rekommunalisierung der Energieversorgung. Die „Entstaatlichung“ muss beendet und die Staatsquote in Deutschland, durch entsprechende Steuererhöhungen finanziert (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2007), kräftig ausgeweitet werden. Hier sollte man das nordische Modell als Alternative zum Vorbild nehmen (Brödner, Carl, Heintze, Oehlke, Peter, Zinn 2009). Das Angebot an öffentlichen aber auch an meritorischen Gütern muss dazu ausgeweitet werden. Es sollte sich darauf ausrichten, dass den Menschen in einer Gesellschaft unabhängig von ihren Einkommen und Vermögen ein hochwertiges öffentliches Angebot an Dienstleistungen in verschiedenen Lebenslagen zur Verfügung steht. Hierbei hat übrigens uneingeschränkt zu gelten, dass insbesondere Bildung keine privatwirtschaftliche Veranstaltung ist, sondern ein öffentliches Gut ohne Ausschlussprinzip und Rivalität bei der Nachfrage.

Der Staat muss aber auch zukünftig durch mehr öffentliche Unternehmen in Erscheinung treten. Im Jahr 2009 war der Bund laut Beteiligungsbericht nur noch an 90 Unternehmen unmittelbar sowie an 483 Unternehmen mit einem Nennkapital von mindestens 50.000 Euro und mindes-

tens 25 Prozent Anteilsbeteiligung mittelbar beteiligt. Die Einnahmen des Bundes aus Gewinnausschüttungen lagen dabei von 2000 bis 2010 bei knapp 5,4 Mrd. Euro (Deutscher Bundestag 2011: 1 u. 5). Die amtierende schwarz-gelbe Bundesregierung will aus volkswirtschaftlicher als auch aus ordnungspolitischer Sicht (siehe Koalitionsvereinbarung) aber einen noch weiteren Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Dabei waren schon die Privatisierung und die Zerschlagung der Post, aber auch selbst nur die Überführung der Bahn in eine Aktiengesellschaft ohne materielle Privatisierung, katastrophale Fehler, wie wir heute wissen. Was allein bei der Telekom AG und der Deutschen Bahn AG in den letzten Jahren an Skandalen zu verzeichnen war, spottet jeder Beschreibung. Und die vollmundig von neoliberalen Politikern versprochenen ökonomischen Ergebnisse blieben so gut wie aus. Im Gegenteil: Qualitätsverschlechterungen, steigende Preise und ein massiver Arbeitsplatzabbau waren die Folgen. Was heute bei den ehemaligen Staatskonzernen gilt, ist einzig die Befriedigung der Shareholder mit möglichst maximalem Gewinn.

Aber auch früher und heute läuft bei den öffentlichen Unternehmen vieles falsch. Unternehmen nur als Staatsunternehmen zu halten oder private Unternehmen zu verstaatlichen, reicht hier nicht aus. Das zeigt eindeutig die sich noch im Staatseigentum befindende Deutsche Bahn AG (Engartner 2008a). Die vom Unternehmen bzw. Management ausgeführte Politik ist hier rein unternehmerisch-kapitalistisch angelegt. Potenzielle Börsengänge und Eigenkapitalrenditen sind offensichtlich wichtiger als eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen. Darunter leiden nicht nur die Kunden der Bahn, sondern auch Lieferanten und die Beschäftigten. So ist es auch allgemein bezeichnend, dass der Staat bei seinen Unternehmensbeteiligungen, wie

private Kapitaleigner, auf möglichst maximale Gewinne setzt (Deutscher Bundestag 2011: 4).

Öffentliche Unternehmen dürfen aber nicht nach dem Profitprinzip ausgerichtet werden und womöglich noch den „härteren Kapitalisten“ spielen wollen. Staatsunternehmen müssen vielmehr bedarfs- und kostenorientiert öffentliche Leistungen anbieten um diese so der Logik des Marktes und seiner Profitfunktion zu entziehen. Was bedarfsorientiert ist, hat die Gesellschaft in einem demokratischen Abstimmungsprozess zu entscheiden. Kostenorientiert impliziert auf Basis einer wirtschaftlichen Betriebsführung eine aufwandsgleiche Stückkostendeckung der Produktion (ohne kalkulatorische Kostenansätze) als auch die Erzielung von Gewinn. Letzterer allerdings nur dafür, um die Investitionen des öffentlichen Unternehmens ohne die Aufnahme von privatem Fremdkapital finanzieren zu können. Die Preise für die öffentlichen Leistungen sind entsprechend zu gestalten und zu kalkulieren. Dies reicht aber noch nicht!

Gleichzeitig sind die öffentlichen Unternehmen im Innenverhältnis zu demokratisieren. Dazu gehört eine wirklich paritätische Mitbestimmung der in den Unternehmen Beschäftigten und eine demokratisch-partizipative Unternehmenskultur (Bontrup 2011a). Schließlich sind es die Beschäftigten, die ein Unternehmen abbilden und dort die Neuwerte schaffen. In den Aufsichtsräten der Staatsunternehmen müssen die Staatsvertreter die öffentlichen Interessen an dem Unternehmen einbringen, aber auch die Kunden und die Lieferanten der Vorleistungen sowie nicht zuletzt die Umwelt zu ihrem Recht kommen. Verbraucherschutz- und Umweltverbände als auch die Interessen der Lieferanten sind hier adäquat mit einem Sitz- und Stimmrecht zu berücksichtigen. Nur so kann in öffentlichen Unternehmen

eine holistische gesellschaftliche Kontrolle ausgeübt werden. Und auch nur so würde eine ökologisch-wirtschaftlich vernünftige Produktion von Gütern und Leistungen erfolgen, die zu einer insgesamt gesellschaftlichen Wohlfahrtsentwicklung führt. ■

☞ Dr. Heinz-J. Bontrup ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt und Recklinghausen sowie Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

#### Literatur:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2007): Memorandum 2007: Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit – Demokratische Wirtschaftspolitik statt Aufschwungstau- mel, Köln.
- Altwater, Elmar (2006): Privatisierung/Solidarische Ökonomie, in: Urban (Hrsg.), ABC zum Neoliberalismus, Hamburg, S. 176-178.
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg.
- Bofinger, Peter (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7, S. 351-357.
- Bontrup, Heinz-J. (2011): Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen, DGB-Studie, Hannover.
- Bontrup, Heinz-J. (2011a): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Aufl., Köln.
- Bontrup, Heinz-J., Marquardt, Ralf-M. (2011): Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft, Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen, 2. Aufl., Berlin
- Brödner, Peter, Carl, Friedrich, Heintze, Cornelia, Oehlke, Paul, Peter, Gerd, Zinn, Karl Georg (2009): Das nordische Modell – eine Alternative?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 5.
- Bull, Hans Peter (2007): Absage an den Staat?, in: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 1, S. 14-17.
- Butterwege, Christoph, Lösch, Bettina, Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Deckwirth, Christina (2008): Privatisierung kommunal. Stand der Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland, in: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 6, S. 15-20.
- Deutscher Bundestag (2011): Drucksache 17/5839 vom 12.05.2011.
- Engartner, Tim (2008): Privatisierung und Liberalisierung – Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors, in: Butterwege/Lösch/Ptak (2008): Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Engartner, Tim (2008a): Die Privatisierung der deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik, Wiesbaden.
- Heintze, Cornelia (2008): Warum Finnland Spitze ist. Bildungs- und Gesundheitsgüter aus einem Guss, in: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 2, S. 32-35.
- Huffschnid, Jörg (2004): Ein starker und demokratischer öffentlicher Sektor statt des Vorrangs für Privatisierung und Deregulierung, in: Etxezarreta/Grahl/Huffschnid/Mazier u.a., EuroMemo 2003, Hamburg, S. 159-177.
- Rügerner, Werner (2008): Privatisierung in Deutschland, 4. Aufl., Münster.
- Rügerner, Werner (2010): Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 75-84.

## Eurokrise – Wie handlungsfähig sind die europäischen Staaten?

von Toralf Pusch

Die Finanzkrise hat quer durch Europa tiefe Spuren in den staatlichen Haushalten hinterlassen. Nicht nur sind die Schulden durch Banken-Rettungen und Konjunkturpakete deutlich gestiegen. Die Staaten selbst sind für ihre Politik ins Visier der Finanzmärkte geraten. Diese kennen kein Pardon und sprechen auch schon mal von „PIIGS“ und „GIPSI-Ländern“, oder etwas milder „Club Med“.<sup>1</sup> Vielen Beobachtern scheint das Urteil der Finanzmärkte sogar gerecht; schließlich stehen „fleißige“ und „sparsame“ Nordeuropäer bzw. Deutsche besser da; gegen ihre Staaten wird bisher noch nicht spekuliert.

Wen mag es da noch wundern, dass die kurze Renaissance keynesianischer Krisenbekämpfung mittlerweile schon fast wieder vergessen scheint? Unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise half aktive staatliche Ausgabenpolitik das Schlimmste zu verhindern. Inzwischen vertreten weite Bereiche der Wirtschaftspresse, aber auch Teile der politischen Elite in Deutschland eine ganz andere Meinung. Umgemünzt auf die aktuellen Probleme der Eurokrise wurde diese kürzlich durch den slowakischen Parlamentspräsidenten Richard Sulík folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Man kann Schulden nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen.“ Was den Südeuropäern dann empfohlen wird, ist ein vor allem in Deutschland altbekanntes Rezept: sie sollten den Gürtel enger schnallen und kürzer treten. Das geht bei den Staatsausgaben los und endet bei den Löhnen, die zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit eher schnell als langsam sinken sollen. Deutschland hätte es schließlich nach 2000 vorgemacht.

Doch kann die Eurokrise damit schnell und effektiv eingedämmt werden? Einige Skepsis ist angebracht. Momentan hat die Eurozone mit einer Vielzahl unterschiedlicher Probleme gleichzeitig zu kämpfen. Dazu gehört auch das Auseinanderdriften der „schwächeren“ und „stärkeren“ Länder, beispielsweise gemessen an der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten.<sup>2</sup> Trotzdem wäre es eine riskante Strategie, die Krise einseitig durch Spar- und Kürzungsrounden angehen zu wollen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: In einigen Ländern muss es zu Anpassungen kommen. Dabei sollte aber das Wachstum nicht aus dem Blick geraten. Oder wie die bis vor kurzem amtierende französische Finanzministerin und jetzige IWF-Chefin Christine Lagarde einmal mit Blick auf Deutschland und den Rest der Eurozone treffend bemerkte: „It takes two to Tango.“ (Zum Tango tanzen gehören zwei.) Der Fokus in diesem Beitrag liegt auf dem Gegenpart, der in der aktuellen Debatte um die Eurokrise nur zu gern vergessen wird.

### Wenn nicht die Märkte, wer soll es dann richten?

Die Bundesrepublik steht in der Eurokrise nach verbreiteter Sichtweise noch vergleichsweise gut da, obwohl auch hierzulande der staatliche Schuldenstand gemessen an der Wirtschaftsleistung um mehr als 25 Prozent nach oben geschwollen ist. Trotzdem kann sich Deutschland zur Zeit für ca. 2,3 Prozent Zinsen langfristig Geld an den Finanzmärkten leihen; verglichen mit den 4,3 Prozent noch unmittelfar vor der Finanzkrise erscheint das günstig. Hat Angela Merkel also erreicht, was sie im

<sup>1</sup> Finanz-Journalisten schrieben bis vor Kurzem tatsächlich von „Schweine-Staaten“.

<sup>2</sup> Siehe: „Ein neuer Stabilitätspakt für den Euro“, Till van Treeck, spw 178.

letzten Bundestagswahlkampf mit dem Leitspruch bewarb, Deutschland müsse „gestärkt aus der Krise hervorgehen“?

Aus einer national verengten Sichtweise könnte man wohl zu diesem Schluss kommen und einige Koalitionspolitiker sehen das wohl auch so. Tatsächlich steht aber für Europa insgesamt momentan sehr viel auf dem Spiel, und damit auch für Deutschland. Es geht um nicht weniger als das Fortbestehen der Eurozone. Für die außenwirtschaftlich stark verflochtene Bundesrepublik wäre es deshalb kurzsichtig darauf zu beharren, dass die Dinge bei uns so weit in Ordnung sind und nur die Anderen sich anpassen müssen. Auch die Bundesregierung scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass die Krise eine europäische Dimension erreicht hat. Merkel und Schäuble bemühen sich trotz aller Kritik an ihrem Krisenmanagement mittlerweile redlich um eine Lösung zur Stabilisierung der Eurozone.

Kompliziert wird die Lage unter anderem dadurch, dass die Mitgliedsstaaten der Eurozone über keine eigenständige Geldpolitik mehr verfügen. Die Europäische Zentralbank konnte zwar mit ihren Anleihekäufen kurzfristig den Druck auf einige Mitgliedsstaaten lindern. Wegen Zweifel an der Reichweite ihres vertraglichen Mandats scheint sie dabei aber mittlerweile am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen zu sein. Deswegen und weil EU-Vertragsänderungen sehr schwierig sind, konzentriert sich die Debatte seit einiger Zeit auf die Finanzpolitik in den Mitgliedsstaaten und der EU. Als ein Ergebnis wurde auf europäischer Ebene die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) auf den Weg gebracht, um bedrohte Staaten und Banken zu stützen. Neudeutsch ist auch vom Rettungsschirm die Rede. Hierfür stehen nach der jüngsten Aufstockung effektiv 440 Mrd. Euro an gemeinsam garantierten Mitteln zur Verfügung, wobei momentan noch über eine Verstärkung der „Feuerkraft“ diskutiert wird. Die Mittel könnten vervielfacht (gehebelt) werden, wenn auf Mechanismen der Finanz-

märkte zurückgegriffen würde. Gerade vor dem Entstehungs-Hintergrund der Finanzkrise wäre eine Entscheidung für Finanzmarkt-Hebel allerdings sicher sehr weit gehend und nicht ohne politisches Risiko. Zumindest erforderte sie eine gute Abwägung von Chancen und Risiken.

Nicht zuletzt sollte aber vor dem Einsatz finanzieller Hebel vor allem Eines stimmen: die richtige Krisendiagnose. Und daran hapert es momentan. Regierungen und europäische Institutionen sehen die Ursache der Eurokrise vor allem in der unsoliden Haushaltspolitik und weiteren politischen Versäumnissen der betroffenen Länder. Diese Einschätzung liegt den bisher beschlossenen Reformen der wirtschaftspolitischen Governance in der Eurozone zugrunde.<sup>3</sup> Sie stellt daher den Ausgangspunkt für politische Maßnahmen von Seiten der EU dar. Das betrifft sowohl die EFSF als auch ihren bisher noch nicht gesetzlich verankerten Nachfolger, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Finanzpolitische Überbrückungshilfen aus diesen Töpfen sollen deshalb Gegenstand von Bedingungen sein, die auf Haushaltsdisziplin und „Strukturreformen“ abzielen. Letztere sind eine ökonomische Chiffre für Einschnitte ins soziale Netz wie beispielsweise Arbeitsmarktflexibilisierung und sozialpolitische Kürzungen.

In die gleiche Richtung wie die Auflagen von EFSF und ESM geht übrigens der dieses Jahr beschlossene Europlus-Pakt, der den Anpassungsdruck zur Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen auf die schwächeren Euroländer erhöhen soll. Daneben wurde auf den jüngsten EU-Gipfeln über den Export der deutschen Schuldenbremse in andere Mitgliedsländer der Eurozone diskutiert. Die nächsten Jahre scheinen also in Europa insgesamt unter dem Zeichen von Haushaltskürzungen und Strukturreformen zu stehen. Institutionell wird auf diese Weise ein rigideres Korsett für die

<sup>3</sup> Siehe: „Stichwort Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU“, Arne Heise, spw 182.

europäische Wirtschaftspolitik geschneidert. Wirklichen politischen Handlungsspielraum werden unter den genannten Bedingungen voraussichtlich nur noch die stärkeren unter den Euroländern haben; und überzeugende Werkzeuge gegen eine mögliche nochmalige Verschärfung der Eurokrise fehlen in diesem Szenario.

### Änderungsbedarf bei der Krisendiagnose

Tatsächlich gibt es bei der europäischen Krisendiagnose einigen Änderungsbedarf, um EFSF und ESM zum Erfolg zu führen und die Eurozone zu stabilisieren. Nicht nur aus den Augen aufgeklärterer Vertreter des Finanzmarktes wie George Soros leidet Europa momentan unter einer massiven Krise des Vertrauens in die Problemlösungsfähigkeit seiner Mitgliedsländer und Institutionen. Sichtbarster Ausdruck dessen ist die Spekulation gegen die südlichen Mitglieder und Irland; es schließt aber ausdrücklich auch den gemeinsamen politischen Umgang mit diesen Entwicklungen ein.<sup>4</sup> Das entscheidende Problem dabei ist: Solange es die Mitgliedsstaaten öffentlich immer wieder an dem Willen fehlen lassen, problematische Entwicklungen im Bedarfsfall gemeinsam anzupacken, werden die Finanzmärkte weiter verunsichert reagieren und den schwächeren Ländern noch mehr Vertrauen entziehen. Kapitalabfluss und Wachstumseinbruch sind die Folge. Auf Dauer können die stärkeren Euroländer den Schwarzen Peter aber nicht weiterreichen. Denn von den negativen Ausstrahlungseffekten eines Vertrauensentzugs können mittelfristig auch sie getroffen werden.

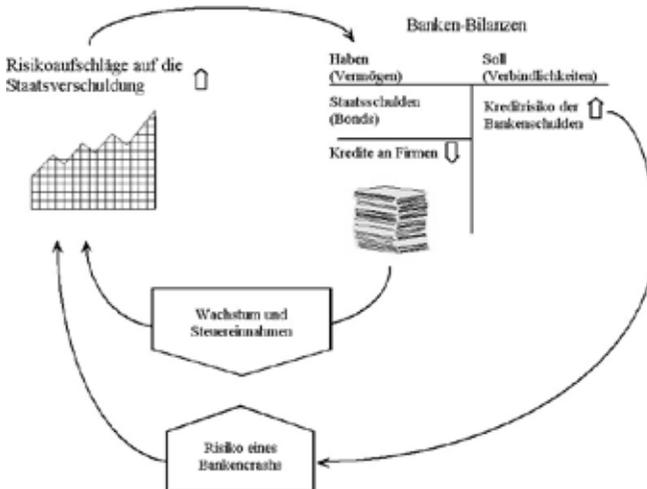
Man muss gar nicht lange nach Beispielen für nationale Egoismen suchen, die einer Lösung der Eurokrise entgegenstehen. Das jüngste Ereignis gab es im Umfeld der

EFSF-Verabschiedung in der Slowakei Mitte Oktober 2011. Dabei ist weniger das Verhalten der neoliberalen Partei rund um Richard Sulík hervorzuheben. Weit wichtiger für die Eurozone waren Nachrichten aus Berlin, dass das EFSF-Geld nur im Ausnahmefall und wenn wirklich gar nichts anderes mehr ginge zur Stabilisierung geschwächter Banken zur Verfügung stehe. Zunächst sollten sich die Banken selbst und in einem zweiten Schritt deren Heimatländer um mehr Kapital bemühen. Vordergründig erscheint das aus deutscher Sicht formidabel: Weitere große Bankenrettungen in anderen Mitgliedsländern sollen nach Möglichkeit zunächst dort verhandelt werden. Erst auf den zweiten Blick wird deutlich, was für ein Risiko mit dieser Strategie verbunden ist. Denn das größte Manko, das in den vergangenen Monaten immer wieder von Kritikern des europäischen Krisenmanagements hervorgehoben wurde, ist dessen Langsamkeit. Und genau diese Langsamkeit soll nach dem (vorläufigen) Willen der Bundesregierung für die EFSF zementiert werden.

Eine zentrale Lektion der vergangenen Monate wurde also scheinbar verpasst: Europa kann es sich nicht mehr leisten, weiter auf Zeit zu spielen. Langwierige nationale Versuche zur Stabilisierung der Banken werden die Risikoprämien für die davon betroffenen Länder aller Voraussicht nach weiter nach oben treiben (schaffen sie's? schaffen sie's nicht?). Während die Staatsverschuldung unter sonst gleichen Bedingungen so immer teurer wird, wartet Europa ab und lässt wertvolle Zeit verstreichen. Das damit verbundene Negativszenario ist eine Kettenreaktion von Länder-Herabstufungen der Rating-Agenturen, Kapitalberichtigungen der Banken quer durch Euroland und weiteren Vertrauensverlusten, bis schließlich selbst die stärkeren Euroländer von Rating-Abstufung und Spekulationsattacken getroffen werden. Das Risiko des politischen Taktierens ist der Zerfall der Eurozone.

4 Siehe: „Europa auf gefährlichem Terrain“, Beitrag von George Soros am 12. Oktober 2011, online einsehbar unter: <http://www.project-syndicate.org/commentary/soros73/German>.

Abbildung: der Teufelskreis der Euro-Krise



Quelle: <http://euro-nomics.com/esbies/> (Übersetzung: TP)

### Der Staat ist noch handlungsfähig, wenn Europa zusammensteht

Europa bindet sich also momentan die Hände, finanzpolitisch gesehen. Das wiegt umso schwerer, weil auch die beiden größten noch solventen Mitgliedsländer im Grunde ähnlich verfahren. Als finanzkräftigstes Mitgliedsland hat Deutschland beispielsweise zwar wie einige andere Länder ein gutes Rating (AAA) und ist nicht auf fremde Hilfe angewiesen, zögert aber dieses politische Kapital auch einzusetzen. Das Fatale dabei ist, dass die zögerliche deutsche Politik in einer sehr fragilen Situation nicht zur Risikobegrenzung beiträgt, sondern selbst zum Risiko wird. Natürlich ist die deutsche Langsamkeit nicht ohne Grund. Neben der oben beschriebenen theoretischen Fixierung, nach der die Probleme vor allem bei den Defizitländern zu suchen sind, folgt die deutsche Haushaltspolitik den Erfordernissen der Schuldenbremse, die seit Anfang 2009 im Grundgesetz steht. Frankreich als zweitgrößtes Euroland mit einem AAA-Rating muss angesichts seiner Bankenrisiken momentan um sein eigenes gutes Rating fürchten und sucht daher eine enge Ab-

stimmung mit Deutschland. Von Frankreich sind deswegen im Fall des Falles kaum konjunkturpolitische Alleingänge zu erwarten.

Unter diesen Umständen droht Europa ein Negativszenario. Sollten sich die dunklen Wolken am europäischen Konjunkturhimmel weiter verdichten, und hierfür spricht momentan Einiges, könnte schnell ein Punkt erreicht werden an dem ein Abwärtstrend nur noch äußerst schwer zu kontrollieren ist. Bei sich verfestigenden negativen Erwartungen in der Wirtschaft könnten die Südländer kon-

junkturpolitisch nicht mehr gegensteuern. Auch die Europäische Zentralbank hat in der aktuellen Situation ihr Pulver weitgehend verschossen. Ihre Staatsanleihen-Käufe sind rechtlich umstritten und der verbleibende Zinssenkungs-Spielraum bis zur Nullgrenze beträgt nur 1,5 Prozentpunkte. Das wird kaum ausreichen, um in einer ernsthaften Krisensituation deutlich gegenzusteuern.

Ein drohendes Negativszenario in Europa heißt nun aber nicht, die Lage sei aussichtslos. Im Prinzip könnten beispielsweise die Euroländer bei einer starken Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten miteinander übereinkommen, einen gezielten finanzpolitischen Impuls zu setzen, wie das im Jahr 2009 nach der Lehman-Pleite geschah. In Deutschland wurde beispielsweise ein Konjunkturpaket aufgelegt, das unter anderem die Abwrackprämie und Infrastrukturinvestitionen umfasste. Auf diese Weise könnten Einkommen und Erwartungen stabilisiert und sogar wieder angeregt werden. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einem positiven Multiplikator, denn jeder Euro an staatlichen Ausgaben schafft ein

mehr an Wirtschaftsleistung. Der Multiplikator wird vor allem mit dem Namen Keynes in Verbindung gebracht, der diesen als einer der ersten ausformuliert hat. Von der Wirksamkeit des Multiplikators gehen die meisten Ökonomen aus; die Experten streiten im Wesentlichen über Dauer und Größe der Effekte. Dabei gilt in der Tendenz: je größer die Wirtschaftskraft eines Landes (je größer der Binnenmarkt), desto größer fällt der Multiplikator aus.<sup>5</sup>

### Blaue Bonds und „ESBies“

Für einen finanzpolitischen Impuls zur Krisenbekämpfung gibt es im Grunde zwei mögliche Szenarien. Erstens könnten sich die Länder mit einem guten Rating dafür entscheiden (Deutschland, Frankreich, Österreich, die Niederlande, Finnland). Das entspricht in etwa der Lösung von 2009 und ist heute vermutlich weniger realistisch, weil von vornherein weniger Länder mitziehen könnten. Insgesamt wäre deswegen ein geringerer Multiplikator-Effekt zu erwarten, da die grenzüberschreitenden Auswirkungen staatlicher Güterkäufe geringer ausfielen. Beispielsweise könnte in Deutschland nicht mit einer verstärkten Güternachfrage aus Spanien gerechnet werden. Zwar käme ein Stimulus umgekehrt auch den schwächeren Euro-Ländern zugute, die stärkeren Länder könnten sich aber wegen eines aus ihrer Sicht zu geringen Nettoeffekts dagegen entscheiden. Auch steht dieser Lösung scheinbar die Erfahrung seit 2009 entgegen, nach der bis auf wenige Ausnahmen ein Land nach dem anderen in den Fokus der Rating-Agenturen geraten ist. Kritik an den Rating-Agenturen, diese würden sich widersprüchlich verhalten und hohe Schulden wie schlechtes Wachstum gleichermaßen abstrafen, nützt wenig. Bis auf Weiteres müssen die Mitgliedsländer wohl mit dieser Situation leben. Und da gerade Frankreich momentan um sein gutes Rating bangen muss, könnte das Risi-

ko einer aktiven Finanzpolitik aus französischer Sicht zu hoch erscheinen.

Die zweite Möglichkeit für eine erfolgreiche Krisen-Intervention besteht darin, dass sich die Euroländer insgesamt zu einem neuen Arrangement zusammenfinden und Teile Ihrer Schulden dauerhaft gemeinsam verbürgen. Als Ergebnis würden so genannte Eurobonds mit einem einheitlichen Zins herausgegeben. (So genannte Bonds sind langfristige Staatspapiere wie beispielsweise Bundesschatzbriefe und stellen eine übliche Finanzierungsform für die Staatsverschuldung dar.) Das ist zwar an sich noch kein fiskalpolitischer Impuls. Gelänge es aber, mittels Eurobonds oder vergleichbarer Neuerungen die Finanzierungskosten der Staaten effektiv zu drücken, könnte den Mitgliedsstaaten eine aktive Finanzpolitik im Krisenfall leichter fallen. Derartige Lösungen werden derzeit in den europäischen Institutionen und auch in der Wissenschaft diskutiert. Für Eurobonds gibt es verschiedene Modelle, von denen hier eines kurz vorgestellt werden soll. Der Vorschlag stammt von Delpla und Weizsäcker und sieht einen maximalen Anteil von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung an europäisch verbürgter Verschuldung für die Mitgliedsstaaten vor.<sup>6</sup>

Der Vorteil dieser so genannten „Blauen Bonds“ wäre, dass sie einen attraktiven Anlagegegenstand für internationale Investoren bieten würden. Eine geeignete institutionelle Ausgestaltung vorausgesetzt, könnte so der Spekulation auf den Märkten effektiv der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Eurostaaten würden den Vorteil eines vergleichsweise günstigen Zinses für große Teile ihrer Staatsschulden erlangen. Im Falle Deutschlands und Frankreichs würde dies gut 2/3 des Schuldenstands betreffen. Delpla und Weizsäcker haben außerdem eine Reihe institutioneller Regeln vorgeschlagen, um eine vorsichtige Haushaltspolitik in den Mitgliedsstaaten durch die Verfügbar-

5 Für einen empirischen Überblick über finanzpolitische Multiplikatoren in der EU siehe: Pusch, Toralf; Rannenberg, A.: „Fiscal Spending Multiplier Calculations based on Input-Output Tables – with an Application to EU Members“, IWH Diskussionspapier 1/2011.

6 Siehe: J. Delpla, J. von Weizsäcker (2010): „The Blue Bond Proposal“, Bruegel Policy Brief 03/2010, Brüssel.

keit einer günstigen Verschuldungsmöglichkeit nicht zu unterminieren. Den wichtigsten Anreiz für eine Begrenzung der Staatsschuld stellen dabei übrigens die Finanzmärkte bereit, denn für den nicht europäisch garantierten national verbürgten Anteil der Schulden wären voraussichtlich deutlich höhere Zinsen zu erwarten als für die Blauen Bonds. Das ergibt sich allein schon aus dem größeren Ausfallrisiko und der geringeren Marktgröße für diese Papiere.

Ein weiterer Vorschlag wurde jüngst von einer Gruppe europäischer Ökonomen (Euronomics) in die Diskussion gebracht. Es handelt sich um so genannte Europäische Sichere Bonds (ESBies), die von einer Europäischen Schuldenagentur herausgegeben werden sollen.<sup>7</sup> Dabei handelt es sich zwar streng genommen nicht um Eurobonds, da die Schuldenagentur Schuldentitel der Mitgliedsstaaten auf dem Sekundärmarkt erwerben soll, um die daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen dann zu sicheren ESBies zu bündeln und an die Finanzmärkte weiter zu reichen. Der Vorschlag weist aber einige Ähnlichkeiten mit Eurobonds auf. Wie bei den oben beschriebenen Blauen Bonds basiert das Modell auf einer Aufteilung der europäischen Staatsverschuldung in eine vergleichsweise sichere Tranche, die ESBies, und einen Anteil der Staatsverschuldung, der im Falle des Zahlungsausfall nur einen Junior-Status hätte, also nachrangig bedient würde. Wie auch Eurobonds stellen ESBies an sich keinen finanzpolitischen Impuls dar. Man kann aber davon ausgehen, dass die Europäische Schuldenagentur als großer Nachfrager einzelstaatlicher Bonds die Zinsen tendenziell drücken und so eine aktive Finanzpolitik erleichtern würde.

Daneben umfasst der Euronomics-Vorschlag aber auch eine veränderte Regulierung in Bezug auf die Repo-Politik der Europäischen Zentralbank. Die EZB sollte in ihren Refinanzierungsgeschäften mit den Banken nur noch

ESBies als abschlagsfreie Sicherheiten akzeptieren und so den Banken einen Anreiz zur Reduzierung ihrer Risikostruktur bieten. In der Tat würden so gleichsam zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, da die Bankenrisiken eine der Ursachen der Eurokrise darstellen (siehe Abbildung). Allerdings ließe sich auch der erstgenannte Vorschlag in diese Richtung weiterentwickeln. Der große Vorteil der ESBies ist aber nach dem Dafürhalten ihrer Entwickler, dass die institutionelle Umsetzung im Gegensatz zu Eurobonds keine Änderung der europäischen Verträge erfordern würde.

### Die EU verträge keinen dauerhaften Krisenmodus

Mit oder ohne neue Möglichkeiten zur effektiven Krisenbekämpfung hat die Eurokrise sehr deutlich die mangelhaften politischen Steuerungsmöglichkeiten der Eurozone offenbart. Das europäische System der intergouvernementalen Entscheidungsfindung mit fallweisen Abstimmungen im EU-Rat und Ministerrat und vielfachen Vetomöglichkeiten wurde effektiv an seine Grenzen gebracht. Für die Zukunft wäre es zu wünschen, dass in Europa eine demokratisch legitimierte wirtschaftspolitische Governance verwirklicht wird. Es dürfte klar sein, dass die Entscheidungsfindung im Krisenmodus auf die Dauer in eine Sackgasse führt; die slowakische Abstimmung über den EFSF-Rettungsschirm ist Warnung genug. Die Möglichkeit zur Entwicklung einer europäischen Demokratie, die ihren Namen auch verdient und über zentrale Anliegen der wirtschaftlichen Entwicklungen in der Eurozone zu entscheiden hätte, sollte daher ernsthaft in Betracht gezogen werden. Dies könnte in der Tat in einer europäischen Regierung münden, die ähnlich wie in den Mitgliedsstaaten von EU-Bürgern gewählt wird.<sup>8</sup> ■

☞ Dr. Toralf Pusch ist Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

<sup>8</sup> Vorstellungen hierfür gibt es bereits: S. Collignon (2008), "Why Europe is not becoming the world's most competitive economy. The Lisbon Strategy, Macroeconomic Stability and the Dilemma of Governance without Governments", International Journal Of Public Policy, Vol. 3.

<sup>7</sup> Dieser Vorschlag kann auf der Webseite <http://euro-nomics.com/esbies/> in englischer Sprache abgerufen werden.

## Kommunen in Not – Gerecht geht anders

von Wolfgang Uellenberg - van Dawen

Foto: www.fotolia.com, © sexcamp graphics



### Die Krise der kommunalen Haushalte

Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts befinden sich die kommunalen Haushalte in der Dauerkrise. Trotz vieler Anstrengungen und Programme, den Strukturwandel von der Industrie zu den Dienstleistungen zu bewältigen und Strukturbrüche zu verhindern, gehören allein in NRW die meisten Städte des Ruhrgebietes aber auch des Bergischen Dreiecks zu den ärmsten Städten der Republik. Heute befinden sich mehr als die Hälfte der NRW Kommunen im Nothaushaltsrecht, Oberhausen, Hagen, Wuppertal sind völlig überschuldet. Aber auch in anderen strukturschwachen Gebieten der Republik können die Kommunen schon seit Jahrzehnten ihre Haushalte nicht aus eigener Kraft mehr ausgleichen – so wie es die Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen vorschreiben.

Der sicherste Indikator für den „freien Fall der kommunalen Haushalte“ so der Deutsche Städtetag im Gemeindefinanzbericht 2009 ist der Anstieg der Kassenkredite, mit denen die Kommunen vorübergehend laufende Ausgaben decken können, die aber zu einer Dauer-einrichtung geworden sind: Allein von 2000 bis 2004 stiegen sie in NRW auf 18 Mrd. Blieben bis

zur ersten Phase der Weltwirtschaftskrise 2008 die süddeutschen Länder von größeren Einbrüchen der kommunalen Einnahmen verschont, so mussten auch sie sich verschulden, um die laufenden Ausgaben zu decken.

### Steigende Sozialausgaben als Ursache ?

Von Seiten der kommunalen Spitzenverbände werden die steigenden Sozialausgaben und die Übertragung sozialer Leistungen ohne die notwendige Finanzierung wie etwa der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung durch den Ausbau der Kindertagesstätten und der Betreuung der unter Dreijährigen oder die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter für die Haushaltsmiserie verantwortlich gemacht. Tatsächlich sind die Leistungen der Kommunen für soziale Aufgaben einschließlich der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung für Hartz IV Empfänger, die anteilig vom Bund mitfinanziert werden, von 20 auf 40 Mrd. Euro in den letzten zwanzig Jahren gestiegen. In der Tat müssen Bund und Länder den Kommunen das notwendige Geld mitgeben, wenn diese in ihrem Auftrag Aufgaben erfüllen sollen. Aber die wesentlichen Ursachen der ansteigenden sozialen Kosten liegen in einer verfehlten Beschäftigungspolitik, die die Langzeit-

arbeitslosen abschreibt, in den ansteigenden Kosten für Menschen, die regulär arbeiten, aber dennoch hilfsbedürftig bleiben, weil der Lohn nicht reicht und in der ansteigenden Altersarmut in Folge der Rentenreformen und in Zukunft der Rente mit 67.

### Geleerte Kassen durch Steuersenkungen

Das Krisenjahr der kommunalen Finanzen war 2003, als in Folge der Unternehmenssteuerreform von Rot / Grün die Gewerbesteuererinnahmen wegbrachen und durch Rückzahlungsverpflichtungen an Großsteuerzahler wie die Post AG oder die BAYER AG, die sich aus der Senkung der Körperschaftssteuer von 40 auf 25 Prozent ergaben, blühende Städte zu „Armenhäusern“ wurden, wo jeder Cent im Haushalt zweimal umgedreht werden muss. Seit dem Jahr 2000 haben verschiedenen Steuersenkungen bei den Kommunen Einnahmeausfälle von zusammengerechnet 40 Mrd. Euro verursacht (Bundesfinanzministerium, IMK der HBS 2011 in Böckler Impuls 13/2011). Allein das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz / Gelb hat 2010 und 2011 zusammen mit Einkommensteuersenkungen im Konjunkturpaket II von Schwarz / Rot die Kommunen mehr als 16 Mrd. gekostet. Es ist Ausdruck politischer Schizophrenie, wenn dieselben Parteien, deren kommunale Vertreter seit Jahren die Haushaltsmisere beklagen und Bund und Länder dafür verantwortlich machen, auf der Bundesebene und auch im Bundesrat durch Steuersenkungen eben diese Misere weitgehend verursachen.

Den Höhepunkt solcher Schizophrenie erreichte die Schwarz – Gelbe Koalition mit dem Vorhaben, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch einen kommunalen Hebesatz auf die Einkommensteuer und eventuell die Körperschaftssteuer zu ersetzen. Damit wären auf der einen Seite den Unternehmen rund 36 Mrd. Euro Steuern erlassen worden, während die Bürgerinnen und Bürger eine zweite, je nach Kommune unterschiedlich hohe Einkommenssteuer hätten bezahlen müssen. Im Saldo hätte

den Kommunen jedoch, so der Städtetag mindestens jährlich zwischen 16 und 20 Mrd. In den Haushalten gefehlt.

### Kommunen in Not

Dieser erneute Angriff auf die Substanz der kommunalen Einnahmen war für ver.di der Anlass, das Thema Kommunen in Not in den Vordergrund der Kampagne „Gerecht geht anders“ zu stellen. Die Rente mit 67, die im November 2010 noch einmal im Bundestag auf ihre Sozialverträglichkeit überprüft werden sollte, die massiven Kürzungen zu Lasten der Arbeitslosen, mit denen Schwarz Gelb den Bundeshaushalt Schuldenbremsen fähig machen wollte, die Kopfpauschale – alle diese Themen wurden von den DGB Gewerkschaften in ihren Herbstaktionen 2010 aufgegriffen und auf Betriebsversammlungen und Kundgebungen, auf denen mehr als 3 Millionen Menschen erreicht wurden, heftig kritisiert.

Kommunen in Not wurde jedoch zu einem Thema, wo es ver.di und den DGB Gewerkschaften gelang, eine breite Öffentlichkeit in den Kommunen selbst zu mobilisieren. Denn die Politik der Haushaltskonsolidierung, zu denen sich Kommunen seit den 80ziger Jahren gezwungen sehen, hatte zu massiven Kürzungen bei den Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger geführt.

Das beginnt beim Personal: Allein in NRW sank von 1992 bis 2008 die Zahl der Beschäftigten von 370 000 auf 290 000 Köpfe (Eicker - Wolf, Truger, Kommunal Finanzen in NRW S. 28. ) Bundesweit sank die Zahl der Ausbildungsplätze bei den Kommunen 2000 bis 2008 von 52373 auf 33 356 Köpfe. Personalabbau bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben aber belastet nicht nur die Beschäftigten, sondern vor allem die Einwohner selbst. Das beginnt beim fehlenden Personal in den Kindertagesstätten, im Jugendamt, in den Bürgerhäusern und Bürgerzentren und endet bei den Meldehallen, Ordnungsämtern und der Wirtschaftsförde-

rung noch lange nicht. Denn die Voraussetzung für gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sind gut ausgebildete und angemessen bezahlte Beschäftigte.

Deutlicher noch wurden die kommunalen Investitionen zurückgefahren: Die Quote sank von 2 auf 0,8 Prozent des BIP. Löcher in den Straßen, sanierungsbedürftige Kanäle, verrottende öffentliche Gebäude, unhygienische Schultoiletten, einsturzgefährdete Denkmäler, geschlossene Schwimmbäder – die Folgen fehlender Investitionen kann jeder vor seiner Haustür besichtigen oder auch auf der ver.di Homepage, wo wir viele dieser Beispiele gesammelt haben. Nicht errechenbar ist der wirtschaftliche Schaden, denn die Kommunen sind wichtige Investoren und Auftraggeber, meist für die regionale Wirtschaft. Gerade in strukturschwachen Gebieten kommt kommunalen Investitionen eine wichtige Aufgabe zu. Aber auch die Lebensqualität selbst hat sich verschlechtert: Theater und Bibliotheken mussten schließen, soziale Projekte aufgegeben werden, die Wohnungsbauförderung ging zurück: Die Folge: Die Spaltung in den Städten zwischen den Stadtteilen in denen sich gut und besser verdienenden Leistungen der Daseinsvorsorge privat kaufen können und solchen, in denen ärmere Einwohner auf unzureichende öffentliche Angebote verwiesen sind, wächst.

Diese Themen wurden und werden von ver.di öffentlich und in den Betrieben und Verwaltungen aufgegriffen. Einbezogen sind dabei auch die Beschäftigten der kommunalen Unternehmen. Sie müssen durch Sparprogramme Mittel für die kommunalen Haushalte erwirtschaften oder aber geraten in Gefahr an Private verkauft zu werden. Dass der Druck auf die Kommunen seit Jahren gewachsen ist, kommunales Eigentum zu verkaufen oder sich auf für die Kommunen am Ende ungünstige Privat – Public – Partnership Konstruktionen einzulassen, war kein purer Zufall. Denn gerade diejenigen politischen Kräfte, die seit Jahren Steuersenkungen fordern und durchsetzen sind meist auch dieje-

nigen, die Privat vor Staat fordern – so die konservativen und liberalen – oder die wie einige Sozialdemokraten und Grüne glauben, privat eben effizienter sei. Ein – wie sich an vielen praktischen Beispielen gezeigt hat, Irrglaube.

## Gerecht geht anders:

Gerecht – so die ver.di Kampagne – geht anders als permanente Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen wie des Sozialstaates insgesamt, geht anders als Sozialabbau und Entsicherung der Arbeitsverhältnisse, geht anders als Entlastung der Unternehmen und Belastung der Bürgerinnen und Bürger: Gerecht heißt; sozial gerechte Finanzierung des Sozialstaates durch die Besteuerung von Vermögen, höherer Steuern auf Erbschaften und Einkommen und für die Kommunen eine stabile Einnahmequelle: die Gemeindefinanzsteuer. Gerecht heißt mehr Investitionen, mehr Personal und damit mehr Leistungen für eine gute Daseinsvorsorge.

Mit diesem Ansatz verbindet ver.di die Vertretung der Interessen der bei den Kommunen Beschäftigten mit den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner und damit auch der Kommunalpolitik selbst. Dass dieser Ansatz erfolgreich war, zeigte das breite Bündnis der Gewerkschaft, der Mehrheit der Bundesländer, den kommunalen Spitzenverbänden und vielen Oberbürgermeistern und Stadtparlamenten, an denen der Angriff auf die Gewerbesteuer im Frühjahr 2011 dann endgültig gescheitert ist. Damit wurde eine wichtige Einnahmequelle erhalten.

Das Thema steht auf der Tagesordnung und nun kommt es darauf an, den nächsten Schritt möglichst gemeinsam zu tun: für einen sozial gerecht und auskömmlich finanzierten Sozialstaat zu sorgen, deren Basis lebenswerte Städte und Gemeinden sind. ■

↳ Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen ist Bereichsleiter Politik und Planung in der ver.di Bundesverwaltung.

# Die hausgemachte Finanzkrise

von Carsten Sieling

Am 15. September 2008 rutschte die Lehman-Bank in die Insolvenz.

Doch im Unterschied zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die infolge dessen aus den Vereinigten Staaten nach Europa schwappte, begann die hausgemachte deutsche Finanzkrise schon weit früher.

Wo uns heute ein enthemmter Finanzkapitalismus vor die Aufgabe stellt, nicht nur Banken, sondern ganze Staaten zu retten, haben deutsche Regierungen selbst über viele Jahre hinweg und freiwillig unseren Wohlfahrtsstaat zurechtgestutzt.

Wie heute das Modell der sozialen Marktwirtschaft mit dem Versprechen sozialer Gerechtigkeit – dem sozialdemokratischen Identitätskern – auf eine harte Probe gestellt wird, so war auch sozialdemokratische Politik jahrelang selbst und allzu oft daran beteiligt, dass ökonomische Ungleichgewichte, Prekarisierung und die Verunsicherung in unserer Gesellschaft zugenommen haben.

Wir müssen konstatieren: Die hausgemachte Finanzkrise begann in Deutschland spätestens zum Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Seitdem wurde und wird – unter allen politischen Farben – am Steuersystem herumlaboriert. Hinter den Überschriften der Förderung europäischer oder gar weltweiten Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, der Vereinfachung oder Entschlackung verbargen sich immer wieder nur wohlfeile Begründungen für das süße Gift von Entlastungen auf breiter Front.

## Bröckelrepublik Deutschland

Seit dieser Zeit lebt Deutschland unter seinen Verhältnissen, schnallt den Gürtel so eng,

dass kaum noch Luft zum Atmen bleibt, und kürzt sich künstlich arm – um Investitionen, Modernisierung, Angestellte im öffentlichen Dienst und Löhne. Die Investitionslücke ist riesig – fast 100 Milliarden Euro jährlich.<sup>1</sup> Denn die auf den ersten Blick für viele bestechende Logik des „Steuern senken, Wachstum rauf, Staatseinnahmen rauf“ zerbröckelte im Realitätstest wie heute unsere Schulen, Jugendclubs und Straßen. Das Land hat sich – im wahrsten Sinne des Wortes – kaputtgespart. Die Wahrheit ist: „Steuern runter, Schulden rauf.“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 mit ihren bis heute andauernden Schockwellen kann deshalb allenfalls als Brandbeschleuniger denn als Brandursache herhalten. Sie ist damit auch keine Entschuldigung für eine marktliberale Ideologie und ihr folgender politischer Fehlentscheidungen, deren Sirenengesang viel zu lange das politische Konzert in Deutschland bestimmt hat. Der Ruf „Markt ist sexy!“ hat den Staat arm gemacht.

Die Erosion der öffentlichen Finanzen begann hierzulande weit früher, auf allen staatlichen Ebenen, dauert bis heute an und wird auch so weiter gehen, wenn wir nicht endlich umsteuern.

## Von der Finanzkrise zur Demokratiekrise

Klar ist: Diese deutsche Finanzkrise ist längst schon auch eine Gerechtigkeitskrise. Denn im gleichen Zuge, wie die Verschuldung aller staatlichen Ebenen auf fast zwei Billionen Euro wuchs, konnten Gutverdienende und Vermögende ihren Reichtum weiter ausbauen.

<sup>1</sup> Achim Truger/Dieter Teichmann in: Zur Reform des Einkommenssteuertarifs. Ein Reader der parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, 2011, S. 21.

Die Verteilung des Vermögens hat im Deutschland der letzten Jahre wie in keinem anderen OECD-Land an Ungleichheit zugenommen.<sup>2</sup> Auch bei der Spreizung der Einkommen gibt es ein ähnliches Bild: Einerseits sind die Gehälter der Gutverdiener überdurchschnittlich gestiegen, andererseits wurden Normalverdiener von der ohnehin schwachen allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt und vielfach sogar auf Niedriglohn gesetzt. Und: Die Arbeit mit dem Kopf und den Händen wird hierzulande um 17 Prozentpunkte höher belastet als die des Faktors Kapital; wie die Vermögensbesteuerung in Deutschland grundsätzlich unterentwickelt ist.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Doch auch die Menschen spüren landauf, landab, dass etwas faul ist im Lande: Dass die Lasten unfair und Chancen ungleich verteilt sind, dass sich manche auf Kosten anderer bereichern, dass nicht Profitmaximierung der einzige Anspruch von Unternehmen sein kann. Das ist kein diffuses Gefühl, keine Nabelschau, schon gar keine Missgunst oder Sozialneid. Sie erleben Deutschlands ganz alltägliche Ungerechtigkeit real.

Unterschätzen wir das nicht: Die Gerechtigkeitskrise wird schnell zur Vertrauenskrise in unserem Gemeinwesen und damit zur Krise des demokratischen System insgesamt, wenn Politik nicht einmal mehr den Anspruch hat, die offensichtlichen Fehlentwicklungen anzupacken und zu entschärfen.

Über die Notwendigkeit einer umfassenden Regulierung des Finanzmarktes bestand vor nicht allzu langer Zeit weitgehend Einigkeit. Selbst die Branche hatte – zumindest teil- und zeitweise – erkannt, dass es auch in ihrem ureigenen Interesse liegen sollte dafür zu sorgen, dass sich nicht Risiken auf Risiken türmen dürfen.

Mittlerweile ist diese späte Einsicht einem beschämenden „business as usual“ gewichen. Schon die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gilt als großer Regulierungserfolg und wer ursprünglich die Vision vom „*making banking boring*“<sup>3</sup> beschrieb, dem darf heute schon wieder gesagt werden, er solle doch lieber zum Arzt gehen.

Auch über die Notwendigkeit einer Re-Finanzierung unseres Gemeinwesens besteht längst kein Konsens: Statt dessen übt sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition mit ihren Vorschlägen zu weiteren Steuersenkungen – wohlgermerkt trotz einer Neuverschuldung des Bundes im Jahr 2011 von allein 30 Milliarden Euro - weiter in „steuerpolitischen Tagträumereien“.<sup>4</sup>

### Eckpunkte eines sozialdemokratischen Steuerkonzeptes

Wollen wir als Sozialdemokraten unser Gemeinwesen stärken, unser Land ökologisch modernisieren, öffentliche und private Investitionen stärken und den Wohlfahrtsstaat endlich hinreichend finanzieren, muss die Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte verbessert werden.

Wollen wir nicht, dass uns die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden – auch und besonders angesichts der Vorgaben der grundgesetzlichen Schuldenbremse – zur Handlungsunfähigkeit verdammt, müssen wir das Steueraufkommen erhöhen.

Die Einkommenssteuer als direkte Steuer ist die aufkommensstärkste Einnahmequelle der öffentlichen Hand in Deutschland. Sie ist nicht nur deshalb das effektivste Mittel im Steuersystem, um der immer größeren Ungleichheit von Markteinkommen zu begegnen und über die

2 Ebenda.

3 Paul Krugman in: New York Times vom 4.10.2009. <http://www.nytimes.com/2009/04/10/opinion/10krugman.html>.

4 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/2011, S. 210.

Umverteilung der Primäreinkommen einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Deshalb brauchen wir die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro für Eheleute. Zu einem modernen und gerechten Steuerkonzept gehört aber auch die Beibehaltung der sogenannten „Reichensteuer“, also dem dreiprozentigen Aufschlag auf den Spitzensteuersatz für zu versteuernde Einkommen ab 150.000 Euro bei Singles bzw. 300.000 Euro bei Eheleuten.

Lassen wir uns nicht aufs Glatteis führen: Diese Erhöhung wird nicht große Teile der Arbeitnehmermitte – insbesondere die Facharbeiterinnen und Facharbeiter – belasten, sondern diejenigen wenigen, die sich in den letzten Jahren mehr und mehr aus ihrer finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen zurückgezogen haben. Tatsächlich erreichen nur gut fünf Prozent der Steuerpflichtigen den Einkommensbereich des Spitzensteuersatzes.<sup>5</sup>

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Je progressiver unser Steuersystem insgesamt ausgestaltet ist, desto eher können wir diesem – eigentlich selbstverständlichen – Anspruch genügen. Deshalb ist es notwendig, die Abgeltungssteuer in die synthetische Einkommensbesteuerung zurückzuführen. Auch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer und die am Verkehrswert der Immobilien und Grundstücke ausgerichtete Grundsteuer sind zentrale Elemente moderner sozialdemokratischer Steuerpolitik.

Im Übrigen gilt, – wollen wir uns selbst treu bleiben – dass wir mittelfristig untere und mittlere Einkommensgruppen durch eine Senkung der derzeit regressiv wirkenden Sozialversicherungsbeiträge entlasten müssen.

<sup>5</sup> Lohn- und Einkommensstatistik des Statistischen Bundesamtes 2004, eigene Berechnungen.

## Steuererhöhungspartei SPD?

Fürchten wir uns bei all dem nicht vor der Debatte um die „Steuererhöhungspartei SPD“! Eine gute Steuerpolitik muss eine permanente Anpassungsleistung an sich ändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Anforderungen erbringen, um ihre vielfältigen Ziele erfüllen zu können. Eine fundamentale Zielstellung von Steuerpolitik ist die richtige Verteilung von Mitteln zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand zu organisieren, um die staatliche Aufgabenpolitik auskömmlich und effizient zu finanzieren. Dazu kann es in Abhängigkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen notwendig sein, Steuern zu erhöhen, zu senken oder aufkommensneutral umzugestalten. Steuern erhöhen ist kein Selbstzweck, aber all jene, die angesichts der Herausforderungen dieser Zeit für die öffentliche Hand anderes behaupten, handeln gegen jede steuerpolitische Vernunft. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Die parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion hat das mit ihrem Steuerkonzept<sup>6</sup> getan, dessen Eckpunkte hier nur skizziert sind.

Das „Jahrzehnt der Entstaatlichung“<sup>7</sup> in Deutschland ist vorbei. Das ist die Herausforderung der nächsten Zeit: Die Wiederherstellung einer gerechteren Gesellschaft in einem handlungsfähigen Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben es in der Hand. ■

⇒ Dr. Carsten Sieling ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Finanzausschusses.

<sup>6</sup> Gerechtigkeit, leistungsstarker Staat, nachhaltiges Wachstum – Position der Parlamentarischen Linken zur Steuerpolitik, 4/2011. [http://www.parlamentarische-linke.de/fileadmin/Texte/2011/Steuerthesen\\_end\\_13\\_04.pdf](http://www.parlamentarische-linke.de/fileadmin/Texte/2011/Steuerthesen_end_13_04.pdf). Ihre Vorschläge decken sich damit erfreulicherweise weitestgehend auch mit dem kürzlich vorgestellten Papier des SPD-Parteivorstandes, das Teil des Leitanspruchs für den kommenden Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 ist. Noch direkter finden sich die Vorschläge der parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion im finanz- und steuerpolitischen Konzept der Bremer SPD, das als eigener Antrag ebenfalls auf dem Bundesparteitag diskutiert werden wird. [http://www.spd-land-bremen.de/uploads/media/Beschluesse\\_und\\_Ueberweisungen\\_Landesparteitag\\_28-09-2011.pdf](http://www.spd-land-bremen.de/uploads/media/Beschluesse_und_Ueberweisungen_Landesparteitag_28-09-2011.pdf). S. 4-21.

<sup>7</sup> Peter Bofinger, in: WSI-Mitteilungen, 7/2008, S. 351-357.



## Kinderspiel Kapitalismus: Occupy Backwarenabteilung!

von Tom Strohschneider

„Wenn Marx das noch erlebt hätte!“, ruft mein Nachbar und schwenkt drohend eine pralle Einkaufstüte durch das Treppenhaus. Und während ich noch über einen Fluchtplan nachdenke, präsentiert er Lebkuchen als Beweisstück: „Im Spätsommer!“

Und? So ist das nun einmal, rekapituliere ich schweigend einen großen ersten Satz der Weltliteratur: Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine „ungeheure Warensammlung“. Wenn also mein Nachbar in Sandalen bei 25 Grad Christstollen einkaufen kann, wird es so schlecht um Deutschland nicht stehen. Trotz Merkel, Eurokrise und dem ganzen Kladderadatsch.

Meinen Nachbarn kann man damit nicht überzeugen. Sein Leiden an einer Welt, in der Männer mit kurzen Hosen Einkaufswagen mit Spekulatius schieben, verdichtet sich augenblicklich zu einer Fidel-Castro-Gedächtnisansprache über den Terror des Konsums. Und selbstverständlich geht mein Nachbar nicht unvorbereitet in den Supermarkt. Und schon gar nicht ins Treppenhaus. „Jeder Deutsche vernascht im Jahr knapp 7,5 Kilogramm Kekse“, beteiligt er mich an seinem unerschöpflichen Schatz unnützen Wissens. „Knapp zwei Milliarden Euro werden dafür ausgegeben.“ Und wieder pendelt die Packung mit den Lebkuchen drohend vor meinem Gesicht.

Pff. Zwei Milliarden, was ist das schon? Oder ist mir vor lauter Bankenrettungsschirmen einfach nur das Maß abhanden gekommen? Ist es sogar ungerecht, nachbarschaftliche Empörung über den falschen Verkaufszeitpunkt von Keksen als Krümelei abzutun?

„Die Händler stellen die Ware ja nur auf, wenn auch eine Nachfrage besteht“, behauptet die Industrie. 70 Prozent der Deutschen wollen Weihnachtsartikel frühestens im November in den Auslagen sehen, sagen die Demoskopen. So ist er, der Kapitalismus mit seinen Widersprüchen: Hier empörte Kunden hinter Barrikaden aus verfrühten Zimtsternen, dort die trickreiche Propaganda der Nikolaus-Profiteure. Und irgendwer muss es ja schließlich anprangern, wenn die Pfeffernuss-Lobbyisten all die Stollen, Domino-Steine und Plätzchen neuerdings als „Herbstsortiment“ bezeichnen. „Die Weihnachtsware kommt später“, heißt es beim Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie. Schon jetzt werde auf den Verpackungen längst auf andere Optik gesetzt: „Das hat jetzt vielmehr herbstlich-festlichen Charakter.“

Wenn das so weitergeht, kommen die Schokoladen-Osterhasen bald im Dezember ins Regal. Und der Christstollen heißt dann Sommerfladen. Aber so lange wartet mein Nachbar nicht. Er und die anderen Gegner des Libum praecox werden bald merken, dass die Kekse, die sie eigentlich jetzt gar nicht kaufen wollen, auch noch teurer geworden sind. Wegen der anziehenden Rohstoffpreise, Börse und so.

Kann man Spekulatius regulieren? Nicht ohne außerparlamentarische Bewegung, sagt mein Nachbar. Er will jetzt einen Aufruf bei Facebook veröffentlichen und zu einer Demonstration aufrufen: Occupy Backwarenabteilung! ■

↳ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Wochenzeitung Der Freitag.

## Eine Schuldenbremse für Europa?

von Arne Heise



Die Haushaltslage einiger Ländern in der Europäischen (Währungs-)Union wird zum wirtschaftspolitischen Dauerthema: Nachdem Griechenland im Oktober 2009 im Gefolge der Weltfinanzkrise sein Haushaltsdefizit deutlich nach oben korrigieren musste und darauf von den (amerikanischen) Ratingagenturen in der Risikobewertung deutlich herabgestuft wurde, stiegen die Zinsen, die die griechische Regierung an ihre Gläubiger zahlen musste, dramatisch bis auf das etwa 8-fache des Zinssatzes deutscher Staatschuldentitel an. Seither ist es nicht mehr gelungen, die Verunsicherung und Spekulation gegen einen Staatsbankrott Griechenlands und weiterer EU-Staaten so einzudämmen, dass sich diese Staaten – gelegentlich verächtlich auch PIIGS<sup>1</sup> genannt – ohne Hilfe der EU zu vernünftigen Zinssätzen an den internationalen Kapitalmärkten verschulden können. Alle eingeleiteten Maßnahmen – zunächst bilaterale Hilfsmaßnahmen, dann ein temporär eingerichteter Europäischer Finanzstabilisierungsfonds (EFSF) und schließlich, ab 2013, der dauerhaft zu institutionalisierende Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) – konnten die Märkte insofern nicht beruhigen, als das Beistandsbekenntnis dieser Maßnahmen allzu sehr an Bedingungen und Vorbehalte (von nationalen Parlamenten, die grundsätzlich ihre Zustimmung versagen können) geknüpft und jeweils, kaum nachdem eine Maßnahme erfolgreich beschlossen war, in ihrem Sicherungsvolumen als nicht ausreichend dimensioniert hinterfragt wurde.

Um eine solche Situation in Zukunft zu verhindern und möglichst den Konsolidierungsdruck auf die nationalen Regierungen zu erhöhen und dauerhaft aufrechtzuerhalten,

wird von konservativ-liberalen Interessenvertretern (z.B. dem Bundesaußenminister Westerwelle, aber auch der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und dem Institut der deutschen Wirtschaft), aber auch dem französischen Präsidenten Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel gefordert, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild EU-weit einzuführen. Hinter diesem Vorschlag steckt einerseits die Schuldzuweisung, die Regierungen einiger EU-Mitgliedsstaaten seien politisch nicht willens, die notwendige Haushaltssolidität aufzubringen und benötigten deshalb äußere Daumenschrauben („Tying one’s hands“). Andererseits steckt aber auch das Postulat des ökonomischen Mainstreams dahinter, ein ausgeglichener Haushalt wäre Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen einer Volkswirtschaft.

### Die deutsche Schuldenbremse

2009 wurde nach langer, kontroverser Diskussion in der Bundesrepublik beschlossen, die Art. 109 und 115 des Grundgesetzes, die die Verschuldungsmöglichkeit der öffentlichen Haushalte regeln, zu ändern. Die bisherige ‚golden rule‘ Regelung (strukturelle Neuverschuldung nur bis zur Höhe öffentlicher Investitionen) wurde durch eine sanktionsbewährte ‚Null-Defizit‘-Regelung (dem Bundeshaushalt sind ab 2016 max. 0,35 Prozent des BIP erlaubt, die Länder dürfen ab 2020 keinerlei strukturelles Defizit in ihren Haushalten zulassen) ersetzt. Damit sollen die Regierungen gezwungen werden, ihre strukturellen Ausgaben vollständig durch Steuereinnahmen zu decken – was vor dem Hintergrund der seit Jahrzehnten leicht rückläufigen Steuer- und Abgabenquote natürlich vor allem die Staatsausgaben unter Druck setzen wird. Ähnliche Schuldenbremsen mit Verfassungsrang gibt es bereits in ei-

<sup>1</sup> PIIGS steht für Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

nigen anderen EU-Ländern (z.B. Spanien, Polen, Ungarn), in den meisten EU-Ländern aber genießen die Haushalts- und Verschuldungsregeln keinen Verfassungsrang und werden deshalb als weniger bindend betrachtet.

Bevor wir kurz erörtern wollen, ob nationale Schuldenregeln mit Verfassungsrang sinnvoll sind, wenn es doch mit dem EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt (ESWP) bereits verbindliche und sanktionsbewährte haushaltspolitische Governance-Regeln gibt, soll vorher nach der ökonomischen Wirkungsweise von Schuldenbremsen gefragt werden. Obwohl die Datenlage äußerst beschränkt ist, wird zumindest von den Befürwortern von Schuldenbremsen ein Defizit begrenzender Effekt ausgemacht – ganz im Sinne der ‚tying one’s hands‘-Behauptung. Mindestens ebenso wichtig wäre die Frage nach den Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Entwicklung. Dabei müsste man zwischen kurzfristigen und langfristigen Effekten unterscheiden. Kurzfristig scheint es wenig umstritten, dass restriktive finanzpolitische Maßnahmen – zumal wenn sie in einem Umfeld allgemeiner Haushaltskonsolidierung durchgeführt werden – konjunkturelle Beeinträchtigungen erwarten lassen. Die Langfristauswirkungen sind hingegen umstritten. Die *Mainstream*-Position hält ein Verdrängen effizienterer privater Ausgaben durch staatliche Verschuldung („Crowding-out“) für unvermeidlich, keynesianische Positionen verweisen eher auf die Komplementarität zumindest von staatlichen, kreditfinanzierten Investitionen und privaten Ausgaben – jedenfalls solange die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik nicht in Frage steht. In diesem Falle wären Verschuldungsregeln doppelt sinnvoll, weil sie gleichermaßen eine zu restriktive wie eine zu expansive Finanzpolitik verhindern sollen. Allerdings wäre nicht das ‚Null-Defizit‘ als finanzpolitische Eichlinie zu befürworten, sondern eine wachstumsoptimale (strukturelle) Neuverschuldung zwischen 2 – 4 Prozent des BIP, die nach der

‚golden-rule‘-Regel investiv verausgabt werden müsste.

## ESWP und nationale Schuldenbremse?

Die Befürworter der nationalen Schuldenbremse ignorieren die potentiellen Wachstumsgefährdungen durch übermäßig restriktive Finanzpolitik und suggerieren eine maßlose Ausgabenwut unsolider öffentlicher Haushälter, die sich auch durch eine supranationale Regulierung wie den ESWP nicht hinreichend bremsen lasse, wenn spätere Hilfsmaßnahmen der EU erwartet werden können – deshalb müssten sich diese Länder durch eigene konstitutionelle Schranken bescheiden. Tatsächlich aber hat der ESWP durchaus zu einer deutlichen finanzpolitischen Restriktion in den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) geführt und die jüngste Verschärfung des ESWP (schnellere Sanktionierung, schärfere Kontrolle in der Prävention) soll die bisherige Flexibilität des ESWP in einem Maße einschränken, dass eine nationale Schuldenbremse überflüssig erscheint. Insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Risiken einer starren ‚Null-Defizit‘-Regel ist bereits diese Verschärfung äußerst kritisch zu betrachten, eine nationale Schuldenbremse nach deutschem Vorbild ist mindestens unnützlich, wenn nicht gar schädlich. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

## Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

# 0,7

### Prognose vs. Politik

**0,7** Prozent, 0,8 oder ein Prozent Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr – darüber streiten die Experten. Die Bundesregierung hat mit ihrer Schätzung von einem Prozent die Prognosen der Wirtschaftsinstitute (0,7 Prozent IMK; Gemeinschaftsdiagnose 0,8 Prozent) übertroffen. Damit will sie signalisieren, dass Ängste vor einem Konjunkturabschwung unbegründet seien.

Der Bundeswirtschaftsminister begründet diesen Optimismus mit einer stabilen Binnennachfrage, da aufgrund der anhaltend positiven Dynamik auf dem Arbeitsmarkt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,9 Prozent im Jahr 2012 stiegen. Unbeantwortet bleibt jedoch, mit welchen Mitteln die Bundesregierung fiskal-, wirtschafts- und beschäftigungspolitisch eine solche Dynamik unterstützen und fördern möchte.

Denn die Wirtschaftsinstitute kommen zu ihren schwächeren Wachstumsprognosen, da sie dämpfende Wirkung der nachlassenden Weltkonjunktur, der Eurokrise sowie der schlechten Verfassung der öffentlichen Haushalte stärker einschätzen als die Bundesregierung.

Dabei sehen die Institute insbesondere Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung durch die Schuldenkrise in Europa, für die kein Ende in Sicht ist. Die Krise des Euroraums schwächt dabei die Exportdynamik in Deutschland, sodass der Absatz deutscher Erzeugnisse im Euroraum kaum wachsen wird. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung warnt zudem explizit

vor den Folgen eines möglichen Schuldenschnitts, wie er nach dem Treffen der europäischen Finanzminister immer wahrscheinlicher zu werden scheint.

Des Weiteren werden in vielen Ländern die Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen dämpfend auf die Konjunktur wirken. Dabei fürchten die Wirtschaftsinstitute für Deutschland einen inländischen Preisdruck, der durch das Staatssparen forciert wird. So ist zu erwarten, dass Kommunen vielfach Gebühren erhöhen, um ihre Haushalte zu konsolidieren. Wird der fiskalische Spielraum durch Steuersenkungen zudem weiter verengt, die Sozialkassen durch ein Absenken der Sozialversicherungsbeiträge geschmälert, könnte im Falle einer weiteren Verschlechterung der Konjunktur diese nicht durch gezielte Nachfrageimpulse wie in der vergangenen großen Rezession aufgefangen werden.

Statt mit Prognosen Politik zu betreiben, sollte die Politik lieber ihrer wirtschafts- und fiskalpolitischen Verantwortung Rechnung tragen. Denn Prognosen beinhalten Verhaltensannahmen. Doch mit ihrem Zickzack-Kurs trägt die Bundesregierung selbst zur weiteren Unsicherheit der Märkte bei: Fehlende Stringenz in der Bekämpfung der Eurokrise, Streit um Steuersenkung sowie eine immer noch fehlende Regulierungen der Finanzmärkte haben die Chance auf einen stabilen und nachhaltigen Aufschwung verspielt. Am vordringlichsten erscheint dabei die Lösung der Eurokrise. Denn wenn die Politik nicht entsprechend handelt, bleiben alle positiveren Prognosen, die die Bundesregierung verbreitet, Kaffeesatzleserei. ■

☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung und ist Mitglied der spw-Redaktion.

## Restrisiko

von Marco Bülow

Foto: www.fotolia.com, © ullrich



Im Sommer dieses Jahres wollte die Kanzlerin das unleidige Atomthema unbedingt aus den Schlagzeilen bekommen. Die Gesetzespakete zur Energiepolitik wurden auch deshalb im Eiltempo noch vor der Sommerpause durch den Bundestag gepeitscht. Trotz unnötiger Hetze und inhaltlicher Bedenken wurde der große „Konsens“ in der Atompolitik gefeiert. Bei aller Freude, darf aber nicht übersehen werden, wie undemokratisch wichtige Themen wie die Atomfrage mittlerweile am Parlament vorbei entschieden werden und dass die Energiewende noch ganz am Anfang steht. Die Wochen nach der Sommerpause zeigen zudem, dass auch die aktuellen Entscheidungen Angela Merkel keine Atempause verschaffen. In der Euro-Krise hat sie die Regierungsfractionen erneut nur mit Druck und nicht durch Überzeugung mühevoll hinter sich gebracht.

### Der dreifache Atomdeal als Paradebeispiel

Im Frühjahr 2000 einigte sich der damalige Kanzler Schröder mit den Bossen der vier großen deutschen Energieversorger. Endlich schien der Atomausstieg besiegelt. Eine Zäsur, die aber nur mit erheblichen Zugeständnissen an die Atomkonzerne erreicht wurde. Dennoch war dieser Konsens eine Kehrtwende in der Energiepolitik und er ermöglichte es den Erneuerbaren Energien sich zu etablieren.

Zehn Jahre später – im Herbst 2010 – beschloss die neue Bundestagsmehrheit aus Union und FDP dann die Kehrtwende in der Atompolitik und verlängerte die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke. Die Regierungsfractionen redeten sich in einen euphorischen Rausch, die sonst eher sachlich unterkühlte Kanzlerin sprach gar von einer „Energiewende für die Energieversorgung, die bis 2050 trägt“. Häme und Spott gab es für die Gegner der Atomenergie. Umweltminister Röttgen nannte seine Amtsvorgänger Gabriel und Trittin „Verantwortungsverweigerer“ und „energiepolitische Blindgänger“. Bei den Atomkonzernen herrschte Champagnerstimmung, ihre Lobbyarbeit trug endlich Früchte. Die neue Regierung feierte mit. Die Parlamentarier von Union und FDP stimmten bei der Änderung des Atomgesetzes gehorsam mit Ja, obwohl sie wussten, wie undemokratisch die Vorlage entstand und durchgesetzt wurde.

Im Frühjahr 2011, kein halbes Jahr nach der Entscheidung zur Laufzeitverlängerung, bereitete die Kanzlerin mit dem Atomministerium die Wende von der Wende in der Atompolitik vor. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde zum GAU für ihre bisherige Energiepolitik. Acht AKW wurden stillgelegt und bis 2022 sollen dann die letzten Anlagen vom Netz. Vielen Politikern von Union und FDP ging dies viel zu schnell, andere konnten

ihre Reden nicht schnell genug völlig auf den Kopf stellen. Einwände wurden von der Regierung nicht akzeptiert. Zwei unlegitimierte Kommissionen lieferten die Vorlagen für die Gesetze, die in den zuständigen Ausschüssen nicht mal anständig diskutiert werden konnten. In wenigen Tagen sollten die Abgeordneten 1000 Seiten Text zu 14 Einzelgesetzen und Stellungnahmen durcharbeiten und darüber abstimmen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Sebastian Körber twitterte: „Habe gerade über 350 Seiten Papiere auf dem Schreibtisch zur Energiewende und dafür 1,5 Stunden Zeit bis zur Fraktionssitzung.“

Auch der Opposition fiel es schwer, ihre Position zu finden. Einerseits gab es endlich die Chance den Ausstieg endgültig zu besiegeln. Andererseits hätte es sicher schneller gehen können, es fehlte die Unumkehrbarkeit der Beschlüsse und man befürchtete Klagen der Betreiber und damit milliardenschwere Schadensersatzforderungen. Ein Dilemma. Am Ende entscheiden auch dort nicht die inhaltlichen Argumente, sondern die Angst, den Wählern ein Nein nicht erklären zu können.

Ergebnis: Das politische Restrisiko wird von Regierung und Opposition in Kauf genommen. Am Ende haben – trotz bleibender Bedenken und langer Diskussionen – auch die meisten Parlamentarier aus der Opposition für das Atompaket gestimmt. Die Abgeordneten der Regierungsfractionen hätten auch gerne diskutiert, aber sie durften nicht. Dass sie trotz konträrer Ansichten zustimmten, kann man nicht mehr mit Disziplin verwechseln, sondern nur noch puren Fraktionszwang nennen. Ein weiteres Resultat ist, dass die Diskussion über die Zukunft unserer Energieversorgung wieder in den Hintergrund geraten ist. Obwohl wir erst am Anfang der Energiewende stehen und der Atomausstieg allein uns nicht in ein Erneuerbares Energiezeitalter bringen wird, hat die Regierung Kürzungen im Bereich der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien vorgenommen.

## Das gehetzte Parlament

Der dreifache Atomdeal zeigt, wie Politik funktioniert und wie wenig das Parlament bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielt. Meistens geben einige wenige Führungspolitiker in Absprache mit mächtigen Lobbyisten die Richtung vor, die dann von der Regierungsmehrheit im Parlament abgenickt wird. Sollte es mal anders laufen, heißt dies noch lange nicht, dass dann die Stunde des Parlaments schlägt. Vor allem die schnelle Abfolge von umfangreichen Gesetzesvorlagen und die Zeitnot überfordern die Abgeordneten.

Der geschilderte Atomdeal ist kein Einzelfall. Immer häufiger werden wir Abgeordnete mit weitreichenden Entscheidungen konfrontiert, die wir selbst mit bestem Willen in so kurzen Zeiträumen nicht durchblicken können. Die Euro-Rettungsschirme sind das beste Beispiel hierfür. Hier entscheiden wir über Geldsummen, die keiner von uns erfassen kann. Ausreichende Beratungszeit über die unzähligen Vorlagen aus Brüssel, gibt es ebenfalls nicht. Auch die Fachexperten der eigenen Fraktion – auf die man sich häufig verlassen muss – sind ab einem bestimmten Punkt überfordert. Wer weiß schon ganz genau, welche Wirkung die zahlreichen Rettungspakete für die Banken und die EU am Ende haben werden?

Die Krönung bei den jüngsten Entscheidungen zum zeitweiligen Rettungsschirm EFSF war, dass die Regierung vom Parlament einforderte, künftige Aufstockungen nicht mehr im Bundestag zur Abstimmung zu stellen. Der Einspruch der SPD führte immerhin dazu, dass jetzt der Vertreter der Bundesregierung im EFSF einer Aufstockung nur dann zustimmen darf, wenn das Parlament zuvor einen zustimmenden Beschluss gefasst hat. Bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit soll ein Unterausschuss des Haushaltsausschusses entscheiden, dem neun Mitglieder aus allen Fraktionen angehören sollen. Dennoch reicht diese Regelung nicht aus, vor allem wenn man

bedenkt, dass wir zusätzlich immer wieder Gesetze beschließen, bei denen wir die Regierung ermächtigen, in Zukunft alleine die Entscheidung zu treffen. Die Abgeordneten geben ihre eigenen Einflussmöglichkeiten zu oft ohne Not auf. Auch Schuldenbremsen und andere Selbstregulierungen engen den Handlungsspielraum weiter ein, so dass man sich fragt, welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten zukünftige Politikergenerationen überhaupt noch haben.

## Realitäten eingestehen und gegensteuern

Auch der Alltag führt viele Abgeordnete und ihre Büros an ihre Grenzen. Im Zeitalter von E-Mail und sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter nehmen Anfragen an die Volksvertreter stetig zu. Das ist begrüßenswert, führt aber zusammen mit der sonstigen Post zu nicht selten 200 Anfragen wöchentlich, die nicht Müll landen, sondern bearbeitet werden müssen. Dazu kommen dann die wachsenden Papierstapel, die zwangsläufig immer häufiger auch von den Fachpolitikern ungelesen oder überflogen im Altpapier landen.

Von der steigende Nachfrage und dem Gesprächsbedarf von Verbänden, Vereinen und Unternehmen ganz zu schweigen. Selbst wenn man den wachsenden Einfluss von Lobbyisten auf die Politik ausblendet<sup>1</sup> bleibt die Tatsache, dass wir mit den Treffen und Gesprächen gar nicht mehr hinterherkommen und uns damit viel Zeit für die inhaltliche Arbeit verloren geht. Am Ende fällt meist die Lektüre von Studien und Papieren hinten herüber, weil diese sich nicht beschweren, dass man sich nicht mit ihnen beschäftigt. Ich habe mich im Bundestag zeitweise wie in einem Hamsterrad gefühlt, welches sich immer schneller dreht, je mehr ich versuche effizienter zu arbeiten.

Was ist die Konsequenz? Die politische Mitgestaltung wird immer schwieriger. Der eigentliche Anspruch, dass der Bundestag „die zentrale Rolle im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess“ einnehmen sollte, hört sich schon fast wie ein schlechter Witz an. Wann gestehen wir uns endlich ein, dass wir an Einfluss verlieren und dass wir zunehmend überfordert sind?

Nur nach dem Eingeständnis, dass da etwas falsch läuft, wird es eine Offenheit zum konkreten Handeln geben. Nur dann können wir versuchen unseren Arbeitsalltag etwas zu entschleunigen, wieder mehr inhaltlich arbeiten, unsere Lobbytermine regulieren, den Mut haben das Mitarbeiterbudget zu erhöhen, den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages auszuweiten.<sup>2</sup>

Immerhin ist die Debatte im Parlament angelangt. Die SPD-Arbeitsgruppe Demokratie hat unter der Leitung von Hans-Peter Bartels das sehr gute Papier „Demokratie erneuern, Demokratie leben“ mit zahlreichen Vorschlägen vorgelegt, welches eine gute Grundlage für eine umfassende Debatte bietet.<sup>3</sup> Selbst der Bundespräsident Christian Wulff und der Bundestagspräsident Norbert Lammert haben dazu erste deutliche Aussagen gemacht. Auch bei den Mainstream-Medien kommt das Thema langsam an. Das ZDF brachte im Sommer in der Sendung Berlin direkt einen sehr anschaulichen Beitrag mit dem Titel „Die große Hast“. Fazit des Journalisten: „Es ist das Parlament selbst, dass sich hier entmachtet.“ Wie Recht er hat. Thomas Hanke forderte im Handelsblatt im April 2011 folgerichtig: „Steht auf, wenn ihr freie Abgeordnete seid.“ Damit sollten wir endlich beginnen. Allerdings dürfen wir uns dafür nicht wirklich viel Zeit lassen. Das Restrisiko könnte sonst schnell zu einer realen Bedrohung werden. ■

☞ Marco Bülow ist Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

1 Zum Thema Lobbyismus gibt es natürlich einiges anzumerken, was andere und ich selbst aber anderer Stelle häufig getan haben. Siehe dazu z.B. meinen Text „Die Lobby-Republik“ [http://www.marco-buelow.de/fileadmin/uploads/PDFs/Sonstiges/Marco\\_Buelow\\_Die\\_Lobby-Republik.pdf](http://www.marco-buelow.de/fileadmin/uploads/PDFs/Sonstiges/Marco_Buelow_Die_Lobby-Republik.pdf)

2 mehr dazu in meinem Text „Abnicker 2.0“ [http://www.marco-buelow.de/fileadmin/uploads/PDFs/Eigene\\_Texte/Tacheles/Marco\\_Buelow\\_Abnicker\\_2.0.pdf](http://www.marco-buelow.de/fileadmin/uploads/PDFs/Eigene_Texte/Tacheles/Marco_Buelow_Abnicker_2.0.pdf)  
3 siehe [http://www.marco-buelow.de/uploads/media/AG\\_Demokratie\\_-\\_Demokratie\\_erneuern\\_Demokratie\\_leben.pdf](http://www.marco-buelow.de/uploads/media/AG_Demokratie_-_Demokratie_erneuern_Demokratie_leben.pdf)

## Sammelrezension: Sozialdemokratische Reformdiskurse in Europa

von Michael Reschke und Thilo Scholle

Der Begriff des „Dritten Wegs“ wird in der politischen Debatte kaum noch genutzt. Zwar existieren innerhalb der SPD und ihres Umfelds nach wie vor Auseinandersetzungen um die programmatische Ausrichtung der Politik. In Zeiten von Finanz- und Eurokrise existieren jedoch so gut wie keine Wortmeldungen, die ein sozialdemokratisches Konzept noch mit dem Label „Dritter Weg“ versehen wollen. Bedenkt man, dass um die Jahrtausendwende Ansätze des „Dritten Wegs“ das Bild der Sozialdemokratie in Europa fast in allen Ländern prägte, so ist dieser jähe Abfall interessant zu beobachten.

Im von Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter herausgegebenen Buch „Genossen in der Krise?“ schauen die AutorenInnen auf die Entwicklung der jeweiligen sozialdemokratischen Partei in einigen europäischen Ländern sowie in Neuseeland und Australien. Bei allen nationalen Besonderheiten springt ein Ergebnis ins Auge: Projekte eines „Dritten Wegs“ sind in allen Ländern krachend gescheitert. Und dies letztlich nicht nur an der Wahlurne. Mehr noch sind die Parteien in ihren inneren Diskursen zerrüttet und eines großen Teils ihrer Diskursfähigkeit beraubt. Zudem hat sich die Vorstellung, bei Aufgabe alter WählerInnenmilieus und Gruppen dauerhaft neue und politisch relevantere Gruppen erschließend zu können als Tuschel erwiesen.

Ansonsten bleiben die sechzehn Beiträge im Band eher an der Oberfläche: Entwicklungen der Parteien werden beschrieben, bedingt durch die Kürze der Beiträge aber meist nur angerissen.

In Bezug auf den Zustand der SPD offenbaren die beiden Autoren des Beitrags eine gewisse Naivität, in dem sie zu kritiklos den Verlautbarungen des Parteivorstands folgen: In

Bezug auf den aktuellen Diskussionsprozess zur Parteireform heißt es u.a., es sei „im Frühsommer 2011 eine weitere Konferenz aller Unterbezirksvorsitzenden geplant. Diese soll dann eine Vorlage ausarbeiten, inwiefern und an welchen Stellen Satzungsänderungen als Konsequenz der parteiinternen Diskussionen nötig sind.“ Der tatsächliche Diskussionsprozess sah schließlich – kaum überraschend – anders aus. Interessant ist demgegenüber die Feststellung der Autoren, dass sich eine Volkspartei als Sammelbecken unterschiedlicher Milieus und Interessen nicht durch ständige Mehrheitsentscheidungen, beispielsweise durch Mitgliederbefragungen integrieren lasse, da dann wichtige Proporz- und Ausgleichsmöglichkeiten genommen würden.

Wie schwierig eine Einschätzung der aktuellen Lage der sozialdemokratischen Parteien ist, zeigt auch das Beispiel Polen: Dort beobachtete die Autorin Julia Walter in einem lesenswerten Beitrag in der Partei unter dem jungen Vorsitzenden Napieralski in den letzten Jahren einen vorsichtigen Erneuerungsprozess der SLD. An den Wahlurnen hat sich das in diesem Jahr nicht bezahlt gemacht, nach dem Rücktritt Napieralskis wird die Fraktion mittlerweile wieder vom ehemaligen Ministerpräsidenten Miller geführt.

Eine weitere Publikation zur Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie legt der Politikwissenschaftler Jan Turoswki mit seiner 2010 im VS Verlag veröffentlichten Dissertation „Sozialdemokratische Reformdiskurse“ vor. In dieser analysiert er die Reformdiskurse der sozialdemokratisch geführten Regierungen in Schweden, Großbritannien und Deutschland der 1990er- und 2000er Jahre. Seine Ausgangsthese lautet dabei, dass die entscheidende Machtressource öffentliche Diskurse darstellen, da sie es sind, über die öffentliche Zustimmung für poli-

**Turowski, Jan**



**Sozialdemokratische Reformdiskurse**

Wiesbaden 2010, VS Verlag,  
359 Seiten, 39,95 €

**Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz**



**Genossen in der Krise?  
Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand**

Göttingen 2011, Vandenhoeck & Ruprecht,  
302 Seiten, 19,95 €

**Sachs, Matthias**



**Sozialdemokratie im Wandel  
Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich**

Wiesbaden 2011, VS Verlag,  
381 Seiten, 39,95 €

tische Vorhaben und konkrete Reformprojekte und somit letztlich Durchsetzungsfähigkeit generiert werden kann. Reformdiskurse sind aber – zumindest wenn sie über Erfolgspotenzial verfügen sollen - nicht ahistorisch oder gar beliebig. Vielmehr müssen sie eingebettet sein in die als legitim erachteten gesellschaftlichen Gerechtigkeitsvorstellungen. Diese Diskursräume sind aber gleichwohl nicht starr, sondern potenziell dynamisch. Gelungene Reformdiskurse, das heißt politische Erzählungen, die anknüpfungsfähig sind an vorherrschende Gerechtigkeitsvorstellungen und Einzelpolitiken in einer übergeordneten Erzählung verbinden, können durchaus Diskursräume und -kontexte prägen und verschieben.

Anhand seiner drei Fälle Labour (UK), SAP (SWE) und der SPD fragt Turowski nach den Wesenskernen der jeweiligen Reformdiskurse und nach deren Passfähigkeit in die jeweiligen nationalen Diskurskontexte. Zumindest letzteres kann dem Diskurs der Labourparty nicht abgesprochen werden. Im konstatierten Typ eines liberal-konkurrenzorientierten Diskurskontextes Großbritanniens ist es der von Old zu New Labour gewandelten Partei unter der charismatischen Führung von Tony Blair tatsächlich gelungen eine programmatisch in sich stimmige Regierungspolitik und eine elektoral beispielelose Siegesserie zu realisieren. Der Diskurs-Kohärenz auf der einen steht aber auf der anderen Seite letztlich eine Verstärkung der Konkurrenzlogik in der britischen politischen Kultur gegenüber. Ironischerweise hat die „Dritte Weg“-Orientierung mit ihrer Markt- und Wettbewerbslogik zwar tatsächlich eine Vormachtstellung Labours zweitweise gesichert und den Diskursraum verschoben, dies jedoch nach rechts. Traditionelle Identitätsprojekte der Sozialdemokratie wie egalitätsorientierte Umverteilungsprojekte sind somit nach den Labour-Jahren umso mehr im Nachteil.

Als ebenfalls in sich stimmig erscheint der Diskurs der schwedischen SAP, der es im gleichheitsorientiert-konsensualen Diskurskontexts

Schweden tatsächlich gelungen ist, ohne Identitätsbrüche wie im britischen Fall (Old to New Labour) auszukommen, sondern vielmehr Kontinuitätslinien zu zeichnen. So konnten auch stärkere wettbewerbliche Elemente integriert werden in ein emanzipatorisch und solidarisch geleitetes Gesellschaftsbild.

Der Diskurs der deutschen Sozialdemokratie wiederum unterscheidet sich an zwei Stellen zentral vom britischen und schwedischen: er war nicht stimmig und nicht klar identifizierbar. Turowski spricht von einem „Zick-Zack-Kurs“ der SPD, der zweifach scheiterte: angesichts der Agenda 2010 und Sachzwang-Begründungen am Bruch mit dem eigenen Identitätskern und darüber hinaus an seiner fehlenden Stimmigkeit mit dem konsensual-fragmentierten Diskurskontext Deutschlands. Übergeordnete Erzählungen folgten wenn, dann nur nachholend, wie eben mit der Agenda 2010, und es fehlte ihnen an Glaubwürdigkeit und Orientierung. Anders als beispielsweise in Großbritannien entwickelte sich auch nie ein ernsthafter politischer Diskurs rund um das Theorem des „Dritten Wegs“. Versuche wie das „Schroder-Blair-Papier“ von 1999 seien halbherzig geblieben, und nicht ernsthaft Ausgangspunkt eines politischen Diskurses. Insgesamt sei daher eine Legitimation des deutschen „Dritten Wegs“ in der Öffentlichkeit nicht gelungen.

Insgesamt lohnt die Lektüre aus mindestens drei Gesichtspunkten heraus: Zum einen bietet sie eine in dieser vergleichenden und diskursanalytischen Form konkurrenzlose Aufarbeitung sozialdemokratischer Regierungsdiskurse an und zeigt Zusammenhänge zwischen konkreten Regierungspolitiken und dem Erlangen und Festigen gesellschaftlicher Hegemonie auf. Zum zweiten widerlegt sie eine Überlegenheit vermeintlich ideologiefreier an Pragmatismus orientierter Politiken. Und letztlich zeigt sie somit minutiös auf, dass übergeordnete politische Ideen, Erzählungen und Visionen nichts an ihrer Gültigkeit und Bedeutung verloren haben, ja dass sie, ange-

sichts komplexen Regierens, um so bedeutender sind, um Politik gestalten zu können.

Turowski hat damit einen sehr wichtigen Beitrag zur Analyse der aktuellen Entwicklungen in der europäischen Sozialdemokratie geliefert. Deutlich weniger nachhaltige Ergebnisse liefert demgegenüber die unter dem Titel „Sozialdemokratie im Wandel“ veröffentlichte Dissertation von Matthias Sachs. Der Autor möchte anhand der Entwicklung der Parteiprogramme von SPD, Labour und niederländischer PvdA die Neustrukturierung der Parteien verfolgen. Anders als Turowski folgt er dabei aber fasst ausschließlich den programmatischen Dokumenten der Parteien und den Veröffentlichungen führender Politiker. Dieses Vorgehen führt zu einigen Kurzschlüssen, etwa wenn als ein Grundanliegen des Dritten Weges eine stärkere Beteiligung der Bürger am politischen und gesellschaftlichen Geschehen assoziiert wird. Auch erscheint die Feststellung, mit dem „Konzept der Neuen Mitte“ sei eine eigene deutsche Version einer erneuerten Sozialdemokratie forciert worden, vor dem Hintergrund der Feststellungen aus den Büchern von Butzlaff und Co sowie Turowski nicht überzeugend.

So gibt es nach der Lektüre der genannten Bücher zumindest über die Idee des „Dritten Wegs“ eigentlich nichts mehr zu diskutieren. Spannend dürfte eher die Frage sein, in welchem Rahmen denn u.a. vor dem Hintergrund einer öffentlichen Debatte über Europa und die Finanzmärkte aktuelle sozialdemokratische Reformdiskurse zu platzieren sind. Aus Sicht der Parteilinken stellt sich die Frage, wie Argumentationslinien und politische Ansprache beschaffen sein müssen, um mit richtigen Forderungen wie der nach einer Re-Regulierung der Ökonomie oder einer gerechteren Verteilung gesellschaftlichen Reichtums auch öffentlich Gehör zu erhalten und eine tragfähige Mobilisierungsstrategie zu entwickeln. ■

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

## Sammelrezension:

# Chancen und Risiken der digitalen Gesellschaft

von Pascal Geißler

Dass durch die Digitalisierung und den immer größer werdenden Einfluss von modernen Informations- und Telekommunikationstechnologien ein gravierender gesellschaftlicher Umbruch eingeläutet wurde, ist mittlerweile zu einem Gemeinplatz in den Debatten aller politischen Lager und gesellschaftlichen Gruppen geworden. Wie dieser Wandel zu beurteilen ist, welche Konsequenzen er haben wird und wie man ihm individuell und politisch zu begegnen hat, ist hingegen eine der großen Debatten der vergangenen Monate. Diese Debatten werden längst nicht mehr nur von einer digitalen Elite geführt, sondern werden einem größeren Publikum durch intensiv beworbene Verlagspublikationen eröffnet. Die hier vorgestellten Werke sind aufgrund der Heterogenität der gesamten Diskussion sicher nicht repräsentativ, können aber durch ihre drei unterschiedlichen Schwerpunkte, Kultur, Technik und Politik sehr wohl als Querschnitt einer ganzen Reihe von Debatten verstanden werden.

### Digitalisierung ist Pop

Kai-Hinrich Renner – Medienjournalist beim Hamburger Abendblatt – und Tim Renner – Professor an der Pop-Akademie in Baden-Württemberg und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Universal Music Group Deutschland – bekennen sich mit ihrem Buch „ohne Wenn und Aber zur Digitalität“. „*Digital ist besser*“ ist das klare Bekenntnis zweier Brüder, die seit ihrer Jugend mit großer Begeisterung den Entwicklungen und Bewegungen der Popkultur folgen und in der Digitalisierung „die Fortsetzung der Popkultur mit anderen Mitteln“ sehen. Im Wechsel beschreiben die beiden Brüder ihre Haltung zur Digitalisierung und deren Entstehung in der eigenen Sozialisation zwischen einem Elternhaus, in dem „ein klassisches Bil-

dungsideal“ gelebt wurde und den eigenen Erkundungen der Kunst- und Kulturszene der 70er- und 80er-Jahre in Hamburg.

Ansatz des Buches ist die Frage, wie in den mit der Digitalisierung einsetzenden Prozessen und entstehenden Projekten das Verhältnis von Original und Kopie begriffen werden kann. Das Remixen von allen mögliche Inhalten, Musik, Bildern oder auch Texten generiert im Netz eben neue Inhalte – so wie das sampeln und mixen von Musikstücken konstitutiv für Popmusik ist. „Pop [...] ist eben gerade keine rein passive Beschäftigung. Bei ihm geht es ganz wesentlich um das Selbermachen, um Partizipation.“ Aus dieser These folgt für die Autoren, dass die Digitalisierung sich nur dem erschließt, „der auch etwas von Popkultur versteht“ und sich die Verfechter eines klassisch bürgerlichen Kulturbegriffs fast naturgemäß gegen die digitale Revolution stellen müssen. Diese Konflikte zeigen Renner und Renner dann auch in den einschlägigen Problemfeldern der Digitalisierung auf. Nachrichtenwesen und Journalismus oder Kino und Fernsehen sind unter dieser Prämisse gezwungen, nicht alte Pfründe zu verteidigen, sondern sich den Entwicklungen anzupassen und mit neuen Geschäftsmodellen für sich nutzbar zu machen. Für alle diese Bereiche gilt, „jeder Mediennutzer ist nun ein Medienproduzent“ und wenn „die Masse Medien macht, machen Massenmedien keinen Sinn“. Den Verfechtern einer hierarchisch und exklusiv organisierten Medienwelt bleibt hier nur eine Nische, in der sie um ihr Überleben kämpfen müssen. Das Plädoyer ist klar: Die Nutzer und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen und nicht mehr in den Kategorien von Großunternehmen zu denken ist der Weg, auf den die digitale Revolution die Gesellschaft bringen wird.

## Wer schützt die User?

Constanze Kurz und Frank Rieger nehmen in ihrer Rolle als Sprecher des Chaos Computer Clubs vor allem die Situation der Nutzerinnen und Nutzer in den Blick und widmen ihr Buch insbesondere den Gefahren, die aus der dauerhaften und immer umfassenderen Speicherung von persönliche Daten durch digitale Dienste entsteht. „Die Menge an digital gespeicherten Lebensäußerungen wächst weiter exponentiell, ein Ende ist nicht absehbar“ ist der Einstieg in detaillierte Ausführungen, auf welchen Wegen Unternehmen und Staat Daten sammeln. Dabei diagnostizieren die Autoren vor allem einen unfreiwilligen Unwillen der Nutzerinnen und Nutzer sich mit diesen Fragen zu befassen, weil sie von der Komplexität der Technik überfordert sind und durch diese Überforderung eine „Lähmung“ einsetzt.

Neben der Sammlung von Daten stehen für Kurz und Rieger die „algorithmischen Orakel“ im Mittelpunkt, mit denen die gesammelt und gespeicherten Daten gezielt ausgewertet werden, um damit noch weitere Daten zu sammeln. Die gesellschaftliche Relevanz dieser technischen Details wird deutlich, wenn daraus Scoring-Werte errechnet werden, die nicht nur über die Zahlungswilligkeit von Versandkunden Auskunft geben, sondern z.B. auch die potentielle Loyalität zu Arbeitgebern prognostizieren sollen. Der Wunsch nach mehr Information und mehr Wissen führt, so die Autoren, dazu, dass ein Unternehmen wie Google versucht „sozialen Normen schleichend in die gewünschte Richtung zu ändern, um auch in Zukunft sein Geschäftsmodell erhalten und expandieren zu können“.

Dass die Prozesse der Datensammlung und Datenauswertung häufig Hand in Hand gehen mit kapitalistischen Verwertungsinteressen, wird dabei deutlich. Hinweise auf oder gar Forderungen nach politischem Handeln um diesen Entwicklungen zu begegnen geben Kurz und Rieger dabei allerdings nicht. Ihr Fokus

### Böhning, Björn / Görlach, Alexander



**Freiheit oder Anarchie?**  
Wie das Internet unser Leben verändert

Vorwärts Buch, Berlin 2011  
94 Seiten, 10,00 €

### Kurz, Constanze / Rieger, Frank



**Die Datenfresser.**  
Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurück erlangen

S. Fischer, Frankfurt/Main 2011  
272 Seiten, 16,95 €

### Renner, Kai-Hinrich / Renner, Tim



**Digital ist besser.**  
Warum das Abendland auch durch das Internet nicht untergehen wird

Campus, Frankfurt/Main 2011  
246 Seiten, 22,00 €

liegt auf dem Ziel, die User zu einer „digitalen Mündigkeit“ zu bewegen, um sich individuell diesen Problemen zu widmen und sie nicht zu bekämpfen, sondern nur aus dem Weg zu gehen. Mit dem im Untertitel adressierten Staat hat diese Mündigkeit aber wenig zu tun, es geht vor allem um Verbraucher, die mit ihren Daten als „Zweitwährung“ den Erfolg von Unternehmen beeinflussen können. Es gelingt den Autoren sehr gut, die komplexen Prozesse hinter diesen Entwicklungen anschaulich und ohne großes Detailwissen, um die technischen Grundlagen nachvollziehbar zu machen. Dem Anspruch einen Ausweg zu zeigen, auf dem die Kontrolle über die eigenen Daten zurückgewonnen werden kann wird das Buch aber nicht gerecht. Die grundsätzliche Orientierung dabei ist aber immer auf eine digitale Individualisierung fokussiert. „Es gibt im vernetzten Leben kaum absolute Kategorien von ‚richtig‘ oder ‚falsch‘. Jeder entscheidet für sich“. Das Buch beschränkt sich auf die anschauliche Darstellung der Probleme und Mechanismen und in oberflächlich gehaltenen Formulierungen zu Gegenmaßnahmen.

## Politische Antworten auf die Digitalisierung

Einen Diskussionsband zu Fragen des gesellschaftlichen Wandels durch die Digitalisierung legen Björn Böhning und Alexander Görlach vor. „*Freiheit oder Anarchie?*“ ist die (politische) Auseinandersetzung zweier Menschen, die ganz unterschiedlich mit dem Netz leben. Böhning, als Sprecher des Gesprächskreises Netzpolitik und digitale Gesellschaft beim SPD-Parteivorstand, begegnet dem Netz vor allem aus sozial- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Alexander Görlach, Herausgeber und Chefredakteur bei *The European* und bekennend konservativ, ist mit dem Netz als Wirtschaftsfaktor und Vertriebsmedium vertraut. Trotz unterschiedlicher Perspektiven und Wertvorstellungen kommen sie zu ganz ähnlichen Schlüssen und widersprechen sich nur selten. „Der Wandel ist allumfassend“ schreibt Görlach und auch Böhning konstatiert

einen „Prozess der sozialen Durchdringung“. Beide greifen jeweils auch die Perspektive ihrer Co-Autoren auf, wenn sie anhand von zehn Leitfragen unterschiedlichen Lebensbereich von Demokratie über Erwerbsarbeit bis hin zu Religion miteinander diskutieren.

Große Einigkeit herrscht insbesondere bei den kulturellen Grundwerten und den Leitlinien nach denen die digitale Gesellschaft gestaltet werden muss. Die Freiheit steht dabei für beide im Zentrum, ohne dabei Freiheit als Regellosigkeit zu begreifen. Diese Freiheit muss staatlich gestaltet und gewährleistet werden, um „das Ethos unserer Gesellschaft zukunftsfähig zu machen“ (Görlach) und mittels eines „digitalen Pakts“ (Böhning) die Verbindlichkeit für alle Beteiligten zu erhöhen. Bezeichnenderweise finden sich ihre Kontroversen vor allem auf den Themenfeldern, auf denen das Internet existierende Probleme nur verstärkt oder besonders ins Bewusstsein bringt. Die Frage nach einem Leistungsschutzrecht oder die Entwicklungen der „schönen neuen Arbeitswelt“ sind solche Fälle. Hier zeigt sich, dass es gesellschaftliche Fragen sind, die zunächst zu klären sind, bevor netzspezifische Details ganz konkret adressiert werden können.

Durch die angenehme Zurückhaltung beider Autoren, die es ihnen dennoch ermöglicht auch auf die politischen Auseinandersetzungen zwischen sich zu verweisen, gelingt es ihnen ein Einblick in die Debatten zu geben, um die sich die Gestaltung der digitalen Gesellschaft dreht. Endgültige Antworten auf die drängenden Fragen zu geben ist nicht das Ziel der Autoren, aber für die politische Debatte rund um diese Fragen lassen sich aus dieser Diskussion einige spannende Ideen ableiten. Es wäre wünschenswert, dass mehr Debatten um die Gestaltung der digitalen Gesellschaft so offen geführt würden, wie es Böhning und Görlach tun. ■

↳ Pascal Geißler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen und Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos.

## Rezension: INDES

Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

von Thilo Scholle

Die Landschaft der politischen Zeitschriften in der Bundesrepublik ist um ein Produkt reicher: Im Herbst 2011 erschien das erste Heft der vom Göttinger Politologen Franz Walter herausgegebenen Zeitschrift „INDES“. Anspruch der Zeitschrift soll erklärtermaßen eine politische Diskussion sein, die sich nicht hinter Fachtermini und starren Methoden verstecke, sonder die urteilsfreudig und anschaulich sei. In diesem Sinne sei der u.a. gegen die Göttinger Wissenschaftler vorgebrachte Vorwurf der „Feuilletonpolitologie“ gar kein Vorwurf, sondern im Gegenteil Zeichen für eine Politikwissenschaft, die sich ernsthaft um Teilnahme an politischen Diskursen bemühe. In Deutschland habe die Politikwissenschaft ähnlich wie in anderen europäischen Ländern und den USA in den letzten Jahren immer mehr an öffentlicher Aufmerksamkeit eingebüßt. Politikwissenschaftler würden immer seltener als Akteure in gesellschaftlichen und politischen Diskussionen ernst genommen. Ein Grund hierfür sei vor allem die starke Konzentration auf möglichst spezialisierte Diskurse in Fachmedien, die umgekehrt zu einer verbreiteten Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Wissenschaft zur Veröffentlichung in Tageszeitungen und Zeitschriften führe.

Mit der vorliegenden Zeitschrift solle nun demgegenüber Raum für politische und gesellschaftliche Debatten geboten werden. Mit dem ersten Heft nimmt sich die Redaktion denn auch passenderweise der Frage „Wo sind die Vordenker?“ an. Die Beiträge des Schwerpunkts sind allesamt lesenswert, behandelt werden u.a. die Sozialdemokratie und ihre Intellektuellen sowie die Rolle von Intellektuellen in den aktuellen Diskussionen um eine Krise des Kapitalismus. Deutlich wird in den meisten Beiträgen – wirklich viele Vordenker gibt es



Herausgegeben von  
Franz Walter

Heft 0/ Herbst 2011

Göttingen

aktuell nicht. Allerdings ist das angelegte Raster an den/ die politische Intellektuellen auch schwer zu erfüllen: Die Person solle gerade in einer Wissenschaft außerhalb der Politik Sachverstand und Anerkennung erworben haben, und sich mit dem so erworbenen Respekt nun an politischen Diskussionen beteiligen.

Neben diesen Beiträgen – die so auch tatsächlich im Feuilleton einer großen Tageszeitung stehen könnten - sind auch einige längere Lesestücke vorhanden. Lesenswert ist hier u.a. der Beitrag „Patient Volkspartei“ von Matthias Micus, in dem der Autor davon ausgeht, dass der Bedeutungsverlust von Volksparteien nicht so dramatisch ausfalle wie oft beschrieben, was vielleicht mit dem verbreiteten Desinteresse vieler Autoren an der Parteienwirklichkeit jenseits Berlins zusammen hängen könne.

Insgesamt ist der Redaktion damit die Zusammenstellung eines Hefts gelungen, dass den im Editorial formulierten Anspruch, auch „im ICE“ gelesen werden zu können, erfüllt. Ob die Zeitschrift einen eigenen Platz im politischen Diskurs erhalten wird, lässt sich noch nicht absehen. Nimmt man den postulierten Anspruch des Herausgebers ernst, dürfte dies erst dann der Fall sein, wenn es gelingt, über Grundsatzfragen hinaus auch aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten in der Zeitschrift zu führen. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

## „SPD erneuern!“

Einleitung zum Sonderteil

von Michael Reschke

Foto: www.photocase.de, © rolleyes



Was heißt eigentlich Erneuerung? Insbesondere mit Blick auf einen politischen Akteur wie der deutschen Sozialdemokratie, die kein geringeres als ihr 150-jähriges Jubiläum in 2013 feiern wird? Die Antwort ist denkbar einfach und schwierig zugleich: Unter Erneuerung sollte eine zeitgemäße Übersetzung traditioneller Identitätsprojekte – Lösung der Sozialen Frage und das Erlangen individueller und gesellschaftlicher Freiheit sowie der Demokratisierung der Gesellschaft – verstanden werden.

### Krise der europäischen Sozialdemokratie

Schwierig erscheint der aus dieser Antwort erwachsende Auftrag angesichts sich veränderter gesellschaftlicher und politischer Bedingungen. Der Finanzmarktkapitalismus der letzten Jahrzehnte hat eine tiefe Schneise in die Gesellschaft gezogen und demonstriert nicht zuletzt in seiner zerstörerischen Krisenphase seit 2008 sein zerstörerisches Potenzial, welches demokratische Ordnungen und Souveränitäten zunehmend schleift und der Politik Ressourcen entzieht und Gestaltungsmöglich-

keiten nimmt. Auch wenn das von Dahrendorf Anfang der 1980er Jahre ausgerufene „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ nicht eingetreten ist, ist doch zumindest das sozialdemokratische polit-ökonomische Modell seit den 1970er Jahren angesichts von Postfordismus und angebotsökonomischer Hegemonie in einer tiefen programmatischen und strategischen Krise.

Hinzu kommt, dass die Gesellschaft unübersichtlicher geworden ist, postmaterialistischer Wertewandel, Lebensstilpluralität und geringere – aber keinesfalls aufgelöste – Bindungskräfte sozialer Milieus bezeugen zwar einerseits Fortschritte im sozialdemokratischen Ansinnen nach mehr individueller Freiheit, erschweren andererseits aber auch die Integration von Interessen und sozialen Gruppen. Die Zahl und Vielfalt von Parteien, Interessengruppen und Organisationen insgesamt nimmt zu. Dies übt einen zusätzlichen Stress auf Parteien in der Kommunikation und in Willensbildungsprozessen aus, welcher ohnehin bereits aufgrund der hohen Beschleunigung von Politik angesichts von technolo-

gischem Wandel, Medienlogiken und erhöhter Komplexität internationalisierter Märkte und Politik gestiegen ist.

Dass dies keine Deutschland spezifischen Problematiken sind, zeigt der Blick auf die anderen europäischen Sozialdemokratien. Bei allen länderspezifischen Besonderheiten wird doch eine Grundmelodie deutlich: die Sozialdemokratie sieht sich nahezu überall mit Diskursschwäche, erschöpfter Mobilisierungsfähigkeit und daraus resultierenden Wahlniederlagen konfrontiert. 2010 waren es gerade einmal noch fünf von siebenundzwanzig Regierungschef in der EU, die von Sozialisten oder Sozialdemokraten gestellt wurden. Historisch schlechte Wahlergebnisse wurden eingefahren, nicht zuletzt auch in Deutschland 2009 mit 23 Prozentpunkten, aber auch im Vereinigten Königreich mit 29 Prozentpunkten 2010 und in Schweden mit 30,6 Prozentpunkten 2010.

### Das Scheitern des „Dritten Weges“

Ein wenig einfacher macht die zeitgemäße Übersetzung von Sozialdemokratie die Erfahrung, wie es zumindest nicht funktioniert. Erklären lässt sich die Krise der europäischen Sozialdemokratie nämlich mit Blick auf die historische Phase, in der auf die eingangs genannte Frage „Was heißt Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert?“ zuletzt der Versuch einer Antwort unternommen wurde: die 1990er Jahre. Der damalige „Dritte Weg“-Diskurs, inspiriert von den New Democrats unter Clinton in den USA und vom Briten Anthony Giddens in Form von New Labour nach Europa übertragen, stellte eine Adaption neoklassischer Angebotsökonomie und neoliberaler Ökonomisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik dar. Dieser Diskurs vollzog einen Bruch mit dem traditionellen sozialdemokratischen Identitätskern, legitimierte Ungleichheiten, leugnete die Krisenhaftigkeit von Märkten, verlängerte Marktprinzipien in die Gesellschaft und predigte „Sachzwang“.

Damals stellte die vermeintliche Erneuerung also einen Bruch mit traditionellen programmatischen Anliegen, ja mit dem Selbstverständnis von Sozialdemokratie dar. Das der „Dritte Weg“ politisch und empirisch gescheitert ist verdeutlichen nicht nur die Wahlniederlagen, das gestörte Verhältnis zur traditionellen Stammwählerschaft und zu strategischen Partnern wie den Gewerkschaften sondern auch wissenschaftliche Indikatoren wie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und ungleiche Verteilung von Reichtum und Vermögen, die steigende Armutsquote oder die abnehmende soziale Durchlässigkeit. Einzig in den skandinavischen Staaten gelang es – allerdings in Abgrenzung zu den Grundprämissen des „Dritten Weges“ – eine Modernisierung zu vollziehen, die emanzipatorische und solidarische Politiken mit ökonomischer Dynamik verband.

### SPD erneuern!

Nach der gemeinsam mit DL 21 veranstalteten Herbsttagung in diesem Jahr, die sich insbesondere auch der organisationspolitischen Erneuerung der SPD widmete sowie den spw-Schwerpunkten der letzten Monate und Jahre, die stets Anforderungen und Erfordernisse zeitgemäßer, emanzipatorischer Politik herausstellten – nicht zuletzt im aktuellen Heftschwerpunkt zu „Follow the money! Handlungsfähiger Staat“, der die Verteilungsfrage thematisiert – möchte sich dieser Sonderteil Fragen widmen, die über den Tag hinaus weisen und dabei Orientierungspunkte für eine erneuerte Sozialdemokratie aufzeigen wollen.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Mitherausgeber der spw *Horst Peter* verknüpft in seinem Beitrag „Mehr Demokratie wagen 2.0“ die Forderung nach einer Leitstrategie „Nachhaltiger Entwicklung“ mit dem unbedingten Ziel einer partizipativen Demokratie. Ausgehend vom Nachhaltigkeitsverständnis bei Marx und den Erfahrungen aus dem wirkmächtigen Erneuerungsdiskurs zu

Willy Brandts Zeiten werden zeitgemäße Antworten auf die großen Zivilisationskrisen gegeben. Die SPD müsse die Frage nach der Erneuerung demokratischer Institutionen stets mit einem Mehr an Beteiligung beantworten. Dies insbesondere aus dem Ansinnen heraus, gesellschaftliche Transformationsprojekte wirkungsvoller in tatsächliche Politik übersetzen zu können.

Das Prinzip Nachhaltigkeit spielt auch bei *Michael Müller*, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und zuvor lange Bundestagsabgeordneter bzw. parlamentarischer Staatssekretär des Bundesumweltministeriums, eine Rolle. In seinem Beitrag „Politik an den Grenzen des Wachstums“ diskutiert Müller ein neues Fortschrittsmodell und Transformationsprojekt, welches das „Ende der Prosperität“ – also das Ende außergewöhnlich hoher Wachstumswahlen – sowie die soziale und ökologische Tragfähigkeit der Erde in Rechnung stellt. Sein skizzierter Fortschrittspfad verbindet dabei Effizienzrevolution, erneuerbare Ressourcen und Verteilungsgerechtigkeit.

*Benjamin Mikfeld* – langjähriger Leiter des Planungsstabes bzw. der Abteilung Politik und Analyse beim Parteivorstand und ebenfalls Mitherausgeber der *spw* – widmet sich in seinem Beitrag „Fortschritt und linker Reformismus“ einer zeitgemäßen Strategie der Sozialdemokratie. Mit Bezug auf den französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel und in Anlehnung an die jüngsten Ausführungen des Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, skizziert Mikfeld einen „linken Reformismus“ der sowohl die Erzählung eines gemeinsamen Fortschrittsverständnisses als auch ein integrierendes Projekt progressiver Kräfte darstelle. Geprägt sei dieses Reformismusverständnis von dialektischen Verhältnissen zwischen Pragmatismus und Utopie, Kapitalismuskritik und politischem Optimismus, konkreter Politik und große Erzählungen sowie Orientierung und Beteiligung.

Zwei Einschätzungen von „außen“ aus der Beobachterperspektive zur Erneuerung der Sozialdemokratie tragen *Stephan Hebel* – Redakteur bei der Frankfurter Rundschau – und *Albrecht von Lucke* – Redakteur bei den Blättern für deutsche und internationale Politik – bei.

In seinem Beitrag „Von der Schizophrenie zur Hegemonie“ fragt Hebel nach den Möglichkeiten der SPD Hegemonie zurückzuerlangen und fordert den radikalen Bruch mit dem Marktglauben der Vergangenheit. Die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Frage, wer die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu tragen habe und wie sie zu interpretieren sei, ist in vollem Gange. Hebel sensibilisiert dabei für Gefahren und Fallstricke auf dem möglichen Weg zur Deutungshoheit und den sich erwachsenden strategischen Konsequenzen für die SPD.

Albrecht von Lucke wiederum widmet sich stärker den Begrifflichkeiten im Ringen der SPD um politische Deutungshoheit. Entlang der zuletzt stärker genutzten Begriffe „Fairness“ und „Fortschritt“ macht er klar, dass die Präferenz vielmehr auf dem Stellen der Gerechtigkeitsfrage liegen müsste. Das Verständnis von Gerechtigkeit fasst er dabei prägnant als den Abbau von Ungleichheit.

Das sich Politik und Gesellschaft zusammen wandelt ist eine Binsenweisheit. Entscheidend sind stets Referenzpunkte im Werteverständnis und Gesellschaftsbild. Dass in den neuerlichen Orientierungs- und Suchbewegungen der Kompass nicht erneut verloren geht wie zuletzt in den 1990er-Jahren, wird insbesondere Auftrag der SPD-Linken sein. Die Fragen der Zeit verlangen nach einer Sozialdemokratie, die sich zu ihrem historischen Auftrag von Emanzipation und Fortschritt, von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit bekennt. ■

↳ Michael Reschke ist Chefredakteur der *spw*.

## Mehr Demokratie wagen 2.0

von Horst Peter

Dies wird ein Beitrag nicht ohne Polemik sein. Polemisch deshalb, weil die SPD im Besitz aller Bausteine für eine Epochenwende aus der angeschlagenen neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Hegemonie zu einem Reformprinzip der globalen nachhaltigen Entwicklung ist, ohne bereit zu sein, die Kategorie öffentlich als Leitbild einer bewussten Weichenstellung in die Zukunft zu benennen.

Es scheint ein der SPD seit ihrer Gründung innewohnendes Phänomen zu sein.

August Bebel bemängelte am 1. April 1909 im Geleitwort zu „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag“: „Ein großer Teil unserer Parteigenossen macht überhaupt den Fehler, dass er zu rasch vergisst, welche Materialschätze er in seiner Schriftensammlung besitzt. Er ruft nach Material, dass er tatsächlich längst in Händen hat, aber in der Hast der Arbeit vergaß oder nicht auszugraben versteht.“

### Nachhaltigkeit bei Marx

Bebel verstand darunter auch die Botschaften von Karl Marx, der ja das Lasallsche Gothaer Programm wegen seiner Staatsnähe und Gesellschaftsferne grundsätzlich kritisiert hatte. Aus heutiger Sicht von Nachhaltigkeit ist Marx die erste Quelle einer linken Strategie, die Natur und Arbeit untrennbar zusammenführt: „Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur ist die Bewahrung des Menschen als eines bewussten Gattungswesens. Diese Produktion ist sein werktätiges Gattungsleben. Durch sie erscheint die Natur als sein Werk und seine Wirklichkeit... Der Mensch lebt von der Natur. Heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen

mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.“ (So Marx in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten). Weiterhin Marx im Kapital Bd. 1 zum krisenhaften Verhältnis von Kapitalismus zu Arbeit und Natur: „Je mehr ein Land von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, so rascher ihr Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“. Und schließlich im 3. Band des Kapital die lupenreine strategische Aussage zu einer Gegenstrategie, die man heute als ökologischen Imperativ für nachhaltige Entwicklung verstehen muss: „Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, selbst alle gleichberechtigten Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht die Eigentümer der Erde. Sie sind nur Ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

### Leitstrategie „Nachhaltige Entwicklung“

Auch Willy Brandt kannte das Problem der liegen gelassenen und verdrängten strategischen Bausteine für zukunftsfähige sozialdemokratische Politik. Michael Müller und Johann Strasser zitieren ihn in dem aktuell im Vorwärtsverlag erschienen Buch „Transformation 2.0“: „Gewiss: Eine Überzeugung ist nicht schon deshalb falsch, ein Programm nicht schon deshalb widerlegt, dass die Zustimmung fürs erste noch auf sich warten lässt“.

So bleibt das Berliner Programm der SPD eine im Hinblick auf Nachhaltige Entwicklung unerledigte Aufgabe.

In extremer Form gilt das auch für das von Andrea Ypsilanti vorgelegte Wahlprogramm für die Hessischen Landtagswahlen 2008. Dieses Programm gab – von Hermann Scheer stark beeinflusst – den Stand der Diskussion für eine Nachhaltigkeitsstrategie wieder und führte nach dem Wahlerfolg 2008 zu einer Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung mit eindeutig sozialdemokratischer Handschrift:

„Soziale und ökologische Gerechtigkeit durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik, konkretisiert durch die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, umweltverträgliche gute Arbeit, von der man leben kann, solidarische Bürgerversicherung für die großen Lebensrisiken, kostenloser Zugang zur besten Bildung für alle, gesellschaftliche Sicherstellung der Güter und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Neue Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen politischen Entscheidungsebenen.“ (Horst Peter, Mathias Lomb: Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen – Landtagswahlen in Hessen 2008 und 2009 in: Heiko Gerling (Hg): Die Krise der SPD – Autoritäre oder partizipatorische Demokratie.)

Bewertet man den Prozess, der zum Scheitern des hessischen Nachhaltigkeitsprojekts führte, hätte die SPD eine inhaltliche Wiedergutmachungsverpflichtung.

Das Projekt steht in einer Reihe mit den markanten Ansätzen, das der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ gedankte Prinzip „sustainable development“ strategisch operationalisierbar zu machen, zumal die meisten Ansätze mit den Namen sozialdemokratischer Politiker verbunden sind. Zunächst hat die Brundtland-Kommission zwei prägende Vorläufer gehabt: Die Nord-Süd-Kommission „Unser gemeinsames Überleben“, untrennbar mit Willy Brand verbunden und dem von Egon Bahr und Willy Brandt entwickelten Prinzip des „gemein-

samen Interesses“ als Entwicklungsstrategie, die mit Olof Palme verbundene Kommission „Unsere gemeinsame Sicherheit, die Abrüstung durch die Enquete einer Abrüstungsdividende als Friedenspolitik mit der Entwicklung des Südens verknüpfte. Volker Hauff wehrte sich als erster gegen die Gefahr „Nachhaltigkeit als Prozesskategorie“ durch die in der deutschen Sprache angelegte Ungenauigkeit zwischen dauerhaft und aushaltbar im Rat der Bundesregierung für Nachhaltige Entwicklung zu überwinden. Die von Michael Müller und anderen Sozialdemokraten angestoßene Enquetekommission des Deutschen Bundestags „Zum Schutz des Menschen und der Umwelt“ legte Grundsteine für eine umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft; die von SPD und Grünen angestoßene Enquetekommission zur Globalisierung und zur Trennung des Wohlstandsbegriffs vom Wachstumsbegriff erhalten durch die Strategie der nachhaltigen Entwicklung ihre Richtung. Erhard Eppers Wiederentdeckung des starken Staates und der gleichzeitigen Demokratiesierungsnotwendigkeit sowie Hermann Scheers Sonnenstrategie als Grundlage der Energiewende liefern weitere zentrale Bausteine. Erwähnt werden muss besonders Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der Effizienz, Suffizienz und Konsistenz als Prinzipien globaler Wirtschaftspolitik verknüpfte und mit der Gründung des Wuppertal-Instituts Impulse für die wissenschaftliche Grundlegung und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprinzips gab und gibt.

Bleibt die Frage, warum sich die Gesamtpartei so schwer tut „Nachhaltige Entwicklung“ als Leitstrategie für Wege aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die gegenwärtig gleichzeitig in einer Weltumweltkrise, Welt hungerkrise und einer Weltbankenkrise, die sich zur Weltwirtschaftskrise ausweiten kann, steckt zu benennen.

Ich hoffe, das Upton Sinclairs These „Es ist schwierig jemandem etwas verständlich zu machen, wenn seine jetzige Position (Sinclair

formulierte „Bezahlung“) davon abhängt, dass er es nicht versteht“ auf die führenden SPD-Politiker nicht zutrifft. Bisher ist mir jedenfalls nur Siegmар Gabriel aufgefallen, der in einer Diskussion sinngemäß sagte, Nachhaltigkeit sei mehr als bei politischen Problemen jeweils ein bisschen Umwelt, ein bisschen Gerechtigkeit, ein bisschen Demokratie hinzuzufügen, bei Nachhaltiger Entwicklung gehe es um eine Welt, in der die Menschen anders und besser leben können. Das sei eine ökonomische, soziale und gesellschaftliche Herausforderung.

Das ist in der Tat eine bisherige Praxis überwindende Herausforderung, die das Denken in Legislaturperioden überschreitet. Es geht um einen grundsätzlichen Richtungswechsel der Politik, will man die Regeln einer Nachhaltigen Entwicklung in einer integrierten Gesamtpolitik umsetzen.

### Realisierung einer „Nachhaltigen Entwicklung“

Die Umsetzung einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Politik wird nur gehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese Politik unterstützen. Genauso wie die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzung für Willy Brandts Zeitenwende, aus der offensichtlich an ihre Grenzen stoßenden Politik der sozialen Marktwirtschaft ein die Menschen einbindende Strategie des Sozialstaats und der offenen Gesellschaft zu machen und die Fesseln des kalten Krieges mit dem Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit zu lockern.

Diese Politik, die später von Ralf Dahrendorf „Das sozialdemokratische Zeitalter“ genannt wurde, führte 1972 zu dem SPD-Rekordwahlergebnis von 45,8 Prozent bei einer Wahlbeteiligung, die über 80 Prozent lag.

Das Erfolgsrezept gründete in der Überzeugung, die Trennung von Staatlicher Politik, die den Wähler als abstrakten Staatsbürger zum Ziel hat, um ihn als Unterstützer für eine be-

## PapyRossa Verlag



**Wolfgang Gehrcke (Hg.):**  
**»Alle Verhältnisse umzuwerfen...«** – Eine  
 Streitschrift zum Programm der LINKEN | 235 Seiten | 12,- Euro

Auf welchen Analysen beruht der Programm-entwurf der LINKEN? Was ist unterbelichtet? Thematisiert werden u.a. die Eigentumsfrage, globale Gerechtigkeit, Medienpolitik sowie das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit.



**Heinz-J. Bontrup:**  
**Arbeit, Kapital und Staat** – Plädoyer  
 für eine demokratische Wirtschaft | 649 Seiten | 28,- Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit diesem fundierten Standardwerk bestens bedient.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
 www.papyrossa.de

stimmte Politik zu gewinnen und den Bürgerinnen und Bürgern in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen müsse überwunden werden: aus politischer Demokratie müsse soziale Demokratie werden. Dabei stand für ihn die Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum, aber es ging auch um die Demokratisierung der Organisation der öffentlichen Aufgaben wie z. B. der Schulen, der Universitäten und der Forschungseinrichtungen. Die Juso-Doppelstrategie der gesellschaftlichen Mobilisierung und des parlamentarischen Aufgreifens zentraler Forderungen aus der Gesellschaft hat er stets unterstützt. „Mehr Demokratie wagen 2.o“ heißt die Soziale Demokratie zur Ökologisch-Sozialen Demokratie weiterzuentwickeln und die Menschen und Völker an ihren gesellschaftlichen Orten abzuholen und ihre Potenziale, die sie dort entwickelt haben als Potenziale der Gestaltung der konkreten Politik, wenn man will des Gemeinwohls, zu gewinnen.

Das gegenwärtige Krisenszenario hat andere Akzente als 1969 und verlangt deshalb nach einem neuen Ansatz politischen Handelns, um die Bürgerinnen und Bürger mit dem parlamentarischen System zu versöhnen. Wir haben ein sich seit der Implosion der „realsozialistischen Staaten“ aufbauendes von der hegemonialen neoliberalen Wirtschaftspolitik verursachtes Krisenszenario:

Ökologische Krise, soziale Krise, Welthungerkrise und Krise des Bankensystems mit den Folgen für die Realwirtschaft haben sich seit 2008 dramatisch zugespitzt und eine Vertrauenskrise des parlamentarischen Demokratie-modells ausgelöst. Der Alarmruf Hermann Hesses von 1957 angesichts der Wiederauf-rüstungsdebatte (Erhard Eppler hat ihn bereits zur Beschreibung der Friedensbewegung anfangs der 80er Jahre zurück ins kritische Bewusstsein geholt) erhält in diesen Tagen neue Aktualität: „Heute liegt die politische Vernunft nicht mehr dort, wo die politische Macht liegt. Es muss ein Zustrom von Intelligenz und Intu-

ition aus nicht offiziellen Kreisen stattfinden, wenn Katastrophen verhütet (oder gemildert) werden sollen“. Hesse erklärt einmal den tiefen Kern der Krise des parlamentarischen Demokratie-modells, weist aber gleichzeitig in die Richtung des Auswegs. Politik, die den Wähler als manipulierbare Masse begreift, die gestützt durch die Methoden der Befragung des Wählermarktes mit PR-Strategien den Wähler als Politikkonsumenten oder Kunden an die Wahlurne bringen will, vergisst, dass die Wähler in ihrer gesellschaftlichen Realität sehr konkrete Männer und Frauen sind, kurz: gesellschaftliche Wesen. Diese Diskrepanz erklärt die niedrige Wahlbeteiligung. Viele fühlen sich durch die Parlamente in ihren Interessen nicht Ernst genommen und erleben, dass die Regierungen von Lobbyisten bestimmte Politikprojekte durchsetzen und sie als alternativlos erklären – da werden sozialdemokratisch geführte Regierungen nicht ausgenommen – und die Parlamente die Gesetzesvorschläge aus der Regierung nur noch abnicken. Verschärft wird die Situation, dass auch die Medien nicht mehr parlamentsorientiert, sondern regierungsorientiert und damit lobbyorientiert berichten und kommentieren.

Paradigmatisch ist dieser Zustand an der Auseinandersetzung um S 21 ablesbar. Hier liegt der Hauptunterschied zur Situation von Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“. Damals war es nicht die Wahlbeteiligung, die besorgte, sondern die Notwendigkeit den gesellschaftlichen Aufbruch als Triebfeder der Weiterentwicklung der Gesellschaft in die parlamentarischen Entscheidungen zu integrieren. Bei „Demokratie wagen 2.o“ geht es darum die Bürgerinnen und Bürger als Träger von gesellschaftlicher „Intelligenz und Intuition“ auf gleicher Augenhöhe mit den gewählten an den Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen. Die differenzierte Arbeitnehmerschaft, die sich im veränderten Produktionsprozess entwickelt hat, die gute Arbeit und gesunde Lebensverhältnisse will, entscheidet nach anderen Kriterien in politischen Konstellationen

als die Leitgruppe der Industriearbeiterschaft des Fordismus zu Brandts und Schmidts Zeiten. Sie fragen nach der Qualität der Arbeit und der Qualität der Lebensverhältnisse, nach der Infrastruktur für Bildung, Gesundheit und Lebensführung. Deshalb hinterfragen sie die Totschlagargumente zur Durchsetzung von Großprojekten wie „Es bringt aber Arbeitsplätze“, wenn es in Wirklichkeit um privatwirtschaftliche Gewinne geht. Sie wollen auf „gleicher Augenhöhe“ mitreden, wenn es um die Organisation der Güter und Dienstleistungen des Gesellschaftlichen Bedarfs und die Wertschätzung der Menschen bezogenen Arbeit geht wie bei der Gesundheitsarbeit, Sozialarbeit, Wissensarbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit. Sie wollen als Verbraucher naturverträgliche Qualität der Nahrungsmittel und der Güter des privaten Grundbedarfs, sie wollen mitwirken bei Klimaschutz und beim Schutz der biologischen Vielfalt. Ihre private Spendenbereitschaft bei Natur- und Hungerkatastrophen in der Welt zeigt, dass ihnen die internationale Gerechtigkeit wichtig ist. Das ist mehr als das diffamierende „Wutbürgerbild“ der Medien.

Deshalb geht es bei „mehr Demokratie wegen 2.0“ um die gesetzlichen Instrumente, die Partizipation ermöglichen. Kurzum: es geht um die Frage, steht die SPD für partizipative parlamentarische Demokratie, die die Gesellschaft in Entscheidungen reinholt oder an Lobbyinteresse orientierte, intransparente Entscheidungen der Staatsbürokratie. Ich nenne abschließend einige Schwerpunktforderungen:

- Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Qualität der Arbeit, Gesundheitsförderung im Betrieb, Struktur der Arbeitszeit, die Arbeit und Leben verbindet und nicht ins Burn-out treibt; gesetzliche Voraussetzungen für die Qualität der Arbeitsförderung statt ein bloßes Schlagwort des Forderns als Bedingung des Förderns.
  - Runde Tische bei der Entwicklung sozialer Infrastruktur in den Städten und Gemeinden z. B. durch Weiterentwicklung des Projektes „Soziale Stadt“.
  - Bei öffentlichen Planungen aus dem Verwaltungsverfahrenrecht Bürgerbeteiligungsrecht machen, möglichst früh schon bei der Klärung, ob ein zwingend notwendiges öffentliches Interesse für das jeweilige Projekt besteht.
  - Verbandsklagerechte bei Umweltverträglichkeits- und Nachhaltigkeitsprüfungen auch für Verbraucherverbände.
  - Formen der Zusammenarbeit bei der Anwendung von Innovationen in der Praxis zwischen Wissenschaft, Bürgerinitiativen und NGO, Öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft sowie Gewerkschaften (New Governance) wie sie die Rio-Konferenz 1992 in der Agenda 21 entwickelt hat. Ein allgemeines Informationsgesetz mit kostenfreiem Zugang. Und schließlich Formen Direkter Demokratie in Kommunen, auf Länder-, Bundes-, EU-Ebene, bei denen sich die Quorren an der Wahlbeteiligung der vorausgegangenen Wahlen und den Hürden orientieren, die auch die Wähler überspringen müssen. Der Wahlbürger und der Abstimmungsbürger werden gleichgestellt. Weiterentwicklung des Petitionsrechts auf allen Ebenen als Bürgereingaberecht auch für Gesetzesinitiativen.
- Diese Beteiligungsrechte können durch Phantasie, Intelligenz und Intuition etwa im Bezug auf Internet-Beteiligung ergänzt werden. Das wäre echte Beteiligungskultur. ■

☞ Horst Peter ist Mitherausgeber der spw.

## Politik an den Grenzen des Wachstums

von Michael Müller

### Weit mehr als eine Krise – das Ende einer Epoche

Seit einigen Jahren baut sich etwas auf, was wir noch nicht richtig begreifen, aber was uns bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein tief beunruhigt. Dass etwas Besonderes in der Luft liegt, dieses Gefühl hat heute fast jeder. Alte Gewohnheiten brechen weg, Routinen funktionieren nicht mehr, Gewissheiten lösen sich auf. Die uns vertraute Welt verändert sich radikal. Unsicherheit und Angst breiten sich aus. Die Politik ist gefordert, eine Antwort auf die Frage zu geben, die sich damit wieder mit aller Macht stellt: Wie ist Fortschritt möglich? Doch sie gestaltet nicht, sondern lässt sich von mächtigen Interessen treiben und reagiert nur auf die aufbrechenden Krisen und Erschütterungen.

Vor dem Hintergrund, dass die Parteien keine Kraft für sozialökologische Reformen haben, verwundert es nicht, dass die Distanz zur Politik zunimmt. Ihr Verlust an Legitimationskraft trifft auch die SPD, die trotz des katastrophalen Versagens des Regierungslagers nur mühsam an Zustimmung gewinnt. Auch sie gibt keine überzeugende Deutung der Lage, vermittelt nicht, was unter der Oberfläche der krisenhaften Zuspitzungen vor sich geht. Ganz so wie Hugo von Hofmannsthal in Lord Chandos Brief an Francis Bacon seine Unfähigkeit beschrieben hat, Zusammenhänge zu erkennen: „Die Worte, deren sich die Zunge naturgemäß zu bedienen weiß, zerfallen im Munde wie modrige Pilze.“

Tatsächlich gerät das bisherige Modell der europäischen Moderne an sein Ende, denn eine entscheidende Grundlage bricht weg: hohes wirtschaftliches Wachstum. Der Traum von der immerwährenden Prosperität ist vorbei. Ökologisch sind die Grenzen des Wachstums in wichtigen Bereichen bereits überschritten, wie die Aufheizung der Erde oder die Zerstörung

der Biodiversität zeigen. Ökonomisch werden sie immer deutlicher, zumal die andere Seite des Finanzkapitalismus ein explosionsartiger Anstieg der Verschuldung ist. Damit geraten auch die Sozialsysteme, deren Finanzierung von Wachstum abhängig ist, immer tiefer in die Krise. Doch die Abhängigkeit vom Wachstum ist ungebrochen.

Tatsächlich passiert etwas, das mit dem bloßen Wort Krise nur unzureichend beschreiben ist. Die Grenzen des Wachstums erschüttern die Funktionsfähigkeit kapitalistischer Ordnungen, die ohne die bisherige Form der Akkumulation nicht überlebensfähig sind. Sie stellen die „Systemfrage“, ohne dass sie als solche verstanden wird. Doch Degrowth ist ohne Systemwechsel nicht machbar. So werden die Fragen immer drängender: Erleben wir nur einzelne, wenn auch sehr heftige Krisen, die zu den Überdehnungen im Wachstumsprozess marktwirtschaftlicher Systeme gehören und bald vorüber sein werden? Gibt es einen Zusammenhang zwischen den ökonomischen Erschütterungen und den großen sozialökologischen Herausforderungen wie Ausgrenzung und Migration, Klimawandel, Peak-Oil oder Ressourcenknappheit? Oder ist sogar das Modell der europäischen Moderne, das einem Teil der Welt Fortschritt, Demokratie und Wohlstand gebracht hat, an sein Ende gekommen?

Antworten müssen gegeben werden: Ist ohne Wachstum eine Entwicklung denkbar, die mehr Wohlstand und Lebensqualität möglich macht? Kann ein „grünes Wachstum“ zur Entkarbonisierung der Wirtschaft ein Weg sein, der uns zumindest Zeit verschafft? Ist in den Ländern des Südens weiter quantitatives Wachstum notwendig, um den Abstand zu den Industriestaaten zu verringern und um menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen?

Wachstum ist jedenfalls immer weniger die Hoffnung auf ein gutes Leben für alle. Aber es wird noch immer als Heilmittel gesehen. Auch weil wir uns nur schwer eine Alternative vorstellen können, zumal sie weit mehr erfordert als Teilkorrekturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist eine gewaltige Herausforderung, den Epochenbruch sozialökologisch zu gestalten. Bislang gibt es keine überzeugenden Antworten, auch weil die Parteien theorielos (geworden) und große Teile der politischen Linken in einer untergegangenen Zeit stehengeblieben sind. Die Entpolitisierung der Gesellschaft ist weit vorangeschritten, es fehlt an kritischer Theorie.

### Fortschritt und Transformation

Am Anfang der europäischen Fortschrittsidee standen die aus jüdisch-christlichen Wurzeln stammende Überzeugung von der Linearität der Zivilisationsgeschichte und die der Vervollkommenbarkeit des Menschen. Zur Fortschrittsfolie wurde die *scala naturae*, die „Stufenleiter des Seins“, die aus der Antike stammt. Die Theorie des Fortschritts ist gleichsam die Verzeitlichung dieser Seinspyramide. Danach ist das Ranghöhere das jeweils zeitlich Spätere.

Wie vielen Zentralbegriffen der Neuzeit kommt auch dem Begriff des Fortschritts ursprünglich eine religiöse Bedeutung zu, aufbauend auf der in der Aufklärung enthaltenen Lichtmetaphorik (Erleuchtung!). Die Aufklärung stellte dem finsternen Mittelalter ein helleres Zeitalter gegenüber. Die Auseinandersetzung zwischen Anciens et Modernes war zwischen 1680 und 1720 für die Herausbildung der europäischen Moderne entscheidend. Die heilgeschichtliche Deutung des Fortschritts wurde ins Säkulare gewendet. Das Ziel war die Emanzipation des Menschen, eine Idee, die mit der Französischen Revolution epochal wurde: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Damals wurden die Voraussetzungen für die bürgerliche Gesellschaft und den Nationalstaat geschaffen.

Die Befreiung aus Abhängigkeiten, Zwängen und Dogmen war nach Immanuel Kant der Ausweg des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Die Wegweiser dahin waren instrumentelle Vernunft, Hinwendung zu technischer Rationalität, Entfaltung von Toleranz und seit dem 19. Jahrhundert immer stärker die Gleichsetzung von Wachstum mit Fortschritt. Das hat in der westlichen Welt den Wohlfahrtsstaat möglich gemacht. In dieser Ausrichtung waren im Verständnis großer Teile der Arbeiterbewegung die Produktionsverhältnisse und die Entfaltung der Produktivkräfte entscheidend, wogegen die Produktionsweise als abgeleitete Frage gesehen wurde.

Mit den Grenzen des Wachstums erleben wir erneut eine „Große Transformation“. Diese Wertung knüpft an die Überlegungen von Karl Polanyi an. Mit der industriellen Revolution kam es zur „The Great Transformation“, sie entfesselte nach die Wirtschaft aus dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Folge der „Entbettung“ war die Marktgesellschaft, die schwere soziale Erschütterungen auslöste, so die großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts, Weltwirtschaftskrise und Weltkriege. Zugleich kam es in den westlichen Industriestaaten zu Gegenbewegungen, die zum Wohlfahrtsstaat führten, ermöglicht durch nationalstaatliche Handlungsfähigkeit, hohes Wachstum und einen zwar ungleichen, aber stabilen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit.

Der Wohlfahrtsstaat war die zweite Große Transformation. Heute kommt es erneut zu einer Transformation, denn in den vergangenen Jahrzehnten haben Globalisierung, Digitalisierung und neoliberaler Finanzkapitalismus das Kapital von den politischen Bindungen befreit, die ihr Machtstreben und ihre Profitgier halbwegs in Grenzen gehalten hatten. Seitdem spielen sich die Finanzmärkte als Herren der Welt auf. Ihre kurzfristigen Renditeinteressen zehren die Zukunft aus, weil sie die sozialökologischen Folgekosten ihres Handelns externalisieren und zugleich spekulative Exzesse verur-

sachen. Sie haben den Graben zwischen Arm und Reich vertieft, die öffentliche Haushalte über Jahrzehnte mit gigantischen Schulden belastet und die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt.

Vor diesem Hintergrund muss das Nein einer wachsenden Zahl von Menschen zu der technokratischen Sachzwanglogik gesehen werden, die z. B. in Stuttgart den Bau eines umstrittenen Bahnhofs als Fortschritt aus gibt. Dieses Modell verliert seine Legitimations- und Bindungskraft. Wenn sich der Staat für ein höheres Wachstum total verschuldet und soziale Leistungen kürzt; wenn politische Weichenstellungen ein gigantisches Immobiliengeschäft sind und als Angriff auf die eigene Sicherheit empfunden werden; wenn der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hinter ökonomischen Interessen zurückstehen muss – und das alles als alternativlos abgenickt werden soll, dann machen immer mehr Menschen nicht mehr mit.

Der Fortschrittskonsens, der in der Nachkriegszeit die Demokratie gefestigt und unsere Gesellschaft wie einen Fahrstuhl nach oben gehoben hat, zerbricht. Doch seit vier Jahrzehnten werden die Warnungen verdrängt. 1968 wurden die wachstumskritischen Vorschläge von Radovan Richta nach der Niederschlagung des Prager Frühlings verboten. Dennis Meadows wurde 1972 als Außenseiter abgetan, als er Grenzen des Wachstums aufzeigte. Die Arbeiten von Fred Hirsch über die sozialen Grenzen von 1975 wurden kaum beachtet.

In der SPD unterlag Erhard Eppler Helmut Schmidt, als er die Alternative „Ende oder Wende“ beschrieb, so der Titel seines Buches von 1975. Kritik wurde auch deshalb bekämpft, weil auch in den westlichen Industriestaaten wirtschaftliche Krisen nach der Phase einer außergewöhnlich hohen Prosperität Mitte der siebziger Jahre zurückkamen. Statt für eine sozialökologische Modernisierung wurden die Weichen für den Finanzkapitalismus gestellt

in der Hoffnung, schnell zu den Wachstumsraten der sechziger Jahre zurückzukehren. Die Haupttäter der Entmoralisierung der Wirtschaft hießen Margaret Thatcher und Ronald Reagan, ein wirtschaftliches Modell, das auf Auszehrung angelegt ist. Erneut begann eine Große Transformation.

## Nachhaltigkeit und antikapitalistische Reformen

In der Geschichte des Fortschritts wurde ignoriert, dass Wertvermehrung immer auch Wertvernichtung ist. Alle ökonomischen Prozesse haben nämlich einen „doppelten Charakter“. So werden Gebrauchswerte geschaffen, aber auch Abfälle, Abgase und Abwasser verursacht, die in den Schadstoffsenken der Erde entsorgt werden. Von daher gibt es einen „Kippunkt“, an dem die Vorteile in Gefahren umschlagen. Die moderne Steigerungsprogramm mit ihrer Beschleunigungsdynamik und der Gleichsetzung von Wachstum mit Fortschritt verdrängt die Grenzen des Wachstums, die sich aus der Endlichkeit der Erde ergeben. Dieser Fehler wird zugespitzt durch die nachholende Industrialisierung und das anhaltende Bevölkerungswachstum.

Das Wachstums- und Fortschrittsdenken ist ambivalent: Ohne die „Grenzenlosigkeit“ bis hin zur „Maßlosigkeit“ wäre die okzidentale Dynamik des Fortschritts nicht vorstellbar gewesen. Kreativität, Innovationen oder Originalität sind mit dem Drang verbunden, Grenzen zu überschreiten. *Mit uns zieht die neue Zeit*, hieß es deshalb in der auf Fortschritt orientierten Arbeiterbewegung. Die andere Seite sind jedoch Gier und Machstreben, Ausgrenzung der Natur und ein permanenter Verwertungsdruck, die ohne institutionelle politische Arrangements in ökonomische Krisen, soziale Ungleichheiten und in die ökologischen Katastrophen führen.

Unbestritten ist, dass die Gesellschaft eine Dynamik der Veränderungen braucht, die ma-

teriiell durch die Entwicklung von Wirtschaft und Technik erzeugt wird. Alain Touraine nennt das „Selbstproduktion von Gesellschaft“ – unverzichtbar, um mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Ein erster Schritt, den Widerspruch zwischen Zivilisierung und Dezivilisierung aufzuheben, ist die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung, wie sie Joseph Schumpeter eingeführt hat. Diese Idee steht auch hinter dem von Karl Marx verwendeten Modell der „erweiterten Reproduktion“ und seiner dialektisch-materialistischen Geschichtsdeutung. Schumpeter sah Märkte prinzipiell in einem Ungleichgewicht und erklärte die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung aus ihr selbst heraus.

Die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Technologie und Ressourcen werden immer neu zusammengesetzt. Alte Strukturen werden beseitigt und durch neue ersetzt. Es wäre allerdings falsch, Schumpeter auf die Beschreibung des schöpferischen Unternehmers zu begrenzen, zumal er dem Staat durchaus die Fähigkeit zuschrieb, in unterschiedlichen Epochen gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationen voranzutreiben. Sein Hauptwerk „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ von 1911/12 beschreibt die Verbindung zwischen klassischer Ökonomie und historischer Schule, die Überwindung statischer Betrachtungen durch ein dynamisches Modell und die Erweiterung in Richtung einer Sozioökonomie.

Die Unterscheidung wirtschaftlicher Entwicklung von wirtschaftlichem Wachstum hat zentrale Bedeutung für die Förderung des Strukturwandels und die Gestaltbarkeit des Wirtschaftsprozesses. Entwicklung entsteht im Unterschied zu bloßem Wachstum durch die Kumulation vieler Innovationen. Dabei werden die Innovationen realisiert, die in den jeweiligen Rahmensetzungen produktiv sind oder effektiv selektiert werden. Unter den Bedingungen der fordistischen Massenproduktion (dreißiger bis siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts) setzten sich in erster Linie sol-

che Produkt- und Prozessinnovationen durch, die die Produktivität der Arbeit durch die Economy of Scale steigerten. Massenproduktion und Massenkonsum waren die Folge dieser Entwicklungsphase.

Die Reduktion des Ressourcenverbrauchs, eine Steigerung der Energieeffizienz, die Schließung von Stoffkreisläufen und insge-

**Antifaschistisches Blatt**  
**Info**

Nr. 92 | Herbst 2011



**Hoyerswerda**  
Ein Pogrom und seine Folgen

**Hoyerswerda**  
Ein Pogrom und seine Folgen

Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin  
mail@antifainfoblatt.de  
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

samt eine Umweltkompatibilität spielten dagegen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dadurch erreichen wir heute nicht nur die Tragfähigkeitsgrenzen des Ökosystems, sondern auch der traditionellen Erwerbsarbeit, die einseitig auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgerichtet ist. Es geht von daher um eine politische Gestaltung. Seit der industriellen Revolution und Herausbildung kapitalistischer Ordnungen ist die wirtschaftliche Entwicklung ein permanent endogen durch die Kapitalverwertung angetriebener Prozess. Schumpeter zeigte auf, wie der Wirtschaftsapparat und das Kreditemissionssystem Innovationen erzeugt und verbreitet, neue Produkte auf den Markt bringt und alte Unternehmen, Produkte und Verfahren verdrängt.

Insofern stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer Entwicklung, die nicht nur ohne Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen auskommt, sondern trotz steigender Weltbevölkerung und nachholender Industrialisierung einen absolut sinkenden Verbrauch möglich macht. Es geht um die Frage, ob die Konstitution eines neuen Typs von wirtschaftlicher Entwicklung möglich ist. Während das bisherige Wachstum die eigenen Voraussetzungen untergräbt, muss es um eine Entwicklung gehen, die auch langfristig möglich ist. Das ist die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Antwort kann weder ein stationäres Wirtschaftssystem ohne Entwicklung sein, in dem alles gleich bleibt, noch die Fortsetzung der alten Massenproduktion mit einem wachsenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie. Notwendig ist eine Wirtschaft, die in ihrem Naturverhältnis quantitativ stationär bleibt, dauerhaft die Tragfähigkeitsgrenzen der Natur beachtet. Grundsätzlich ist ein anderer Entwicklungspfad denkbar. So haben Charles Sabel und Michael Piore beschrieben, welche Chancen innovative Klein- und Mittelbetriebe bei einer „Requalifizierung der Arbeit und Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft“ haben. Die MIT-Wissenschaftler gehen vom

Ende der traditionellen Massenproduktion aus und sehen die Zukunft in einer „flexiblen Spezialisierung“. Auch die sozialökologische Marktwirtschaft eröffnet große Innovationsmöglichkeiten. Wenn auf der stofflichen Seite erneuerbare Rohstoffe und Energien genutzt und alle Abprodukte und Emissionen durch eine Kreislaufwirtschaft verträglich in die Ökosysteme zurückgeführt würden, wäre theoretisch sogar eine fast endlose Fortsetzung stationärer Produktionssysteme möglich, wenn es kein Bevölkerungswachstum und kein Ungleich gäbe.

Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung entsteht durch einen neuen Entwicklungspfad. Dieser Umbau wird durch eine politische Regulation ermöglicht, die jede Form der Externalisierung zu Lasten der Allgemeinheit beendet. Zudem erfordert sie die Reform der Finanzmärkte, ein faires Rohstoffregime, die systematische Beschränkung ökologischer Nutzungsrechte sowie eine gerechte Handelsordnung, um nur einige Eckpunkte zu nennen. Erst dann werden Effizienzfortschritte nicht kompensiert und der Rebound-Effekt vermieden. Von daher muss bis Mitte des Jahrhunderts nicht nur der Umstieg in die erneuerbaren Technologien geschafft, sondern auch eine 2.000-Watt-Gesellschaft verwirklicht werden. Effizienzrevolution, erneuerbare Ressourcen und Verteilungsgerechtigkeit gehören zusammen. Dann bleibt der wirtschaftliche Prozess in den sozialen und ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde. ■

↳ Michael Müller ist Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland.

# Fortschritt und linker Reformismus

von Benjamin Mikfeld

## 1. Die SPD – kommt da noch was?

Es ist das Verdienst der Zeitschrift „Berliner Republik“, unter der Fragestellung „Sozialdemokratie. War’s das schon – Oder kommt noch was?“ einen bunten Reigen an knappen Texten aus dem weiteren Umfeld der Sozialdemokratie veröffentlicht zu haben. Man kann der Zeitschrift nicht anlasten, dass ein nach Orientierung suchender Leser nach der Lektüre wohl eher noch ratloser ist, was die Zukunft der SPD betrifft. Da liest man die etwas irritierende Einschätzung einer bekannten Romanautorin, dass der sich selbst ausbeutende Freiberufler heute das sei, was gestern der „ausgebeutete Fließbandarbeiter“ war. Eine Journalistin hingegen fordert von der SPD eine Rückbesinnung darauf, die Interessenvertretung der „kleinen Leute“ zu sein. Einen Ex-Regierungsmitarbeiter stört die Identität als Weltanschauungspartei, ein Gewerkschafter fordert jedoch eine neue sozialdemokratische Erzählung ein. Ein anderer Ex-Regierungsarbeiter verlangt mehr „Haltung“ sowie „Maß und Mitte“, ein Publizist wiederum beklagt den Verlust des Markenkerns der sozialen Gerechtigkeit.

Einig sind sich die meisten Autoren in einem: Die SPD habe den Anschluss an gesellschaftliche Entwicklungen, Lebensrealitäten und -gefühle verloren. Das Problem ist: Jeder meint die eigenen Lebensrealitäten oder politischen Wahrnehmungen. Die pointiertesten Bewertungen kommen daher wohl nicht zufällig von außen. Der CDU-Vordenker Warnfried Dettling kommt zu dem Schluss: „Die SPD denkt die Gesellschaft aus der Perspektive der Partei, nicht die Partei aus der Perspektive der Gesellschaft.“ Und die junge schwedische Journalistin Katrine Kielos meint: „Ein großes Problem der Sozialdemokraten besteht darin, dass sie sich selbst als progressiv betrachten, während die Wähler/innen sie als konservativ wahrnehmen“.

Wenn diese Diagnosen annähernd zutreffen, steht die Selbstzuschreibung der SPD als eine moderne Volkspartei auf dem Prüfstand. Denn in der Gesamtschau der Beiträge spiegelt sich letztlich wider, dass die SPD auch im Jahr 2011 noch nicht wirklich mit sich selbst – und ihrem politisch-publizistischen Umfeld – geklärt hat, mit welcher politischen Strategie sie ins 21. Jahrhundert ziehen will. Und so schwelt im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 auch schon der latente Konflikt darüber, ob es darum gehe, der konservativ-liberalen Regierung mit einer Auseinandersetzung über die politische Richtung zu begegnen oder vorrangig sei, einfach nur „besser“ zu regieren als das Kabinett Merkel. Doch während damit die ermüdend selbstreferentielle interne Auseinandersetzung in die gefühlte 476. Runde geht, wenden sich wachsende Teile des Publikums längst desinteressiert ab.

Mit Blick auf die Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit und das Phänomen „Piratenpartei“ deutet sich inzwischen eine Besorgnis erregende Entfremdung von der jungen Generation an. Schon bei der Bundestagswahl gewann die SPD in der Altersgruppe der 18-25-jährigen nur 18,5 Prozent – gerade mal gut drei Prozentpunkte mehr als die „Sonstigen“ in dieser Gruppe gewinnen konnten. Die Piratenpartei hat bereits 2009 bei jungen Männern dieser Altersgruppe in Berlin 14 Prozent gewinnen können, aber dies galt ebenso für eher ländliche Regionen (z.B. Baden-Württemberg 12,2 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 14,2 Prozent). Bei der Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011 lag der Wähler/innenschwerpunkt der SPD eindeutig in der Altersgruppe „60 plus“. Bei den Jungwähler/innen bis 24 Jahren lag sie nur acht Prozentpunkte vor der Piratenpartei, bei den männlichen Jungwählern beträgt der Vorsprung nur 2 Prozentpunkte. Offenbar trifft

www.marxistische-blaetter.de



**Einzelheft:**  
128 Seiten, 9,50 €  
Jahresabo: 48,00 €  
Ermäßigt: 32,00 €

Ältere Hefte  
schicken wir  
gerne auch  
kostenlos zu

## Man nennt es RECHTSPOPULISMUS

Auf der „Spur des Bösen“ – „Pathologischer Massenmörder“ und „unerklärliche“ Tat? **Hans-Peter Brenner** | Dänemark – ein Erfolgsmodell für die europäische Rechte? **Phillip Becher** | Zur Entwicklung des Rechtspopulismus in Skandinavien **Stefan Godau** | Rechtsextremismus in Frankreich **Georg Polikeit** Gewerkschaftsfeindlich, korrupt, rassistisch – Rechtspopulismus in Österreich **Anne Rieger** | Die rechte Schweiz **Anne Polikeit**  
**Weitere Themen:**

Die Imperialismusfrage heute (A. Wehr), Wachstumsfragen (E. Altvater), Warenproduktion (H. Müller), die Euro-Krise (L. Zeise), Nordafrika (W. Ruf), Genossenschaften in Kuba (G. Pohl) und Kissingers China (H. Peters)

**Bestellung bei** Neue Impulse Versand  
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen  
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4  
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

der Liedermacher Reinald Grebe in seinem Stück „20. Jahrhundert“ einen wunden Punkt: Er stellt Willy Brandt und die SPD in eine Reihe mit VW Käfern, Münzfernsprechern und Mixkassetten. Alles ist mal cool oder zumindest funktional gewesen – aber eben im 20. Jahrhundert. Das ist Satire, hat aber einen wahren Kern. Für größer werdende Teile der Gesellschaft steht die SPD – kurz vor ihrem 150. Geburtstag – offenbar eher für eine mehr oder weniger gute Vergangenheit als für eine bessere Zukunft.

## 2. Die Dialektik eines linken Reformismus

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2011 forderte der Erste Vorsitzende Berthold Huber in seinem „Zukunftsreferat“ eine politische Strategie für einen Kurswechsel: „Sie hat einerseits langfristige Ziele. Andererseits muss sie uns im Hier und Jetzt handlungsfähig machen“, so Huber. Mit Bezug auf den französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel nannte er diese Strategie einen „linken Reformismus“. Da der Begriff des Reformismus in den letzten zwei Jahrzehnten umdeutet wurde und nicht mehr ohne weiteres für eine linke politische Konzeption steht, stellt Castel den liberalen und den linken Reformismus als einander entgegengesetzte Konzepte gegenüber. Während der liberale Reformismus den freien Markt und die totale Flexibilität zur Maxime erkläre, stünde der linke Reformismus für die Verteidigung der sozialen Rechte – allerdings im allgemeinen Interesse und nicht im Sinne einer Verteidigung der Besitzstände einzelner Gruppen. Jedoch könne der linke Reformismus auch nicht bei einer Schadensbegrenzung unter wirtschaftsliberalen Vorzeichen stehen bleiben sondern setze auf ein „Höchstmaß an politischem Gestaltungswillen“ und „das Körnchen Utopie, das sich heute unter Beachtung des Realitätsprinzips verteidigen lässt.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Robert Castel (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 238

Der Vorstoß Hubers, wie auch die Definition Castels´ sind durchaus verwandt mit der Initiative der SPD-Partei­führung zu Beginn dieses Jahres, eine Diskussion über einen „neuen Fortschritt“ zu beginnen. Wohl weil der Begriff nicht sofort „zündete“, wurde er schnell wieder beiseite gepackt. Aber an dieser Stelle geht es weniger um die Semantik, sondern das mit dem Begriff verbundene Bemühen, seitens der Sozialdemokratie wieder so etwas wie Zukunftskompetenz zurückzugewinnen.

Denn gerade wenn die Gesellschaft pluraler wird und sich klassische politische Bindungen lockern, droht sich auch eine gemeinsame Idee von einer anzustrebenden Zukunft aufzulösen. Wo eine solche politische Idee fehlt, verlieren sich einige im Pessimismus und Fatalismus, andere basteln sich ihre individuelle Zukunft. Wenn die Selbstzuschreibung der SPD als Volkspartei noch irgendeinen Sinn machen soll, dann die, eine Plattform dafür zu sein, über Gruppen- und Milieugrenzen hinweg eine linke und emanzipatorische Fortschrittsidee zu entwickeln und einen Beitrag dafür zu leisten, diese gemeinsam mit anderen politischen Kräften mehrheitsfähig zu machen.

Ein linker Reformismus wäre also ein Fortschrittsprojekt im doppelten Sinne – einerseits als eine neue Erzählung vom gemeinsamen Fortschritt, andererseits ein neues Projekt der progressiven (also linken oder emanzipatorischen) politischen Kräfte. Dabei kann die Linke selbstredend nicht mehr an alte Erzählungen vom nötigen, durch objektive historische Gesetzmäßigkeiten bestimmten, aber auch nicht an Erzählungen von einem linearen Fortschritt des Industriezeitalters anknüpfen. Es geht um eine reflexive Idee vom Fortschritt, der als gemeinsamer Lernprozess zu verstehen ist, aber eine klare Richtung im Sinne von normativen Vorstellungen und benennbaren Zielen hat, also auch um einen „möglichen Fortschritt“<sup>2</sup>, der wieder das Bewusstsein da-

für stärkt, dass Menschen gemeinsam ihre Zukunft besser machen können und voneinander abhängig sind.

Ein solcher Reformismus setzt jedoch voraus, dass die SPD sich wieder in die Lage versetzt, **vier** – im internen Streit oft als gegensätzlich diskutierte – Spannungsverhältnisse dialektisch aufzulösen:

### Pragmatismus und Utopie

In der jüngeren Vergangenheit war die SPD in vielen Fragen eher die Getriebene der Entwicklung als selbst Treiberin. Neue, aufwachsende Widersprüche des modernen Kapitalismus kommen im Mainstream der SPD meist erst dann an, wenn sich längst neue politische Formierungen (Grüne, NGO, Linkspartei, Piratenpartei, ...) gebildet haben: Gestern die Umweltfrage, heute Prekarisierung und Finanzkapitalismus, morgen vielleicht Themen wie Wissensmonopole und Biomacht. Nicht selten muss dabei der Geist wieder zurück die Flasche gezwängt werden, der von eigener Hand herausgelassen wurde. Selbst als 2007 bei der Finalisierung des Hamburger Grundsatzprogramms in den Medien und der kritischen Wissenschaft schon längst intensiv über das Phänomen des Finanzkapitalismus diskutiert wurde, konnten sich die thematisch Feder führenden nur zu eher harmlosen Formulierungen zu dieser Entwicklung durchringen. Schon kurze Zeit später wurde die „Diktatur der Finanzmärkte“ selbst von Konservativen angeprangert und Kanzlerin Merkel plädierte für eine Finanztransaktionssteuer. Ihrer Zeit voraus war die SPD gerade in solchen Fragen zuletzt eher selten.

Man kann Politik auf den Korridor beschränken, den die gegenwärtigen politischen hegemonialen Verhältnisse zulassen und dies dann als „Pragmatismus“ erklären. Oder man kann *zugleich* daran arbeiten, diesen Korridor in die eigene Richtung zu verschieben, indem man strategische gesellschaftliche Überzeugungs-

2 Massimo L. Salvadori (2008): Fortschritt – die Zukunft einer Idee, Berlin

arbeit leistet. Erst recht in Zeiten politischer Unklarheit und gelockelter Parteibindungen wird das Bemühen um Meinungsführerschaft, die Arbeit an politischen Diskursen bzw. das Ringen um Hegemonie immer wichtiger. Lange Zeit wurde in der SPD der Mythos „Kampagne können wir“ gepflegt. Das war gemünzt auf die Wahlerfolge 1998 und 2002 bzw. den überraschenden Aufholprozess 2005. Doch Politik folgt nicht der Logik Olympischer Spiele. Kampagnenfähigkeit muss viel mehr sein als die politische Bewährungsprobe alle vier Jahre. Permanente Kampagnenfähigkeit heute in erster Linie: Diskursfähigkeit. Und Diskursfähigkeit ist eine Investition in politische Mehrheitsführerschaft in der Zukunft.

So mancher lähmende interne Richtungsstreit könnte produktiv gewendet werden, wenn die SPD in ihrem strategischen Zentrum wieder zu einer reformistischen Dialektik von Pragmatismus und Utopie (oder von Regierungs- und Programmpartei) gelangen und in einen externen Richtungsstreit eintreten würde. Ein linker Reformismus muss definierte und mobilisierungsfähige Ziele haben – solche, die unter realistischen Bedingungen in einer Legislaturperiode zu erreichen sind, aber auch solche, die darüber hinausweisen, andere Kräfteverhältnisse erfordern oder möglicherweise nur international realisiert werden können. So könnte beispielsweise die Diskussion über neue Wohlstandsindikatoren jenseits des BIP, die aktuell auch in der so genannten „Fortschritts-Enquetekommission“ des Deutschen Bundestags geführt wird, dazu genutzt werden, die politische Zielperspektive eines linken Reformismus öffentlich und im absichtsvollen Konflikt mit den Konservativen und Liberalen zu verhandeln.

## Kapitalismuskritik und politischer Optimismus

Ein linker Reformismus setzt demnach voraus, dass der gegenwärtige Kapitalismus einer ernsthaften Kritik unterzogen wird. Doch

der Einwurf des Publizisten Robert Misik ist ernst zu nehmen, dass eine linke Mehrheit wohl zunehmend weniger mit einer pessimistischen Grundhaltung zu gewinnen ist<sup>3</sup>, so nach dem Motto: Es war ja schon immer schlecht, aber so schlimm wie heute war es noch nie. Auch in Teilen der SPD populäre Zeitdiagnosen wie „Postdemokratie“ oder „Prekarisierung“ beinhalten wichtige Kritikpunkte. Sie erzählen aber oft eine Geschichte des Niedergangs, der die progressiven Trends – die es auch in der Arbeitswelt und der Demokratie gibt – unterschlägt. Und sie kommen im Gewand des „früher war alles besser“ anstatt mit der Botschaft „in Zukunft kann es besser sein“. Antonio Gramscis Aufforderung nach einem „Pessimismus des Verstandes“ und einem „Optimismus des Willens“ fordert genau diese Kapitalismuskritik ein, die sich nicht im Beschreiben des Elends erschöpft, sondern nach den progressiven Potenzialen und Optionen fahndet, die es zu nutzen und zu mobilisieren gilt.

## Konkrete Politik und größere Erzählungen

In einer differenzierten Gesellschaft stärkt diejenige politische Kraft ihre Legitimation und Deutungsmacht, die das Verschiedene zusammenführen kann, die in der Lage ist, plurale Identitäten in einem politischen „Gemeinsamen“ zusammenzuführen und so eine neue „organische Solidarität“ herzustellen. Eine kritische Sichtung der „Beschlusslage“ der SPD würde zu dem Ergebnis kommen, dass diese durchaus besser ist als ihr Ruf. Sie hat jedoch keinen politischen Fokus, bzw. diskursiven Knotenpunkt auf den sie komplexe und differenzierte Sachverhalte und programmatische Spiegelstrichkataloge ausrichtet. Gerade weil der neoliberale Kult des Individualismus an Legitimation verloren hat, ist eine Idee nötig, die den „subjektiven Faktor“ aufgreift, aber die liberale individualisierte Denkweise überwindet. Während die Libe-

<sup>3</sup> Robert Misik (2010): Anleitung zur Weltverbesserung, Berlin

ralen alle wesentlichen Fragen auf die Formel „Privat vor Staat“ konzentriert haben, müsste die Formel für die Sozialdemokratie eher „Mehr Sicherheit und Autonomie durch mehr Gemeinsamkeit“ lauten. Es geht dabei darum, den neoliberalen Diskurs vom Kopf auf die Füße zu stellen: Nicht das eigenverantwortliche Individuum und der Eigennutz geht dem Gemeinwohl voraus, sondern es ist oft umgekehrt. In der Wirtschaftspolitik bedeutet dies beispielsweise, entgegen der Ideologie des Besitzindividualismus und der „Oikodizee“<sup>4</sup> (also der ökonomische Rechtfertigungslehre) der unsichtbaren Hand eine ökonomische Erzählung zu entwickeln, die die produktive Rolle des „Gemeinsamen“ für ein nachhaltiges und soziales Wirtschaften betont: hierzu gehören unter anderem demokratische Regeln, Sicherheit, Vertrauen, öffentliche Güter oder auch kollektives Wissen. In der Arbeit- und Sozialpolitik müssten die verschiedenen Einzelforderungen gebündelt werden in einem Leitbild eines neu definierten Normalarbeitsverhältnisses, das gewünschte Flexibilität zulässt sowie damit verknüpft einer Aktualisierung der Idee sozialer Bürgerrechte – vom Mindestlohn, über die Bürgerversicherung bis hin zu einer Aktualisierung der Forderung nach „industriellen Bürgerrechten“ in Betrieb und Unternehmen.

### Orientierung und Beteiligung

Die SPD denkt sich selbst immer noch als große Fabrik, die ihren politischen Produktionsprozess intern organisiert und bei Wahlen in den Wettbewerb mit den anderen großen Politikfabriken tritt. Und zwar auf allen Ebenen, wie eine Befragung der Ortsvereine im Jahr 2010 gezeigt hat: die Hälfte (derjenigen, die überhaupt geantwortet haben) pflegt keinen Kontakt zur Zivilgesellschaft im lokalen Umfeld. Damit droht die SPD jedoch den Anschluss an die Komplexität und Kreativität der Gesellschaft zu verlieren. Interessante

Ideen und das Wissen für die Gestaltung der Zukunft kommen oft und immer mehr aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich. Selbstverständlich gibt es nach wie vor gesellschaftliche Gruppen, die das Prinzip der politischen Repräsentation wollen und auch auf eine politische „Schutzmacht“ angewiesen sind. Und der schnelle Ruf nach mehr direkter Demokratie ignoriert, dass solche Verfahren sozial selektiv sind. Zugleich erleben wir aber derzeit eine kleine demokratische Revolution, die sich jenseits der Parteien und zunehmend auch gegen sie entwickelt. Demokratische Ansprüche der Aktivbürger, die politische Wissens- und Ideenproduktion und die Artikulation von Meinungen und Interessen lassen sich oft nicht mehr in das starre Gehäuse und den behäbigen Apparat einer Partei pressen. Viele Unternehmen haben längst verstanden, dass sie ihre Kunden aktiv an der Ideen- und Produktentwicklung beteiligen müssen. Ein politisches „Crowdsourcing“ hingegen muss mehr sein, als etwa Kommentare auf der eigenen Website zuzulassen. Die politische Kooperation und Kollaboration müssen zur Alltagskultur werden. Die SPD sollte daher in Zukunft mehr Plattform für Ideen sein, der Ort an dem Kompetenzen verknüpft und politisch verdichtet werden. Auch hier brauchen wir also eine neue Dialektik aus politischer Bündelung und Orientierung von Impulsen als Partei einerseits und einer Öffnung für Ideen aus der Gesellschaft.

Die SPD ist längst nicht mehr die einzige Partei eines linken Reformismus, aber noch besteht die Chance, dass sie eine wichtige (zusammen-)führende Rolle in einer pluralen Linken<sup>5</sup> einnehmen kann. ■

☞ Benjamin Mikfeld ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Mit-Herausgeber der spw und lebt in Berlin.

<sup>5</sup> vgl. Benjamin Mikfeld (2011): Was ist das Gemeinsame? Überlegungen zur Zukunft der pluralen Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 08/2011, S. 99ff.

<sup>4</sup> Joseph Vogl (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich

## Von der Schizophrenie zur Hegemonie

von Stephan Hebel

In der rot-grünen Euphorie über die Machtoption für 2013 oder früher wird eine Tatsache gelegentlich vergessen: Politische Siege entstehen selten dadurch, dass man der Selbsterlegung des Gegners erfolgreich zuschaut.

Nichtstun kann man der SPD und den Grünen zwar nicht unterstellen. Aber dass sie die politische Hegemonie zurückerobert hätten, werden selbst Optimisten nicht behaupten. Möglich, dass die Schwäche der Anderen für einen Wahlsieg reicht. Für ein überzeugendes Linksbündnis, womöglich über eine Legislatur hinaus, genügt es noch lange nicht.

Unter der Führung von Sigmar Gabriel hat die SPD immerhin eine gewisse Distanz zu Gerhard Schröders Agenda-Politik gewonnen. Was aber fehlt, das ist die eigene, positive, öffentlich gut erkennbare Botschaft - so fleißig auch an programmatischen Linien gebastelt werden mag.

Die Notwendigkeit, diese Botschaft zu formulieren, ist in den vergangenen Monaten ebenso schnell gewachsen wie die Chancen, damit zu überzeugen. Die faktische und ideologische Dominanz des Ökonomischen ist so spektakulär gescheitert, dass man sagen kann: Die Wiedergewinnung der Handlungsräume für Politik und Gesellschaft haben die Märkte der Linken abgenommen. Wer aber in diesen Handlungsräumen die Hegemonie erobert, ist längst nicht klar.

### Alte Fehler, neue Gefahren

Man muss von der SPD keine öffentlichen Bußgänge mehr erwarten. Sie hat allerdings allen Grund, das Lernen aus der Schröderschen Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist nicht zu vergessen.

Schröder glaubte ja, darin bestand die politische Schizophrenie, er könne den Sozialstaat retten, indem er sich bei den Rezepten derer bedient, die ihn zerschlagen wollen: Staatsverarmung durch Steuersenkungen auch im Spitzenbereich, Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, Niedriglohn, Zeit- und Leiharbeit (richtige Ansätze wie die Aufnahme von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung gingen dabei fast zwangsläufig unter). In eine ähnliche Falle könnte Rot-Grün wieder laufen, wenn es an klaren Ideen fehlt, den wiedergewonnen Spielraum der Politik mit Inhalt zu füllen.

Zum Zeitpunkt der nächsten Bundestagswahl wird die akute Schuldenkrise hoffentlich entschärft, der Bankensektor stabilisiert sein. Aber dass bis dahin gegen den Widerstand des Finanzsektors und seiner Lobby ein regulatorisches Gesamtkonzept für Europa und darüber hinaus gelingt, wird nach bisherigen Erfahrungen kaum jemand glauben. Und erst recht nicht, dass Schwarz-Gelb bei der Haushaltsstabilisierung zu den dringend notwendigen (und bei Rot-Grün halbwegs konsensfähigen) Maßnahmen auf der Einnehmeseite greift. Das macht es wahrscheinlich leichter, mit Verweis auf Gerechtigkeitslücken die Wahl zu gewinnen. Um aber einen sozialdemokratischen Kanzler, wen auch immer, zu einer konsequenten Reformpolitik zu führen, die diesen Namen auch wieder verdient – dazu bedarf die SPD klarer Leitlinien einer neolinken Politik.

Für Deutschland sind immerhin Stichworte – von Spitzensteuersatz bis Bürgerversicherung – unterwegs. Wie faszinierend aber könnte es sein, wenn es der SPD gelänge, sich als legitime Erbin „großer Europäer“ wie Helmut Kohl zu präsentieren, die zugleich alte

Fehler korrigiert! Wie schön, wenn sie uns überzeugen könnte, dass sie Europa den Bürgern zurückgibt. Dass sie sich daran macht, die starre Orientierung auf Schuldenabbau durch Austerität und die Macht der Märkte durch eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ersetzen.

### Die Konkurrenz wird sich rüsten

Nie waren die Chancen so groß wie jetzt, das sozialdemokratische und das rot-grüne Projekt wieder zur echten Alternative zu machen. Nie war für eine große Öffentlichkeit klarer als heute, dass der Staat und die Gesellschaft (und beide verbunden durch eine verbesserte Architektur demokratischer Institutionen) dem Gemeinwohl durch Regulierung und Umverteilung Geltung verschaffen müssen. Aber von selbst wird es nicht gehen.

Da ist erstens die Angst vieler Menschen, dass die Linken die Stabilität gefährden. Ihr muss – gerade jetzt, da das Tabu auf Steuererhöhungen bröckelt – mit klaren Finanzierungskonzepten begegnet werden. Dies erst recht, weil – zweitens – die Konservativen und die Marktradikalen sich wahrscheinlich erneut in die Rhetorik des nicht finanzierbaren Sozialstaats und der „sozialdemokratischen Schuldenpolitik“ flüchten werden.

### Die Umarmung der Konservativen

Eine dritte Gefahr zeichnet sich ab: das letztlich apolitische Konstrukt der großkoalitionären Mitte. Alexander Gauland, langjähriger Wegbegleiter des hessischen CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann, mag dafür beispielhaft stehen. Er schreibt: „Die Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse ist eben weder rechts noch links, sie zerstört die heiligen Güter der Rechten wie Nation, Staat und Familie genauso gründlich wie das linke Mantra der sozialen Gerechtigkeit“ (Berliner Republik 4/2011, S. 16). Und weiter: „Nicht die politische Linke hatte Recht gegen die Rechte,

sondern alle sind im Recht, die der Überwältigung der Gesellschaft durch die Ökonomie politische Inhalte entgegensetzen wollen... Deshalb bitte keine neuen Frontstellungen, die nur dem gemeinsamen Kampf schaden“ (ebd.).

Gauland hat nur insoweit recht, als er auch die Schröder-SPD und Blairs Labour zu den verflochtenen Steigbügelhaltern des Finanzkapitalismus zählt. Überhaupt nicht recht aber hat er, wenn er so tut, als sei es egal, ob in den wiedergewonnenen Handlungsräumen der Politik vor allem „Nation, Staat und Familie“ wohnen oder „das Mantra der sozialen Gerechtigkeit“.

Die SPD sollte sich hüten, den heimatlos gewordenen Werten derjenigen Konservativen Unterschlupf gewähren, die Familie und Nation als emotionale Rückzugsräume für gestresste Marktteilnehmer anbieten, statt den Markt in die Schranken zu weisen. Wenn das verbliebene Gerümpel neoliberalen Marktgläubens entsorgt ist, dann muss der Kampf um die Hegemonie in Politik und Öffentlichkeit erst richtig beginnen. Nichts gegen den Blick auf die Wähler der „Mitte“. Aber die SPD wird nur gewinnen, wenn sie vorher den eigenen Standort klärt. Lange war es nicht so modern wie heute, klar zu sagen: Dieser Standort ist links. ■

↳ Stephan Hebel ist Redakteur und politischer Autor der Frankfurter Rundschau.

## Die zweite Chance: Mehr Gleichheit wagen

von Albrecht von Lucke

Als Sigmar Gabriel am 13. November 2009 – keine zwei Monate nach dem historischen Absturz der SPD auf nur noch 23 Prozent – zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, stand im Mittelpunkt seiner furiosen Bewerbungsrede die pointierte Beschreibung der eigentlichen Aufgabe der SPD. Es gelte, nicht dem „Gespenst der politischen Mitte“ hinterher zu laufen, sondern mit linker Politik die Mehrheit der Gesellschaft zu erobern. Denn die politische Mitte, so Gabriel treffend, ist „kein fester Ort, sondern die Deutungshoheit in der Gesellschaft.“ Sie gewinnt, wer in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen stellt und richtig darauf reagiert – nämlich „von links, mit emanzipatorischen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit“.

Soweit Gabriel Ende 2009. Doch in den vergangenen zwei Jahren wurde dieser Anspruch nur in Ansätzen eingeholt. Zwar gelang es der Parteiführung, die Reihen zu schließen und die Partei in den Umfragen zu konsolidieren. Allerdings profitierte die SPD dabei entscheidend von der Schwäche ihrer Gegner, auf der Linken wie auf der Rechten.

Woran es dagegen bis heute fehlt, ist die Deutungshoheit in den politischen Debatten. Statt in krisenhaften Zeiten offensiv die linke Meinungsführerschaft anzustreben, operierte die Parteiführung viel zu lange vor allem mit zwei ausgesprochen weichen Leitbegriffen: „Fairness“ und „Fortschritt“.

„Besser regieren für ein faires Deutschland“ war denn auch Sigmar Gabriels Rede auf dem letzten (Arbeits)Bundesparteitag 2010 überschrieben. Doch Fairness ist gerade kein Ziel an sich, sondern ein bloßer Modus vivendi, ein Verhaltensmuster auf dem Weg zu einem, dem eigentlichen Ziel – einer guten und gerechten Gesellschaft. Als Begriff dem Sport (fair play)

entlehnt, besagt Fairness lediglich, dass die Regeln eines sportlichen Wettstreits eingehalten werden müssen. Dass aber jeder Wettkampf die aus sich heraus Starken begünstigt, steht auf einem anderen Blatt. Fairness ist somit allenfalls die Schrumpfversion von Gerechtigkeit. Es ist daher kein Zufall, dass auch die FDP mit dem Fairness-Begriff operiert, um ihren reichlich diffusen „mitfühlenden Liberalismus“ zu bemänteln.

### Fairness ohne Biss, Fortschritt ohne Ziel

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff des Fortschritts. Fortschritt per se, egal ob neu oder alt, ist noch nicht fortschrittlich. Dafür nämlich bräuchte es ein klar konturiertes Ziel. Dieses aber hat die Partei im letzten Jahrzehnt schmerzlich vermissen lassen.

Unbestimmt ist Fortschritt nur eine Leerformel, die Bewegung bloß suggeriert, aber nicht wirklich schafft. Gerade weil auch nach den ängstigenden „Reformen“ der Agenda 2010 in der Republik kein optimistisches Fortschritts-, sondern vielmehr ein pessimistisches Ruhebedürfnis herrscht, muss eine umso überzeugendere Zielbestimmung her.

Fortschritt wofür, Bewegung wohin? Um die Antwort auf diese Fragen kommt die Partei nicht herum. Und hier liegt der eigentliche Kardinalfehler der letzten Jahre: Seit der Ära Schröder leidet die SPD unter dem Verlust ihres Markenkerns der sozialen Gerechtigkeit. Doch anstatt diesen wieder selbstbewusst für sich zu reklamieren, auch gegen die Konkurrenz von links, unternahm sie viel zu lange Such- und Fluchtbewegungen.

Nimmt man den Anspruch der fulminanten Antrittsrede Sigmar Gabriels von 2009 ernst, nämlich die Deutungshoheit über die Mitte

mit linker Politik zu erobern, dann kommt es gerade jetzt darauf an, die Gerechtigkeitsfrage neu – und zugespitzt – zu stellen. Denn faktisch geht es heute nicht mehr „nur“ um mehr Gerechtigkeit, sondern längst um die Rückeroberung von mehr Gleichheit.

### Mehr Gerechtigkeit = weniger Ungleichheit

Die neoliberale Revolution der letzten dreißig Jahre hat den zuvor erreichten Stand an Gerechtigkeit in den westlichen Industrie- und Wohlfahrtsstaaten massiv untergraben. Und dieser Angriff ist beileibe nicht beendet, im Gegenteil: Neben die ökonomistische Begründung „Kapitalismus braucht Ungleichheit“ ist neuerdings, etwa im Zuge der Sarrazin-Debatte, zusätzlich eine sozialdarwinistisch-biologistische getreten: „Ungleichheit gehört zur Gesellschaft“. Der Kampf um ein Mehr an gesellschaftlicher Gleichheit, Teilhabe und Anerkennung ist daher *die* sozialdemokratische Kernaufgabe in der globalen Krise der Gegenwart.

Seit Anfang der 1980er Jahre – und beschleunigt seit der Jahrtausendwende – ist in allen wichtigen Volkswirtschaften der Grad der Ungleichheit radikal angestiegen. Durch immer größere Finanzkonzentrationen wurde der produktiven (Real)Wirtschaft immer mehr Geld entzogen und auf die Finanzmärkte gelenkt, mit dramatischen Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Selbst aufgeklärte Neoliberale wie Warren Buffett kommen heute an der Erkenntnis nicht vorbei: Ohne ein Mehr an Gleichheit – und eine Verringerung der globalen Ungleichheit – ist eine auch nur erträgliche Welt nicht möglich.

Der zerstörerische Angriff des Kapitalismus gilt nicht erst heute seinen beiden Produktivkräften: Mensch und Natur. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Gleichzeitigkeit von ökologischer und ökonomischer Katastrophe. Umso mehr bedarf es einer klaren linken Alternative. Angesichts einer neuen

kapitalismuskritischen Bewegung besteht in einer ebensolchen Programmatik die große Chance für die vormals stolze „Programmpartei“ SPD, die gesellschaftliche Meinungsführerschaft zurückzuerobern.

Heute kommt es darauf an, die Widersprüche zwischen ökonomischen Interessen und öffentlichen Gütern klar zu benennen. Die anhaltende Krise des Finanzmarktkapitalismus bietet die Chance, das verloren gegangene Primat der Politik endlich zurückzuerobern. Nachdem auch die damals regierungsbeteiligte SPD-Spitze die große Chance von 2008 hat verstreichen lassen, die Banken tatsächlich an die Kandare zu nehmen und einer echten Haftung zu entwerfen, darf ihr diese Chance nicht ein zweites Mal entgehen. Verheerend wäre es daher, wenn die realexistierenden Antagonismen – zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen globalisiertem, wachstumsfixiertem Kapitalismus und den natürlichen „Grenzen des Wachstums“ – durch die falschen, versöhnlerischen Begriffe kaschiert würden.

Mit seinem entschiedenen Plädoyer gegen den „Verlustsozialismus“ – Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert – und für eine Zerschlagung der Too-big-to-fail-Banken – in Geschäfts- und Investmentbanken – hat Sigmar Gabriel nun die richtigen Konsequenzen aus der Krise gezogen. Wie sagte der frisch gewählte Vorsitzende vor zwei Jahren: „Willy Brandt und die SPD haben nicht ihre Antworten angepasst, sondern sie haben um die Deutungshoheit in dieser Gesellschaft gekämpft. Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben.“ Dem ist nur eines hinzuzufügen: Die Chancen dafür standen schon schlechter. Die Gesellschaft wartet auf linke Antworten. ■

☞ Albrecht von Lucke ist Jurist und Politikwissenschaftler und Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik.

## Delegierten-Vorbesprechung der SPD-Linken für den Bundesparteitag

20. November 2011, Berlin

Der SPD-Bundesparteitag vom 4.-6. Dezember 2011 in Berlin wird eine entscheidende Rolle für den inhaltlichen, strukturellen und personellen Erneuerungsprozess der SPD spielen. Die SPD-Linke möchte deshalb gesondert alle uns zugehörigen Delegierten zu einer Vorbesprechung einladen.

- ▶ **Wann:** Sonntag, 20. November 2011, 18:00 – 20:00 Uhr
- ▶ **Wo:** Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- ▶ **Anmeldung:**  
Online über [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) möglich

## Tagung zur Kritischen Theorie und Emanzipation

11. – 12. November 2011, Bielefeld

Mitte November laden die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, die Fakultät Soziologie der Universität Bielefeld und andere (s.u.) zu einer Tagung zur Kritischen Theorie und Emanzipation ein. Ziel und Anliegen Kritischer Theorie formulieren die Veranstalter in ihrer Ankündigung wie folgt: „ Seit ihren Anfängen in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts ist die kritische Theorie ein unzeitgemäßes Unternehmen, bringt sie doch gegen das falsche Einverständnis ihrer Zeit-

genossen das zum Ausdruck, was an der Zeit ist. Einzig kraft des negativen Denkens, kraft der „rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden“ (Karl Marx) kann kritische Theorie einer immer noch naturwüchsigen, immer noch nach fremden und feindlichen Zwecken eingerichteten Gesellschaft standhalten, sich ihrem Sog und Konformitätsdruck widersetzen, um den Gedanken an eine vernünftige und gerechte Gesellschaft, zuletzt den eigenen Glücksanspruch zu behaupten. Ziel kritischer Theorie, und darin besteht ihr praktischer Eingriff, ist es Leben und Denken im bewussten Widerspruch zu organisieren. Kurz: „Weder sich von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ (Theodor W. Adorno).“

Das Programm umfasst verschiedene Vorträge und eine Podiumsdiskussion zu Themen wie „Was ist Kritische Theorie?“, „Zur Kritik der Verdinglichung“, „Kritische Theorie und die Kritik der politischen Ökonomie“ oder „Feminismus und Kritische Theorie“. Es referieren u.a. Alex Demirovic, Rüdiger Danemann, Isabelle Klasen, Dirk Braunstein und Barbara Umrath.

- ▶ **Wann:** 11. – 12. November 2011
- ▶ **Wo:** Universität Bielefeld
- ▶ **Veranstalter:** Antifa AG an der Uni Bielefeld, [association critique], Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Rosa-Luxemburg-Club Bielefeld und – Stiftung NRW
- ▶ **Anmeldung:** Eintritt ist frei. Eine unverbindliche Anmeldung per Mail ([kritischetheorie-undemanzipation@gmx.de](mailto:kritischetheorie-undemanzipation@gmx.de)) zu Koordinierungszwecken ist erwünscht.
- ▶ **Weitere Informationen:** [kritischetheorie-undemanzipation.blogspot.de](http://kritischetheorie-undemanzipation.blogspot.de)

## „Eine neue SPD? Anforderungen an die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“

Bericht der spw/ DL21-Herbsttagung

Zu ihren traditionellen Herbsttagungen luden spw und DL 21 dieses Jahr erstmals gemeinsam ein. 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Referentinnen und Referenten folgten der Einladung und diskutierten am 21. und 22. Oktober im Kongresszentrum Westfalenhallen in Dortmund zum Erneuerungsprozess der SPD.

Dem Thema der Tagung – „Eine neue SPD? Anforderungen an die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“ – nahm man sich dabei aus drei Perspektiven an: organisationspolitisch, programmatisch und strategisch.

Den Auftakt bildete ein Input von Matthias Machnig, in dem er drei zentrale organisationspolitische Projekte der SPD skizzierte: Beteiligung, Information und Qualifizierung. An diesen Erfordernissen müsse sich auch das Willy-Brandt-Haus in seinen Dienstleistungen orientieren. Unter dem Stichwort Qualifizierung spielte neben der Bildung von Ehrenamtlern und Mandatsträgern, Funktionären und Basismitgliedern auch die Hauptamtlichkeit in der Partei eine Rolle. Machnig regte unter anderem die Formulierung eines Berufsbildes an, um stärkere Klarheit im Aufgabenprofil und im hauptamtlichen Kerngeschäfts zu erlangen. Darüber hinaus sensibilisierte er für die Notwendigkeit einer hohen gesellschaftlichen Vernetzung. Dies nicht nur hinsichtlich der Aufnahme von Themen und Interessen, sondern auch, da der Anspruch Volkspartei sein zu wollen, letztlich in einer möglichst umfangreichen sozialstrukturellen Widerspiegelung in der Mitgliedschaft oder zumindest Parteikommunikationen zu resultieren habe.

Einig war sich das anschließende Podium, zu der sich außer Machnig Michael Rüter, Alexander Bercht und Angela Marquardt hinzu gesellten, in der Forderung nach einer neuen innerparteilichen Debattenkultur, die ein Mehr an Zuspitzung und programmatischer Fundierung sowie Verstetigung bedürfe. Entsprechend lobend wurde das Ansinnen, den Parteirat zu einem „kleinen Parteitag“ umbauen zu wollen, gewürdigt. Aufmerksam machte die Diskussion außerdem auf das Verhältnis von Organisationsstatuten und Organisationskultur und das letztere sich nur schleichend verändern lasse, sie aber gleichzeitig – Stichwort „Willkommenskultur“ – das wohl bedeutendere Problem der SPD darstelle. Einher ging diese Einschätzung mit der Relativierung der Bedeutung von Organisationsreformen, vielmehr entscheidend sei die tägliche Organisationspraxis.

Nach einer Einführung von Matthias Mirsch gingen die Diskussionen am Samstagvormittag in zwei Foren weiter: eine „Offene und partizipatorische SPD“ mit Dr. Karsten Rudolph, Ülker Radziwill, Angela Marquardt und Stefan Schostok sowie eine „Attraktive SPD-Mitgliedschaft“ mit Sonja Pellin und Rüdiger Scholz. In ersterem spielte die interkulturelle Öffnung der Partei eine wichtige Rolle, die stets – nicht zuletzt nach der Sarrazin-Debatte – mit einem hohen Maß an Vertrauensarbeit verbunden sei. Darüber hinaus wurde ein blinder Fleck der Debatte um die Organisationsreform thematisiert: der Wandel der Arbeitsgesellschaft, der sich vor allem in hoher Mobilität und Flexibilität bei gleichzeitiger Verdichtung von Arbeitszeit ausdrücke und starre Organisationsformen ganz besonders in Frage stelle.

Das Forum „Attraktive SPD-Mitgliedschaft“ wiederum verband in seinem thematischen Ansinnen der Problematisierung tradierter Organisationspraxen Form und Inhalt und setzte auf Methodenvielfalt mit „Murmelngruppen“ und „World Café“. Beruhend auch auf den individuellen Bedürfnislagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden insbesondere drei Themenkomplexe diskutiert: Um Neumitglieder willkommen heißen zu können, müssten vor allem Hemmschwellen abgebaut werden, bspw. anhand eines Mentorenprogramms. Eine neue innerparteiliche Offenheit müsse sich darüber hinaus auch in Ablauf, Routinen, Sitzungsräumlichkeiten und Aktivitäten widerspiegeln, die an Lebendigkeit zunehmen müssten. Außerdem spielte das Thema Zeiteffektivität eine große Rolle. Professionelle Sitzungsvor- und -nachbereitung sowie Durchführung wurden angemaht, um Verbindlichkeit und Attraktivität von Parteiarbeit zu erhöhen.

In der Abschlussrunde mit Benjamin Mikfeld, Björn Böhning, Claudia Walther und Marc Herter rückten neben organisationspolitischen Anregungen wie der Möglichkeit eines Diversity Managements für Parteien stärker strategische und programmatische Fragestellungen in den Vordergrund. Vor allem wurde in der Diskussion die nach wie vor vorhandene Notwendigkeit alternativer Gesellschaftsprojekte betont und eine stärkere Orientierung an traditionellen sozialdemokratischen Kernanliegen wie der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums oder guter Arbeit gefordert. Progressive Projekte besonders aus den Ländern – wie in NRW die Strategie einer vorsorgenden Sozial- und Haushaltspolitik – böten demnach auch bundesweite Anknüpfungspunkte. Ohnehin müsse die SPD wieder stärker für sich klären, welche und wessen Interessen sie vertreten möchte. Wieder deutlicher müssten identitäre Ziele nach sozialem Aufstieg, Emanzipation und Demokratisierung der Gesellschaft werden.

Zusammenfassend können **drei** zentrale Erkenntnisse der Tagung festgehalten werden: Zum **einen** hört die Arbeit an der Organisationsentwicklung mit dem Bundesparteitag und den zu erwartenden Beschlüssen nicht auf, da zentrale Strukturfragen wie die zukünftige Rolle und Ausgestaltung der Ortsvereine und Unterbezirke in der Debatte ausgespart wurden. **Zweitens** ist die Sozialdemokratie aufgerufen, ihre gesellschaftliche Vernetzung massiv auszubauen, um ihre historische Rolle als Fortschrittsakteur zurück erlangen zu können. Gegenwärtig vollzieht die SPD – wie zuletzt bei netzpolitischen Fragestellungen oder auch im Falle zeitgenössischer Kapitalismuskritik beispielsweise im Kontext der Occupy-Bewegung – aufkommende Themen und Diskurse eher nach, als dass es ihr gelingt, selbst Impulse zu setzen. Und letztlich **drittens** lässt sie nach wie vor überzeugende und alternative Gesellschaftsbilder und Sinnzusammenhänge vermissen, die wirkungsvoll der unverminderten neoliberalen Hegemonie entgegen gesetzt werden könnten. Bei allen positiven Tendenzen im kleinen sind doch zwei elementare Probleme der SPD auch nach zwei Jahren im ausgerufenen Erneuerungsprozess ungelöst: ihre mangelnde Diskursfähigkeit und ihre erschöpfte Mobilisierungsfähigkeit. So erinnert der aktuelle Erneuerungsprozess an ein im spw-Verlag von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck herausgegebenes „Lesebuch zur SPD-Organisationsreform“ von 1991: „Vorwärts, rückwärts, seitwärts...“.

## DL 21 Aktuell:

# Das Ende neoliberaler Mythen

## – Fortschritt durch Gerechtigkeit



Die aktuellen, weltweiten Proteste gegen die Macht der Finanzmärkte und für mehr soziale Gerechtigkeit sind ein weiterer Beweis: Der Neoliberalismus ist am Ende. Die Sozialdemokratie ist nun aufgefordert, ein neues Leitbild für ein neues Wirtschaften und eine solidarische Gesellschaft zu entwerfen.<sup>1</sup> Dies setzt jedoch die Bereitschaft zu einer modernen, nicht rückwärtsgewandten Kapitalismus- und Ideologiekritik voraus. Die Auswüchse des Finanzkapitalismus stehen derzeit überall am Pranger, aber wenn die Kritik zu Veränderungen führen soll, muss sie tiefer gehen. Um an den Kern vorzudringen, ist es nötig, die in die Parteien und Köpfe eingesickerten marktliberalen Mythen zu widerlegen und zu überwinden.

**Der erste Mythos lautet, dass die im freien Spiel der Kräfte erzielbaren Einkommen gerecht sind und der eigenen Leistung entsprechen.** Gesellschaftlicher Wohlstand entsteht aus einem komplexen Zusammenspiel vieler Faktoren. Der Reichtum Einzelner ist nicht zwingend gleichzusetzen mit ihrer Leistung.

**Der zweite Mythos besagt „Sozial ist, was Arbeit schafft“.** Gerade in Deutschland war dieser Satz ideologischer Kern der neoliberalen Politik. Es wurde nicht mehr gefragt, welche Arbeit es ist, ob die Bedingungen krank machen, ob sie leistbar, gewollt, menschlich oder würdevoll sind. In einer Rückbesinnung auf den Wert von Arbeit und die Würde des Menschen in der Arbeit liegt der Schlüssel für ein Wiedererstarken unserer Glaubwürdigkeit und damit der gesamten SPD.

**Der dritte Mythos behauptet, der Eigenutz eines jeden maximiere das gesellschaftliche Wohl.** Die jahrhundertlange Geschichte von Gier und Panik in diversen Spekulationskrisen zeigt viel mehr, dass Verhalten einer Herde von ökonomischen Egotaktikern führt zu Krisen und Wohlstandsverlusten. Wir brauchen stattdessen allgemeingültige Regeln, statt immer neuen Schuldenbremsen müssen wir vielmehr über „Renditebremsen“ nachdenken.

**Der vierte Mythos teilt unsere Gesellschaft künstlich in eine ökonomische und eine politische Sphäre auf.** Die Demokratie habe sich aus der Wirtschaft herauszuhalten. Doch wie überzeugend ist eine Ideologie, die immer dann, wenn das freie Spiel der Kräfte wieder einmal zum ökonomischen Kollaps geführt hat, den geschwächten Staat um knappes Steuergeld bittet? Die Aufgabe demokratische Politik ist es, die Funktionsfähigkeit des Staates gerade auch auf dem ökonomischen Terrain zu behaupten.

Anstelle des Neoliberalismus muss der **Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung als Leitmaxime einer linken sozial-ökologischen Alternative** treten, deren Ziel mehr soziale Gerechtigkeit ist. Nur so werden wir den ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen für heutige und künftige Generationen gerecht. Soziale Gerechtigkeit muss wieder in das Zentrum sozialdemokratischer Politik treten. Wir müssen sie in den verschiedenen Politikfeldern wie Europa, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Steuern, Arbeit und Soziales durchdeklinieren und einfordern. **Soziale Gerechtigkeit ist zugleich Treiber und Ergebnis einer sozialdemokratischen Fortschrittspolitik.** Auf dem Bundesparteitag muss dies wieder deutlich werden. ■

<sup>1</sup> Das komplette Positionspapier der SPD-Linken „Fortschritt durch Gerechtigkeit“ steht auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) zum Download bereit.

## Fünf Fragen an... Thomas Ehmke



↳ Thomas Ehmke

Foto: privat

*Thomas Ehmke (32 Jahre) war von 2001 bis 2006 Landesvorsitzender der Jusos Bremen und anschließend vier Jahre stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Von 2001 bis 2011 gehörte er der Bremischen Bürgerschaft (Landtag der Freien Hansestadt Bremen) an und war dort erst rechtspolitischer, dann innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Seit September 2011 arbeitet er als Leiter des Senatorenbüros und Pressesprecher für den Senator für Justiz und Verfassung.*

**spw:** Gibt es Debatten aus deiner Juso-Zeit, die dir bis heute wichtig sind?

» **T.E.:** Meine ersten politischen Gehversuche machte ich bei den Juso-SchülerInnen und in der Schülervertretungsarbeit. Bildungspolitik war während meiner gesamten aktiven Juso-Zeit ein wichtiger Themenschwerpunkt. Und viele Debatten um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit stellen sich heute – leider – noch genauso wie vor fünfzehn Jahren. Regelmäßig weisen die verschiedenen Bildungsstudien aus, dass es einen ganz engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen gibt. Diesen Zusammenhang aufzubrechen war, ist und bleibt für mich die zentrale Aufgabe

sozialdemokratischer Bildungspolitik. Immerhin ist es erfreulich, dass die SPD nach einigen Verirrungen in den 90er Jahren nunmehr in ihrer großen Mehrheit wieder für den Grundsatz der gebührenfreien Bildung einsteht.

**spw:** In großen Städten ist eine immer größer werdende soziale Spaltung der Stadtgesellschaft zu beobachten. Wo könnte hier angesetzt werden?

» **T.E.:** In Großstädten konzentrieren sich vielfach soziale und gesellschaftliche Problemlagen, darum sind hier bestimmte Entwicklungen deutlicher und stärker zu beobachten, die aber im Grundsatz im ganzen Land vorhanden sind. Dabei sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung, die wiederum entscheidend mit der Steuer- und Finanzpolitik zusammen hängen. Erstens: Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland insgesamt weiter auseinander. Zweitens: Die Kommunen sind in weiten Teilen finanziell am Rande der Handlungsunfähigkeit. Darum geht es am Ende auch nicht ohne eine gerechte Steuer- und Abgabepolitik.

Konkret gibt es eine Vielzahl von Ansatzpunkten. Wir müssen uns um die Kleinen kümmern, soll heißen wir brauchen eine gute und frühe Betreuung und Bildung, um Kindern Chancen zu eröffnen. Wir brauchen Integrationsangebote und Spracherwerbsmöglichkeiten für MigrantInnen, damit diese nicht abgekoppelt werden. Aber wir müssen auch auf der gesamten Palette politischer Handlungsfelder darauf achten, dass uns einzelne Stadtteile nicht wegkippen. Dazu gehört eine soziale Wohnungsbaupolitik aber auch, dass Sauberkeit und Sicherheit nicht nur in bürgerlichen Stadtteilen gewährleistet werden.

**spw:** In den letzten Jahren beobachten wir gerade in den großen Städten immer größere Wahlerfolge der Grünen. Wie sollte die SPD hierauf reagieren?

» T.E.: Es lohnt sich meines Erachtens mal zu schauen, wer in den Städten denn wählen geht und wer zu Hause bleibt. In Bremen beobachten wir – und das wird in anderen Großstädten nicht ganz anders sein – eine immer größer werdende Diskrepanz der Partizipation der Stadtteile an demokratischen Prozessen. Während in den bürgerlichen Stadtteilen die Wahlbeteiligung bei um die 80 Prozent liegt und die Grünen dort der CDU den Rang als stärkste Kraft streitig gemacht haben, geht in vielen unserer traditionellen Hochburgen, also klassischen Arbeiterwohnvierteln, Gebieten mit Geschosswohnungsbau und sozialen Problemquartieren nicht einmal mehr jeder Zweite wählen. Wenn überspitzt gesagt „Reichtum regiert und Armut resigniert“, dann haben die Grünen natürlich die besseren Karten.

Die Herausforderung für die SPD ist, einerseits gesamtgesellschaftlich für ein Politikkonzept zu werben, dass mehr ist als eine Sammlung von Partikularinteressen und andererseits dem sogenannten Kernwähler wieder deutlich zu machen, dass es sich lohnt zur Wahl zu gehen.

**spw:** Ist die SPD denn für diese Herausforderung aus deiner Sicht programmatisch und organisationspolitisch richtig aufgestellt?

» T.E.: Ich denke schon, dass die SPD in den letzten Jahren programmatisch viel getan hat, um ihrem Anspruch einer Politik des sozialen Ausgleiches wieder gerecht zu werden. Mit Blick auf die besondere Situation in den Großstädten wäre es zu überlegen, ob man die verschiedenen Ansätze und Erfahrungen nicht noch stärker zusammentragen und in einer Art „Großstadtkonzept“ fokussieren sollte. Organisationspolitisch ist das nach meiner Wahrnehmung schon schwieriger. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die SPD vielfach in den Stadtteilen personell und finanziell über starke Ressourcen verfügt, wo wir nach den Wahlergebnissen nicht ganz

vorne mitspielen, dass aber die Ortsvereine in unseren Hochburgstadtteilen zum Teil mir großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Dem lässt sich nur mit großer innerparteilicher Solidarität und gezielten Schwerpunktsetzungen entgegenwirken. Hinzukommt der allgemeine Trend im Hinblick auf die Mitgliederentwicklung. Wenn weniger Leute für die SPD aktiv sind, werden auch weniger Menschen direkt für die SPD erreicht. Darum bleibt die Gewinnung neuer und die Aktivierung vorhandener Mitglieder eine wichtige Daueraufgabe. Die Parteireform kann dabei ein Baustein sein, denn wer mitarbeiten soll, der will auch mitentscheiden können.

**spw:** Welche Aufgaben stellen sich zukünftig deiner Meinung nach besonders für die Parteilinke und die Jusos?

» T.E.: Dass die SPD in Zeiten der Opposition auf den „richtigen Weg“ zurückfindet ist begrüßenswert, aber auch einfach. Spannend ist, ob die SPD sich der Herausforderung mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen auch dann wirklich stellt, wenn wieder ein Sozialdemokrat die Bundesregierung führt. Bei dem gegenwärtigen Zustand von Schwarz-Gelb kann das ja schneller der Fall sein, als man sich das vor zwei Jahren vorstellen konnte. Der Weg, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen, ist immer ein langer und anstrengender, wir sind ihn längst noch nicht zu Ende gegangen. Wenn die SPD die Menschen, die ihr nun langsam wieder Vertrauen entgegen bringen, erneut enttäuschen würde, wäre das etwas, von dem sich die Partei auf absehbare Zeit nicht mehr erholen würde. Daran zu erinnern und dafür zu Sorgen, dass aus Oppositionsprogrammatik – z.B. dem Steuerkonzept - am Ende auch tatsächliches Regierungshandeln wird, das wäre m.E. eine lohnende Aufgabe für Parteilinke und Jusos. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?  
Ulrich Brand  
224 Seiten; € 13,80

Arbeit, Kapital und Staat  
Heinz J. Bontrup  
649 Seiten; € 28,00

### Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive  
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)  
248 Seiten; € 27,90

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus  
Lucas Zeise  
192 Seiten; € 12,90

### Prämienpaket 3

VielfachKrise  
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)  
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats  
Heiner Ganßmann  
229 Seiten; € 19,90

## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
  - Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
    - Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
    - Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.